



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

**Berufliche Bildung  
in Bayern**

## Unsere Themen

Am Prinzip Hoffnung  
festhalten

Der VLB beim Berufsbildungs-  
kongress der Staatsregierung

Es bleibt bei der „Blauen“

Kultusministerin Hohlmeier:  
Schulaufsicht muss  
sich als Partner verstehen

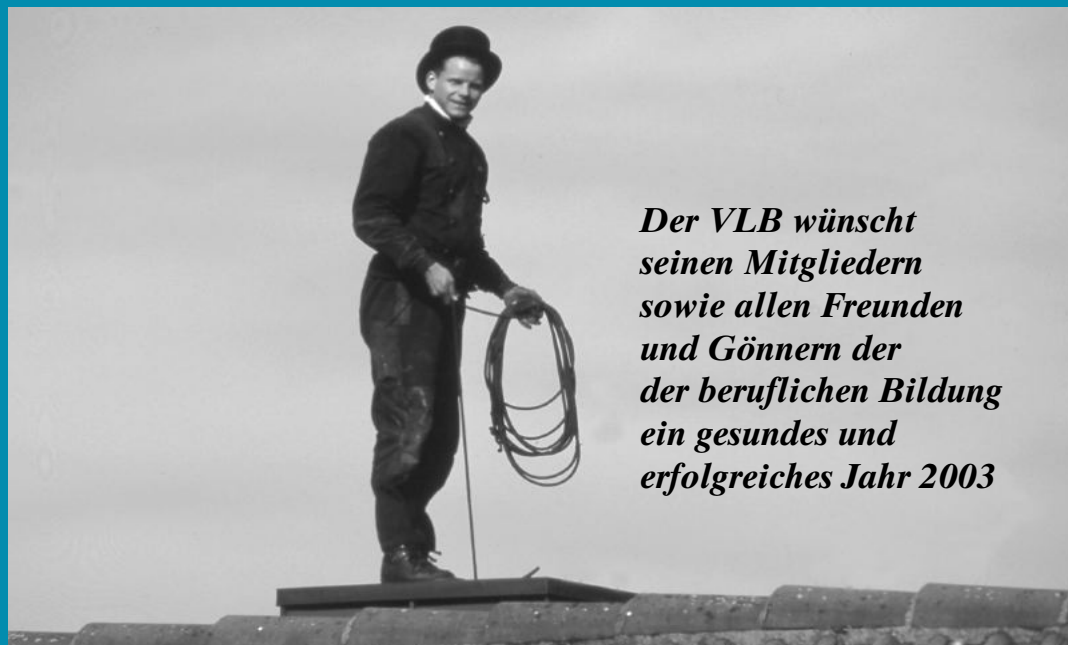
Sparmaßnahmen ohne Ende:  
die bayerische „Giftliste“

Passauer Nachlese

SoLe zur Verbesserung der  
Problemlösefähigkeit

Hilfe zu rationellerem Lernen

Resolution der kommunalen  
Schulträger



*Der VLB wünscht  
seinen Mitgliedern  
sowie allen Freunden  
und Gönnern der  
der beruflichen Bildung  
ein gesundes und  
erfolgreiches Jahr 2003*



Bei der „Berufsbildung 2002“:  
Expertenrunde zum Thema Kompetenzzentren

## HERAUSGEBER

Herrmann Sauerwein, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
e-mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (09 31) 70 76 91  
Telefax: (09 31) 70 76 91  
e-mail: p.thiel@freenet.de  
Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (09 31) 66 14 15  
Telefax: (09 31) 6 60 72 91  
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (089) 59 52 70  
Telefax: (089) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Gunter Czerny  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: (09 31) 4 52 09 90  
Telefax: (09 31) 4 52 75 98  
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78 - 0  
Telefax: (09 11) 5 42 48 6

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 03-04/03: 2003-02-10  
für Heft 05/03: 2003-04-07  
für Heft 06/03: 2003-05-05

ISSN 0942 – 6930

## Themen des Tages

- 3 Der Landesvorsitzende zum neuen Jahr
- 4 Es bleibt bei der „Blauen“

## Bildungspolitik

- 5 Peter Thiel: Der VLB beim 8. Berufsbildungskongress  
der Staatsregierung in Nürnberg
- 7 Alexander Liebel aus Nürnberg: Pisa – Möglichkeiten  
und Chancen für die berufliche Bildung
- 8 Hans Käfler aus Nürnberg: Die Noten der Berufsschule  
ins Abschluss-Zeugnis aufnehmen
- 10 Armin Ulbrich aus Nürnberg: „Partner Berufsschule“  
Das Positionspapier des VBME
- 11 Das Bundesaltenpflegegesetz und seine Auswirkungen.
- 11 VLB-Spitzengespräch im Landtag

## Pressemitteilungen

- 12 Pressemitteilungen des Kultusministeriums und der  
SPD-Landtagsfraktion

## Aus dem Landtag

- 14 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

## Dienstrecht

- 15 Manfred Greubel: Sparmaßnahmen ohne Ende – das Maß ist voll

## 6. VLB-Berufsbildungskongress

- 18 Herbert Geiger / Martin Ruf: Kleine Passauer Nachlese
- 22 Berthold Schuler: Senioren in Passau
- 23 Herbert Geiger: Kunst im (Schul-) Bau – auch in Passau

## Unterricht und Pädagogik

- 24 Seifried/Brouër/Sembill: Weitere Forschungsbefunde zum SoLe
- 26 Schüler an Laptops lernen besser
- 27 Erwin Felber: Rationeller Lernen
- 29 Helmut Stephan: Fertigfirmen-Boom in der EU

## Aus dem Verbandsleben

- 31 Bezirks- und Kreisverbände
- 32 FG Bautechnik
- 32 Senioren
- 36 Personalien
- 37 Termine

## Kommunale Schulen

- 38 Resolution der Schulreferenten aus Augsburg, Nürnberg, München

## Leser schreiben

- 39 Leser schreiben

## Letzte Seite

- 40 abl-Pressmitteilung: Den Bogen nicht überspannen

Titelfotos: P. Thiel / M. Gillert

Der Landesvorsitzende zum neuen Jahr:

## „Am Prinzip Hoffnung festhalten“

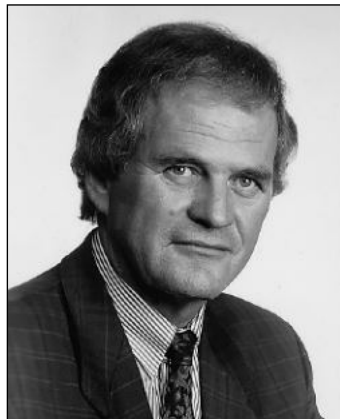
Die Festtage liegen hinter uns, die Beschaulichkeit war wohlthuend und führte zu konstruktiver Besinnung. Der Vorhang hebt sich wieder und wir blicken erwartungsvoll auf das, was das neue Jahr dem Berufsstand beschert wird. Freilich wirken sie noch nach, die Eindrücke von den Ereignissen, mit denen 2002 zu Ende ging und da ist an vorderster Stelle unser Passauer Berufsbildungskongress zu nennen. Für den VLB war die Veranstaltung mit ihren zahlreichen Impulsen nicht nur eine Standortbestimmung in Sachen Bildungspolitik und Dienstrecht. Sie war auch Ausdruck eines hohen Maßes an Solidarität und Konsens mit den Zielen des Verbandes und mit der Arbeit seiner Gremien. Die Lehrer an beruflichen Schulen und der VLB haben in Passau von verschiedener Seite große verbale Anerkennung erhalten, und vor allem die Innovationsfähigkeit des Berufsstandes fand in den verschiedenen Redebeiträgen immer wieder lobende Erwähnung. All denjenigen, die an der Gestaltung des Berufsbildungskongresses mitgewirkt und diesen zu einem wirklichen Höhepunkt im Verbandsleben gemacht haben, sage ich an dieser Stelle nochmals meinen herzlichen Dank.

Die Passauer Impulse lenken den Blick nach vorn: Im Mittelpunkt steht dabei die Arbeit an der Bildung und Erziehung unserer Jugend im Beruf, einer Klientel die Hilfestellung dringend nötig hat in Zeiten der Umorientierung und des Umbruchs.

Ein solcher Umbruch erfordert auch Reformen in der beruflichen Bildung und insbesondere im Bereich der beruflichen Schulen. Auch wir sind der Meinung, dass nicht alles was, verbesserungsfähig ist, mit großen Ausgaben verbunden sein muss. So manches kann sogar kostenneutral geschehen. Andererseits aber dürfen wir nicht

träumen und handfeste kostenträchtige Problemfelder einfach unter den Teppich kehren.

„Was ist die berufliche Bildung, was sind ihre Schulen der Gesellschaft wirklich wert?“ So lautet unsere zentrale Frage. Deren Beantwortung ist ein Indikator, inwieweit es u.a. der



Staatsregierung ernst ist mit ihrer Bildungspriorität.

Wie beispielsweise wird man das Nachwuchsproblem der beruflichen Schulen lösen, wenn man diesen Schulen ein so hohes Maß an Innovation zuweist, wie es in Passau immer wieder zum Ausdruck kam?

Und wie wird man ein Anliegen zum guten Ende führen, zu dem der VLB vor zwei Jahren bei seinem Berufsbildungskongress in Bad Windsheim den Stein ins Rollen gebracht hat und das jetzt unter dem Schlagwort „Kompetenzzentren“ in aller Munde ist? Was zur Umsetzung des entsprechenden Landtagsbeschlusses vom April 2001 inzwischen alles geschehen ist, können wir beim besten Willen nicht gutheißen. Es ist jedenfalls alles andere als – wie vorgesehen – eine Reform. Wir haben uns an den verschiedensten Stellen und insbesondere in „VLB akzente“ zu dieser Thematik geäußert. Wir hoffen also, dass der Leser unsere Position kennt,

und noch besser, dass er sie unterstützt.

Bei aller Innovationsfreude der Lehrer beruflicher Schulen: Die durch die Veränderungen in der Arbeitswelt bedingten Mehrbelastungen haben insbesondere die älteren Kolleginnen und Kollegen mitunter über Gebühr strapaziert. Die Einführung neuer Berufe beispielsweise, die mitunter sehr kurzfristige Inkraftsetzung entsprechender Ordnungsmittel oder die oft Hals-über-Kopf verlangte Umgestaltung des Unterrichts in Richtung Lernfelddidaktik hinterließen nicht nur in Einzelfällen deutliche Spuren. In Verbindung mit anderen nichtstimmigen Rahmenbedingungen führte dies dazu, dass ein relativ großer Teil unserer Lehrkräfte nicht nur ausgebrannt, sondern psychosomatisch erkrankt ist. Die Arbeitsmedizin spricht diesbezüglich jedenfalls eine deutliche Sprache.

Für umso widersprüchlicher halten wir es jetzt, dass die bayerische Staatsregierung die Möglichkeit zur Beantragung der Altersteilzeit vom 55. auf das 60. Lebensjahr heraufgesetzt hat. In Rahmen einer Protestveranstaltung mit mehr als 1000 Teilnehmern aus allen Regionen des Freistaats hatten sich die Lehrerverbände im November bereits gegen diese sowie gegen andere geplante Streich-Maßnahmen der Staatsregierung gewandt. Dennoch sind die Sparbeschlüsse Wirklichkeit geworden und der VLB kann nur konstatieren: Das Maß ist übertoll. In einer sog. „Giftliste“ hat der Bayerische Beamtenbund alle Sparmaßnahmen zusammengestellt. Sie können diese Liste unter unserer Dienstrechtsrubrik einsehen.

Bei der Aufzählung der bestehenden Widrigkeiten haben wir uns hier auf nur einige Beispiele beschränkt, auch deshalb, weil wir nicht so stark der Negation verfallen wollten. Wir müssen aber feststellen: Wie nie zuvor bläst den Lehrer beruflicher Schulen – wie im Übrigen dem gesamten öffentlichen Dienst – derzeit der Wind ins Gesicht.

Wir werden alle unsere Kräfte bündeln und uns mit Möglichkeiten der Schadensbegrenzung begnügen müs-

sen, damit es nicht noch schlimmer kommt. Mehr ist trotz hohem Kräfteinsatz und Verbandsengagement vermutlich nicht drin. Neben dem Schulterschluss des VLB mit anderen Lehrerverbänden und seiner Integration in den BBB brauchen wir aber weiterhin den in Passau deutlich gewordenen Rückhalt bei unseren Mitgliedern und deren Solidarität.

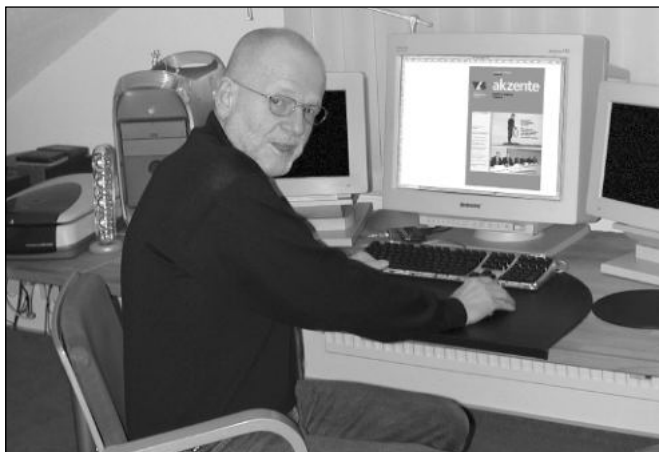
All den Widrigkeiten zum Trotz wollen wir am „Prinzip Hoffnung“ festhalten. Kleinmütigkeit und Larmoyanz trüben die Freude an der Arbeit und zehren am Gemüt. Immerhin üben wir – die Lehrer an beruflichen

Schulen – eine der verantwortungsvollsten und schöpferischsten Tätigkeiten aus, die diese Gesellschaft zu vergeben hat: der Umgang mit und die Bildung von jungen Menschen. Die Jugend aber kann mit Misanthropen wenig anfangen. Sie braucht Optimismus und eine zukunftsorientierte Gedankenwelt. Diese zu erzeugen und zu pflegen gehört sozusagen mit zu unseren angestammten Aufgaben.

In diesem Sinn wünsche ich all unseren Mitgliedern, Freunden und Gönnern – auch im Namen des Geschäftsführenden Vorstands – ein gesundes und erfolgreiches Jahr 2003.

*Hermann Sauerwein*

## Es bleibt bei der „Blauen“



Gece, der die Akzente nunmehr seit einem Jahrzehnt betreut.

Mehr als 10 Jahre gibt es sie nun schon, unsere Verbandspostille „VLB akzente“, und in dieser Zeit hat sich ihr äußeres Erscheinungsbild nicht oder nur geringfügig geändert. Es ist aber ungefähr so wie mit der Garderobe: Schließlich hat man auch mal das Bedürfnis nach was Neuem. Und wenn ein Sakko beispielsweise zehn Jahre lang getragen ist, dann geht man schon mal zum Bekleidungsgeschäft, auch wenn er – der Sakko – es durchaus noch ein Weilchen tun würde.

Um zum Thema zu kommen: Unser Grafikdesigner Gunter Czerny, der uns begleitet, seit es die Akzente gibt, und den wir hinter seinem Rücken einfach Gece nennen, hielt es für an-

gebracht, dem Heft mal ein neues Gewand zu verpassen und stieß bei uns damit auf offene Ohren. Flugs machte er sich an die Arbeit und was letztlich dabei herauskam, liegt Ihnen jetzt vor.

Dabei musste Gece mit einigem Augenmaß zu Werke gehen, denn die Sache mit dem Corporate Identity ist ihm, dem langjährigen Jünger der Medienbranche, natürlich auch bekannt. Immerhin ist VLB akzente eine feste Größe unter den Lehrerzeitschriften innerhalb des Freistaats, ja sogar innerhalb der ganzen Republik, wie man uns kürzlich sagte, und das markante Cyanblau sowie das schwere Logo mit leichter Schlagseite haben sich tief ins Bewußtsein eingepägt bei all denen,

die sich mit beruflicher Bildung beschäftigen. Man nennt sie kurzerhand die „Blaue“, unsere Akzente, im Unterschied zur „Roten“ oder zur „Grünen“, die es auch gibt in der Bildungslandschaft und die Sie vielleicht kennen. Vorsicht also mussten wir Gece beim Umkrepeln des Hefts signalisieren und ihm die hochgradig kreativ-revolutionären Ideen aus dem Kopf schlagen. Die Wiedererkennung sollte nicht aufs Spiel gesetzt werden, das Cyanblau also musste bleiben, ebenso das Logo und das Bilderfeld auf dem Titel.

Auch im Innenteil sind wir schließlich bei einer eher ruhigen Variante verblieben, schon deshalb, weil wir uns aus Kostengründen weiterhin auf zwei Farben beschränken müssen. Ein so richtig fetzig aufgemachtes Blatt würde einfach vier Farben benötigen und vielleicht gleich noch eine Schuckfarbe dazu. Und ob es dann nicht auf zu viel Kopfschütteln stieß draußen im Lande und auf Befremden?

Wir glauben, dass uns Gece eine ausgewogene Lösung unterbreitet hat: Der Innenteil ist – bei gleicher Rubrikenfolge – übersichtlicher geworden und die als Gestaltungsmittel gedachten weißen Räume tun dem Auge gut. Die Bilder werden mehr zu Blöcken zusammengefaßt und die Einhaltung des Satzspielgels soll kein Gestaltungsdogma mehr sein. Kurzum, es ging darum, den Lese-Aufforderungscharakter zu verstärken. Ob uns das gelungen ist? Wenn Sie zu diesem Schluss kommen, dann sollte uns das freuen. Wenn Sie im Vergleich der beiden Layouts – des alten und des neuen – finden, dass wir uns mit der neuen Variante verbessert haben, dann würde uns das noch mehr freuen. Und ein drittes Mal freuen würden wir uns, wenn Sie uns das alles mitteilen könnten. Das nämlich wollen wir dann gern veröffentlichen. Wenn Sie aber nicht in unsere Euphorie einstimmen können, dann sagen Sie sich einfach: Nichts ist für die Ewigkeit gemacht, schon gar nicht das Layout einer Lehrerzeitschrift. Irgendwann wird wieder mal ein neuer Sakko fällig sein und niemand schreibt uns vor, dass dies erst wieder in zehn Jahren ist. *pth*

# Der VLB beim achten Berufsbildungskongress der bayerischen Staatsregierung

## Die beruflichen Schulen als Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung

**PETER THIEL**

Nach Passau nun gleich wieder ein Berufsbildungskongress. Einer wie ihn die Staatsregierung seit Jahren regelmäßig in Nürnberg durchführt. Der VLB wirkte dabei diesmal in vier Teilveranstaltungen mit. In gebotener Bescheidenheit stellen wir allerdings fest, dass die Dimension in der Noris eine Nummer größer war als die in Passau. Auch die Zielsetzungen waren nicht ganz deckungsgleich, was sich zwangsläufig aus dem Unterschied zwischen der Staatsregierung und einem Lehrerverband ergibt. Als Grußwort im rund 400 Seiten starken Kongresskatalog schrieb der Ministerpräsident u. a.: „Mit der ‚Berufsbildung 2002‘ setzt die Staatsregierung nun schon zum achten Male gemeinsam mit der Wirtschaft und allen an der Berufsbildung Beteiligten ein weithin sichtbares Signal. Spitzenleistungen setzten Spitzenqualifikationen voraus. Die im mehrjährigen Turnus stattfindende ‚Berufsbildung‘ ist längst eine Identifikationsveranstaltung für alle, die in diesem Bildungsbereich unsere Zukunft mitgestalten. Sie vermittelt zugleich Impulse für junge Menschen auf dem Weg in den Beruf und für schon Berufstätige bei der Suche nach Wegweisern durch die Weiterbildungslandschaft“.

### Der Ministerpräsident zum Thema Kompetenzzentren

Bei der Eröffnung des Kongresses erteilte Stoiber der dualen Ausbildung gute Noten. Das System habe sich bewährt, sagte der Ministerpräsident, die Wirtschaft müsse nur weiterhin genügend Ausbildungsplätze zur Ver-

fügung stellen und die Berufsschulen flexibel auf die Veränderungen in der Arbeitswelt reagieren. „Wie keine andere Schulart sind die Berufsschulen der Modernisierung ausgesetzt und erleben ständig Innovationen“, erklärte er. Massive Veränderungen resultierten in der letzten Zeit u. a. aus zahlreichen neuen oder neugeordneten Berufen und aus den lernfeldorientierten Lehrplänen.

Angesichts des großen Bedarfs an Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen müssen insbesondere in einem Flächenstaat wie Bayern alle Ressourcen ausgeschöpft und beste Synergieeffekte erzielt werden. In diese Richtung gehen auch die Überlegungen zu einer Organisationsreform der beruflichen Schulen, meinte Stoiber. Diese ziele darauf ab, berufliche Schulararten zu Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung zusammenzufassen und nach fachlichen Schwerpunkten zu strukturieren.

### Ein hochkarätig besetztes Podium

Unter der Rubrik „Politik im Gespräch“ wies das fünftägige Kongressprogramm neben anderen Forumveranstaltungen eine solche mit dem Titel „Die beruflichen Schulen – regionale Kompetenzzentren für Aus- und Weiterbildung“ aus.

Deren Podium war hochkarätig besetzt: Staatssekretär Karl Freller vertrat die verhinderte Kultusministerin, Hermann Sauerwein sprach für den VLB, Günther Hohlweg (Siemens) für die ausbildende Wirtschaft, Otto Dietrich Knapp übernahm den Part der IHK, Ludwig Stock den des bayerischen Handwerks und Robert

Günthner schließlich vertrat den DGB. Die Moderation lag bei Rundfunk-Mitarbeiterin Gudrun Riedel, die das Gespräch mit dem Reizthema PISA eröffnete. „Von den Berufsschulen war da wenig zu hören“, sagte sie. Sind sie möglicher Weise das fünfte Rad am Wagen in der bayerischen Bildungslandschaft? Und was verspreche man sich von einer Strukturveränderung dieser Schulen zu Kompetenzzentren?

Aus den Statements der genannten Teilnehmer ergaben sich dazu sehr unterschiedliche Betrachtungen:

### „Wenn die Kirchturmpolitik Platz greift...“

Die Staatsregierung habe die Bildung weitestgehend aus den Ausgabenkürzungen herausgehalten und ins Zentrum ihrer Politik gestellt, erklärte Staatssekretär Freller. Im Übrigen seien Reformschritte nicht zwingend mit Mehrkosten verbunden. Zwei Aspekte rechtfertigten die geplante Strukturreform: Zum einen wolle man insbesondere bei den neuen Berufen stärker bündeln und kostspielige Schulausstattungen mit kurzzeitigen Innovationszyklen effektiver nutzen. Zum anderen müsse die Anzahl der Minderklassen im Lande reduziert werden. Freller appellierte insbesondere an die Kommunalpolitik, persönliche Wünsche im Interesse des Ganzen zurückzustellen. „Wenn die Kirchturmpolitik Platz greift, ist das Land nicht mehr reformfähig“, sagte er. Eine Metzgerklasse beispielsweise mit fünf Schülern sei heute „einfach nicht mehr drin“. Für solche Fälle gebe es Schulsprengel mit Blockunterricht.

### „Gewachsene Strukturen werden zerschlagen“

„Wenn wir den Landtagsbeschluss nicht hätten, wären wir alle glücklicher“, sagte Ludwig Stock für das Handwerk. Kritisch verwies er auf die Verkehrsstrukturen im Lande und auf die langen Fahrtzeiten für die Lehrlinge, aber auch auf die Lernortkooperation, die mit ortsfernen Berufsschulen weniger effektiv sei. „Gewachsene Konstellationen werden zerschlagen, vieles wird anonym“, gab er zu be-

denken. Das Handwerk wolle jedenfalls nicht, dass die Schülerströme an ihm vorbei fließen, erklärte Stock und deshalb sei er bei Berufen mit wenig Auszubildenden für den Blockunterricht.

### Ein Fall für den Bund der Steuerzahler

VLB-Landesvorsitzender Sauerwein stellte fest, dass die Entwicklung bislang nicht im Sinne des Landtagsbeschlusses laufe. Zu befürchten sei ein nicht zu vertretender Schülertourismus quer durch die Regionen. Bewährte Ausbildungsstätten werden geopfert und andernorts für viel Geld wieder errichtet. „Wahrlich ein Fall für den Bund der Steuerzahler“, sagte Sauerwein und erläuterte die VLB-Konzeption zur Schaffung von Kompetenzzentren mit vertikaler Gliederung. „Aufsteigende Bildungsgänge eines Fachbereichs unter einem Dach und ein solches Zentrum als integraler Bestandteil innerhalb eines regionalen Bildungsnetzwerks, das ist es, was der VLB unter einem Kompetenzzentrum versteht“, meinte der Landesvorsitzende. Kompetenz sei im Übrigen keine Frage der Quantität, der Addition also möglichst vieler Parallelklassen, Kompetenz entstehe u. a. durch die Nutzung von Synergien.

### Bei den sozialen Kompetenzen nachbessern

Für Siemens-Ausbildungsleiter Günter Hohlweg ist der Ausbildungserfolg stark abhängig von den jungen Leuten selbst. „Was wir brauchen sind gute und offene Schülerinnen und Schüler“, sagte er, wobei die Ausbildung freilich bei den sozialen Kompetenzen nachbessern müsse.

Wie im Betrieb brauchen die jungen Leute auch in der Berufsschule eine zeitgemäße Ausstattung und dies sei in den geplanten Zentren eher möglich als bisher. Insbesondere für die neuen Berufe fehle es an gut gerüsteten Lehrern, monierte Hohlweg. Die geäußerten Bedenken hinsichtlich der Schulwege teile er nicht, Mobilität sei eine zeitgemäße Forderung. Alles in allem könne er dem „Unter-

nehmen Kompetenzzentren“ jedenfalls zustimmen, meinte Hohlweg.

### Nicht nur ans Sparen denken

Dem schloss sich Otto Dietrich Knapp (IHK) an. „Die Investitionen müssen sich rentieren“, sagte er, das Zusammenwirken mehrerer Lehrer eines Fachbereichs in einer Schule sei ein Vorteil und führe zu Synergien. Freilich habe die Bildung von Kompetenzzentren auch Grenzen; immerhin müsse der Schulstandort mit der Wirtschaftsstruktur der Region übereinstimmen. Die Abstimmung mit den Füßen dürfe nicht unterschätzt werden. „Bestimmte Berufe liegen einfach flach“, sagte Knapp. An die mit der Umsetzung des Landtagsbeschlusses beauftragten Regierungen appellierte er, so flexibel wie möglich zu verfahren. „Es darf schließlich nicht stärker ums Sparen gehen als um die Kompetenz“ erklärte er.

### Keine Nacht-und-Nebel-Aktionen

Eine Lanze für die Berufsschule und ihre Lehrer brach DGB-Vertreter Robert Günthner. „Viele Schüler

Landtagsbeschlusses mit möglichst viel Transparenz zu verfahren und Nacht-und-Nebel-Aktionen zu vermeiden.

### Erweiterter Themenbereich

Wortmeldungen aus dem Kreis der Zuhörer erweiterten den Themenbereich. Moderatorin Gudrun Riedel jedenfalls hatte immer wieder Mühe den roten Faden zu halten, zumal ihr – so wenigstens bestand der Eindruck – nähere Kenntnisse über das berufliche Schulwesen fehlten, was nach unserer Erfahrungen bei Journalisten leider recht oft der Fall ist.

Gefordert aus dem Publikum wurde u. a. die Beteiligung der Personalvertretungen beruflicher Schulen bei der Bildung von Kompetenzzentren, ebenso wie ein höheres Stundenkontingent für die Lehrerfortbildung. Darüber hinaus kam die Frage des kommunalen Engagements für berufliche Schulen zur Sprache.

### Fortbildung ist eine Holspflicht

Staatssekretär Freller lobte bei der Aussprache einmal mehr den Innova-



Das Podium im gut besuchten Tagungssaal „München“ von links: Moderatorin Gudrun Riedel (BR), Staatssekretär Karl Freller, Hermann Sauerwein (VLB), Günther Hohlweg (Siemens), Ludwig Stock (Handwerk), Otto Dietrich Knapp (IHK), Robert Günthner (DGB).

schaffen die Prüfung überhaupt nur durch die Schule“, sagte er und verwies auf seine eigene Berufsausbildung. Die Erwartungen an die Berufsschule seien äußerst different, deshalb gelte es, sich genauer mit dem Begriff „Kompetenz“ zu beschäftigen, bevor man über Veränderungen entscheidet. Auch Günthner appellierte an die Regierungen: bei der Umsetzung des

tionsgeist der beruflichen Schulen und warnte im Zusammenhang mit PISA vor pauschaler Lehrerschelte. „Berufliche Fortbildung ist eine Holpflicht und keine Bringpflicht“, erklärte er an die Adresse derjenigen, die die Lehrerfortbildung ausschließlich in die Dienstzeit verlegt wissen möchten. Dies unterstützte auch Günter Hohlweg: in der Industrie geschehe Fortbil-

derung fast ausschließlich außerhalb der Dienstzeit. Für die Fortbildung der Lehrer beruflicher Schulen bot er Spezialisten aus der Wirtschaft an. „Das Finanzielle schaffen wir auch noch“, antwortete er auf die Frage nach den Kosten. Im Übrigen diskutiere man in Bayern in Sachen beruflicher Bildung auf sehr hohem Niveau, meinte Hohlweg und verwies u.a. auf die entsprechende Problemlage in den neuen Bundesländern.

### Kein Verständnis für die „Absetzbewegung“ der Kommunen

Große Sorge mache man sich über die mangelnde Berufsreife vieler Jugendlicher, erklärte IHK-Vertreter Knapp und appellierte an die der Berufsausbildung vorgeschalteten Schulen, hier entsprechend entgegen zu wirken. Kein Verständnis zeigte er für die „Absetzbewegung“ mancher Kommunen, wenn es um ihre beruflichen Schulen geht. Die Wirtschaft lasse die Berufsschule nicht allein, weder bei der Sachausstattung noch bei der Lehrerfortbildung. „Die Wirtschaft ist die Lobby der Berufsschulen“, erklärte er. War das nicht zu überhörende Gemurmel im Saale gar Ausdruck von Zweifel?

### Die Schulleistungen in die Abschlusszeugnisse

Die Diskussionen um die Reform der beruflichen Schulen verlaufen nach dem Motto: „Es muss etwas geschehen, aber es darf nichts passieren“, konstatierte DGB-Vertreter Robert Günthner und bezeichnete die Fortbildungsetats beruflicher Schulen als defizitär. Um speziell die Berufsschule in der Öffentlichkeit aufzuwerten, sei es unverzichtbar, die Schulleistungen der Lehrlinge in die Abschlusszeugnisse einfließen zu lassen.

### Zusagen der Ministerin bis heute nicht eingelöst

Schließlich brachte VLB-Chef Sauerwein die Arbeitsbelastung der Kolleginnen und Kollegen ins Gespräch und verwies insbesondere auf die zahlreichen neuen Ausbildungsordnungen, die z.T. mehr als kurzfristig eingeführt worden waren. Daraus habe sich

auch ein extrem hoher Fortbildungsbedarf ergeben. Das Rückzugsgefecht der Staatsregierung bei der Altersteilzeit bezeichnete der Landesvorsitzende als falsches Signal. „Die Frühpenionierungen vieler stark ausgebrannter Lehrkräfte waren deutlich zurückgegangen, jetzt werden sie wieder steigen“, sagte er. Der Nachwuchs halte sich beim Studium des Lehramts für berufliche Schulen deutlich zurück. „Mit 900 Euro Referendarssalär sind die jungen Leute einfach nicht zu begeistern, da folgen sie lieber Angeboten der Industrie“, sagte Sauerwein. Zusagen der Ministerin, die Referendarbezüge anzuheben, seien bislang nicht eingelöst worden.

### Die Förderschulen melden sich zu Wort

Schließlich meldeten sich die Förderberufsschulen zu Wort und hinterfragten den Kompetenzbegriff im Hinblick auf ihre Klientel. „In der ganzen Diskussion um die Kompetenzzentren dürfen wir diese jungen Leute nicht

aus dem Blick verlieren“, erklärte Staatssekretär Freller.

### Den Stein ins Wasser geworfen

VLB-Landesvorsitzender Sauerwein fand schließlich eine Art Schlusswort, indem er feststellte: Es war der VLB, der im Jahre 2000 gewissermaßen den Stein ins Wasser geworfen hatte. Entsprechender Handlungsbedarf in Richtung Kompetenzzentren ergab sich, da die Berufsschüler seit den achtziger Jahren um rund 20% zurückgegangen waren. Die Schullandschaft aber blieb unverändert. Bei der Umsetzung des Landtagsbeschlusses vom April 2001 – er betrifft übrigens nicht nur die Berufsschulen, sondern alle beruflichen Schulen – sei man dabei, handfeste Fehler zu machen. Dem Aktionismus in manchen Regierungsbezirken müsse dringend Einhalt geboten werden. Gern unterstütze der VLB vernünftige Reformschritte in Richtung Kompetenzzentren, nicht aber eine aus egoistischen Motiven betriebene Kirchturmpolitik. <

## Pisa – Möglichkeiten und Chancen für die berufliche Bildung

### ALEXANDER LIEBEL

Teilnehmer dieser Gesprächsrunde waren die angehende Automobilkauffrau Petra Sturm, Wolfgang Böhm, Ausbildungsleiter Diehl-Stiftung & Co, Armin Ulbrich, Ludwig-Erhard-Berufsschule Fürth, Udo Göttemann, Leiter der Abteilung Berufsausbildung bei IHK Nürnberg und Arnulf Zöllner, Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung, München.

### Und es geht doch

Man kann über Pisa diskutieren ohne Schuldzuweisungen. So geschehen auf dem 8. Berufsbildungskongress der Staatsregierung in Nürnberg im Rahmen einer Podiumsdiskussion des VLB. Von der Auszubildenden bis zum Chef der Abteilung „Berufliche Schulen“ am ISB diskutierten Vertre-

ter der beruflichen Bildung das brisante und oft mit starken Emotionen belastete Thema sachlich, kontrovers und zukunftsorientiert.

### Die Basis muss in den allgemeinbildenden Schulen legt werden.

Die Diskussion zeigte deutlich, dass die Veränderungen frühzeitig in den allgemeinbildenden Schulen ansetzen müssen. Als Schulleiter Armin Ulbrich über Erfahrungen aus dem Schulalltag berichtete und die Konsumhaltung sowie die mangelnde Eigeninitiative schilderte, konterte die Auszubildende Petra Sturm trocken, aber umso gekonnter: „13 Jahre war in der Schule Eigeninitiative nicht gefragt, warum sollte ich sie jetzt zeigen?“ Der Beifall aus dem Publikum war ihr sicher. Er zeigte, dass dies offenbar keine Ausnahme-Erfahrung war.

Beklagt wurde eine Überfrachtung der Lehrpläne. „Am Ende fehlt einfach die Zeit zum Üben und Einüben entscheidender Inhalte“, meine Ulbrich. ISB-Vertreter Arnulf Zöllner konnte allerdings darauf verweisen, dass diesbezüglich bereits Änderungen erkennbar sind, wie die neuen Gymnasiallehrpläne belegen. IHK-Vertreter Udo Göttemann und Ausbildungsleiter Wolfgang Böhm forderten mit Nachdruck, dass auch die allgemeinbildenden Schulen einen Bezug zum Berufsleben haben müssen. „Es muss auch dort die Anwendungsorientierung von Wissen akzeptiert werden“, sagte Böhm und verwies mit Nachdruck auf diesbezügliche Defizite speziell an den Gymnasien.

### Pisa als Chance verstehen

Die Politik habe sich des Themas Bildung inzwischen sehr nachdrücklich angenommen, hier liege auch eine große Chance für die berufliche Bildung, hieß es am Podium. Die PISA-Ergebnisse führten allen an der Bildung Beteiligten vor Augen, wie stark sie unsere Zukunft beeinflussen können. Jedenfalls müssen sich alle Bildungsträger bemühen – darüber bestand Einmütigkeit auf dem Podium – die Defizite schnellstens zu beseitigen. „Die Wettbewerbsfähigkeit, Deutschlands Zukunft, entscheidet sich in den Köpfen unserer jungen Leute“, stellten die Diskussionsredner fest.

Schulleiter Armin Ulbrich äußerte die Hoffnung, dass sich das Image der Lehrerschaft in der Gesellschaft verbessern werde, weil PISA den Beweis erbracht habe: Ohne didaktisch, psychologisch und fachlich exzellent ausgebildete Lehrer geht es einfach nicht. „Die Lehrer können nicht ständig als Prügelknaben für alle möglichen Schief lagen erhalten“, erklärte Ulbrich.

### Die Zeit drängt

Mit jugendlicher Frische brachte es Petra Sturm auf den Punkt: „Es muss schnell umgesetzt werden, was jetzt diskutiert wird“, erklärte sie. Damit lag sie ganz und gar auf Ulbrichs Linie. Dieser nämlich hatte festgestellt, dass die beruflichen Schulen nicht 10 Jahre



Die Podiumsteilnehmer von links: Wolfgang Böhm (Diehl-Stiftung), Auszubildende Petra Sturm, Moderator Alexander Liebel (VLB), Udo Göttemann (IHK), Arnulf Zöllner (ISB), Armin Ulbrich (VLB). Foto Gillert

warten können, bis sich in allgemeinbildenden Schulen eine neue Schülergeneration herausgebildet hat, von der man ja heute auch nicht weiß, wie sie beschaffen ist.

Während Udo Göttemann forderte, innerhalb der bestehenden Strukturen Verbesserungen durchzusetzen, machte sich Arnulf Zöllner für mehr Mut zu Strukturveränderungen stark. Im Übrigen wiesen beide auf die Vorreiterrolle der beruflichen Schulen bei der Durchsetzung innovativer Ansätze hin.

### 2007 ist es zu spät

Ein wichtiger Gesichtspunkt ist auch die Tatsache, dass sich für die Betriebe und die Gesellschaft die Probleme wegen der demographischen Entwick-

lung in den nächsten Jahren noch verstärken werden. „Heute kann ein Unternehmen oftmals noch zwischen Bewerbern auswählen bei der Besetzung von Ausbildungsplätzen, das wird sich spätestens bis zum Jahr 2007 ändern. Göttemann wies darauf hin, dass gerade in technischen Berufen bereits jetzt Mangel an qualifizierten Bewerbern herrscht.

### Fazit

Insgesamt eine sehr positive Diskussion, an der sich das Publikum rege beteiligte, bei der auch stets fair und gleichzeitig sachlich kontrovers die Klänge gekreuzt wurden. Dabei kam u.a. zum Ausdruck, wie stark Schulen und Betriebe gemeinsam Verantwortung tragen und wie unverzichtbar eine vernünftige Lernortkooperation ist. Moderiert wurde die Runde von Alexander Liebel, dem Autor dieses Beitrags. <

## Die Noten der Berufsschule ins Abschlusszeugnis aufnehmen

HANS KÄFLER

Die „Berufsbildung 2002“ gab, wie gesagt, auch dem VLB mehrere Möglichkeiten im Rahmen von Podiumsgesprächen zur Meinungsbildung bei aktuellen Bildungsthemen beizutragen.

Zum Thema „Neue Prüfungen braucht das Land“ diskutierten Dr. Jo-

sef Amann, zuständig für Berufsausbildung bei der IHK für Schwaben, Augsburg, Reinhard Böckl, IG Metall, Vorsitzender des BBA der IHK Passau und wie Amann Mitglied im Landesausschuss für Berufsbildung der bayerischen Staatsregierung, Franz Fuchs, Ausbildungsleiter der Zahnradfabrik Passau, Reinhart Reiser, Abteilungsleiter für Berufs-



Diskutierten das Thema „Prüfungen“. Auf dem Bild von links Reinhard Böckl (IG Metall), Hermann Sauerwein (VLB), Dr. Josef Amann (IHK Schwaben), Moderator Hans Käfler (VLB), Reinhard Reiser (IHK Mittelfranken), Franz Fusch (ZF Passau). Foto Gillert



ausbildung der HWK für Mittelfranken, Nürnberg, und VLB-Landesvorsitzender Herrmann Sauerwein. Moderiert wurde das Gespräch von Hans Käfler, dem stellvertretenden VLB-Landesvorsitzenden und Autor dieses Beitrags.

Schon in ihren Eingangsstatements stimmten die Podiumsteilnehmer darin überein, dass die hergebrachten Formen der Berufsabschlussprüfung den aktuellen Anforderungen weder hinsichtlich der betrieblichen noch der berufsschulischen Ausbildung entsprechen. Fusch kritisierte: „Es ist auch aus Kostengründen Unsinn, wenn beispielsweise Industriemechaniker ein halbes Jahr vor der Prüfung statt an ihrer betrieblichen Einsetzbarkeit zu arbeiten wieder in die Ausbildungswerkstatt geholt werden müssen, um im Feilen auf 1/10 mm mühsam wieder fit gemacht zu werden; eine Fähigkeit, die sie seit ihrer Grundausbildung nicht mehr gebraucht haben.“

Böckl erweiterte die Forderung nach neuen Prüfungsformen auch auf die theoretische Prüfung und kritisierte in diesem Zusammenhang die Fehler in den ganzheitlichen Aufgaben früherer Abschlussprüfungen in den IT-Berufen. Dr. Amann räumte Anfangsprobleme ein, wies jedoch darauf hin, dass die IT-Prüfungen inzwischen einen guten Stand erreicht hätten und die Kammern aufbauend auf diese Erfahrungen gute Voraussetzungen für eine reibungslose Abwicklung auch der „Massenprüfungen“ in den neu geordneten Metall- und Elektroberufen

hätten. Im übrigen sei für die Industrie- und Handelskammern die bundesweite Vergleichbarkeit unverzichtbar. Sauerwein nahm diese Äußerung auf und relativierte die Forderung, indem er auf die Situation im Handwerk hinwies, wo es innerhalb eines einzigen Regierungsbezirkes wegen der fehlenden Zusammenarbeit einzelner Innungen eine Vielfalt von Abschlussprüfungen in ein und demselben Beruf gäbe. Reiser räumte dies ein, bekräftigte jedoch die Strategie der Handwerkskammern, in allen Berufen zumindest landesweite Prüfungen anzustreben.

Das Publikum beteiligte sich besonders engagiert bei dem Thema „gedehnte Prüfungen“ für Industriekaufleute. Dr. Amann erklärte dazu, dass u.a. im Interesse einer Entlastung der Prüflinge der Beginn der Abschlussprüfung für neu eingestellte Industriekaufleute bereits auf den März vorgezogen werden solle. Die Empörung von Berufsschulvertretern aus dem Publikum über die damit verbundenen Kürzung des Berufsschulunterrichts zugunsten einer künstlich in die Länge gezogenen Prüfung konterte Dr. Amann mit dem Hinweis, die Berufsschulen könnten ja den wegen des vorgezogenen Prüfungsbeginns ausgefallenen Unterricht vorholen. Sauerwein stellte die damit verbundenen organisatorischen Schwierigkeiten dar und stellte seinerseits die Forderung des VLB auf, auf die theoretische Prüfung der Kammern vollständig zu verzichten und dafür die Noten der Berufsschule in das

Berufsabschlusszeugnis aufzunehmen. Kategorische Ablehnung erfuhr er damit bei IHK-Vertreter Reiser, der von der bisherigen Regelung keinen Schritt abweichen wollte. Eine differenziertere Haltung stellte Reinhard Böckl für die Gewerkschaften vor: „Wir wollen nicht, dass die Prüfungsausschüsse umsonst zusammentreten. Wenn der erste Teil der Abschlussprüfung (die bisherige Zwischenprüfung, Anm. des Autors) und die Berufsschulnote zusammen nicht mehr als 50% des Gesamtergebnisses der theoretischen Prüfung ausmachen, können wir als Gewerkschaften uns mit einer Einbeziehung der Berufsschulnoten anfreunden.“

Noch weiter ging Franz Fusch, der als Vorsitzender des Ausbildungsleiterkreises im Verband der bayerischen Metall- und Elektroindustrie für Niederbayern / Oberpfalz auch die Haltung des Verbands der bayerischen Wirtschaft vertrat: „Die Lehrer sollten eine stärkere Rolle bei der Erstellung und Abwicklung der Prüfungen einnehmen. Die relevanten Berufsschulnoten sind am Ende der Ausbildungszeit mit in die Bewertung bzw. das Gesamtergebnis der Berufsabschlussprüfung einzubeziehen.“ Eine Äußerung, die uns als Lehrer an beruflichen Schulen Hoffnung gibt, auf dem Weg zu einer stärkeren Anerkennung unserer Leistungen einen wichtigen Schritt weiter zu kommen. <

## „Partner Berufsschule“ – ein Positionspapier der bayerischen Metall- und Elektroindustrie

ARMIN ULBRICH

Die Moderation dieser Teilveranstaltung der „Berufsbildung 2000“ lag bei Dr. Christof Brechtel, Sprecher des VBME-Ausbilderarbeitskreises. Teilnehmer auf dem Podium waren Emanuel Meier, Auszubildender bei Siemens und Berufsschüler in Erlangen, Frank Richter, Vorsitzender des VBME-Bildungsausschusses und Audi-Ausbilder, MR Werner Lucha, Kultusministerium, Herrmann Sauerwein, VLB-Landesvorsitzender und Walter Lang, Leiter des Amtes für berufliche Schulen, Nürnberg. Auslösender Impuls für eine rege Diskussion waren die „10 Forderungen des VBME an die Berufsschule der Zukunft“, die von Frank Richter vorgestellt wurden:

1. Die Berufsschulnoten sind am Ende der Ausbildungszeit in das Gesamtergebnis der Berufsabschlussprüfung einzubeziehen.

2. Zukunftsorientierte Formen der Leistungserhebung, wie Gruppen- und Teamarbeit sind in die Leistungserhebung einzuführen.

3. Neue Lehr- und Lernmethoden müssen von den Lehrern in der Unterrichtspraxis eingesetzt werden, z. B. Präsentationstechniken.

4. Die Berufsschullehrer und Ausbilder müssen gemeinsam den Weiterbildungsbedarf festlegen, der in der Wirtschaft stattzufinden hat.

5. Die Berufsschule muss wie ein Betrieb geführt werden, deshalb muss dem Pädagogen auch ein Betriebswirt als Schulmanager in der Schule zur Seite gestellt werden.

6. Der Beamtenstatus für Lehrer muss abgeschafft werden. Er untergräbt die Einsatz- und Leistungsbereitschaft der Lehrer. Marktwirtschaftliche Elemente für eine leistungsorientierte Vergütung und Personalentwicklung sind erforderlich.

7. Der Fachkräftemangel gefährdet die Existenz der Berufsschulen. Neben einer Imagekampagne müssen Führungskräfte aus der Wirtschaft ge-

wonnen und eine solide Lehrerfortbildung bzw. Karrierechancen ermöglicht werden.

8. Die Kooperation Wirtschaft/Schule verlangt, dass Fach- und Führungskräfte aus der Wirtschaft auch in der Berufsschule mit den Lehrern in einer Form von Team-teaching gemeinsam unterrichten.

9. Die wenig effektiven „Berufsschulbeiräte“ sollten durch neue Kooperationsgremien zwischen Schule, Unternehmen und öffentlichen Trägern ersetzt werden.

10. Schulen müssen sich mehr am Markt positionieren, Erst- und Weiterbildung übernehmen und Marketingstrategien für die Zukunft entwickeln.

Zunächst gaben die Podiumsteilnehmer dazu kurze Statements ab.

Setzen sich mit dem VBME-Papier auseinander, von links: Emanuel Meier (Berufsschüler), Frank Richter (VBME), Moderator Dr. Christof Brechtel (VBME), MR Werner Lucha (Kultusministerium), Herrmann Sauerwein (VLB), Walter Lang (Amt für berufliche Schulen, Nürnberg).  
Foto: G. Hacker



Auszubildender Emanuel Meier beispielsweise fände „einige Änderungen an der Berufsschule sinnvoll“, z.B. eine abwechslungsreichere Unterrichtsaufteilung oder mehr Wechsel zwischen Frontalunterricht und Selbsterarbeitung. Der Lehrermangel wirke sich für ihn persönlich aus, da der Englischlehrer fehle.

„Das Papier kommt 10 Jahre zu spät“, stellte VLB-Vorsitzender Sauerwein fest. Drei Aspekte aber halte der VLB für wesentlich: Erstens die Forderung, Berufsschul-Schülerleistungen in die Berufsabschlussprüfung zu übernehmen. Dazu sei jedoch eine Änderung des Berufsbildungsge-

setzes erforderlich. Zweitens müssen die beruflichen Schulen zu Kompetenzzentren mit vertikaler Gliederung gestaltet und somit Erstausbildung und Weiterbildung darin integriert werden. Und drittens: Das Lehrermage müsse dringend verbessert und der Stellenwert des Lehrerberufs in der Gesellschaft angehoben werden. „Alle anderen Forderungen sind überholt“, meinte Sauerwein, da sich die Berufsschule in den letzten Jahren deutlich verändert habe. Sie verfüge inzwischen über ein höheres Maß an Selbständigkeit, was u.a. durch das Einstellungsverfahren sowie bei der Budgetierung zum Ausdruck komme. Durch Initiativen zur Schulentwicklung sowie Modellversuche zur Schaffung von Qualitätsstandards haben die beruflichen Schulen inzwischen ein neues Profil erhalten.

Hervorragend gemeistert haben die Berufsschulen im Übrigen die Schwierigkeiten, welche sich aus kurzfristig eingeführten Rahmenlehrplä-

nen (für rund 40 neue und 120 neu geordnete Berufe) sowie aus der Lernfeldorientierung der neuen Berufsbilder ergeben haben. Freilich müsse die Entwicklung der Berufsschule hin zu mehr Selbstständigkeit u. a. über neue Rechtsformen (z.B. als Körperschaft des öffentlichen Rechts) weitergehen. Das Beamtenrecht sei dabei keinesfalls hinderlich, auch nicht leistungshemmend, erklärte Sauerwein. Die in dem Positionspapier formulierten Denkanstöße nehme der VLB dennoch sehr ernst.

Schulamtsleiter Lang meinte, er habe die Forderungen mit Freude gelesen. Immerhin finde der hohe Stellen-

wert der beruflichen Schulen darin Anerkennung. Seiner Meinung nach müsse jedoch das Beamtenrecht für Lehrer auf den Prüfstand. Eine ständige Präsenz der Lehrer in der Schule sei Voraussetzung für mehr Teamarbeit und die Arbeit in neuen Unterrichtsformen. Für die erforderlichen Investitionen müssen langfristig Steuergelder aufgebracht werden. In Nürnberg werde Fortbildung überaus intensiv gepflegt; ein kommunales Schulwesen betrachte die Selbstständigkeit seiner Schulen im Übrigen als selbstverständlich. Die Verlagerung der Ausbildung unseres Lehrernachwuchses an die Fachhochschule hielte er für falsch, meinte Lang.

MR Werner Lucha hatte nach der Lektüre des Positionspapiers den Eindruck, die Berufsschule befinde sich noch auf dem Stand von vor 100 Jahren. Doch die Schulen haben ihre Hausaufgaben gemacht: Es werde lernfeldorientiert unterrichtet und Lernortkooperation sowie gemeinsame Fortbildung von Lehrern und Auszubildenden seien vielerorts an der Tagesordnung. Der aus der Sportwelt stammende Begriff „Coach“ treffe die Lehrerrolle nicht, meinte Lucha. Dem Schulleiter wies er die Funktion des Managers in einem Team von qualifizierten Fach- und Didaktikexperten zu. Von manchen dieser Teams könne man in der Wirtschaft nur träumen.

Einer Diskussion über vielerlei Detailfragen folgte schließlich die salomonische Erkenntnis: Die am dualen System Beteiligten müssen zum Wohle der Jugend im Beruf intensiv zusammenarbeiten. Dazu gelte es Vorurteile abzubauen und Hemmschwellen zu überwinden. „Was würden Sie in Sachen berufliche Bildung tun, wenn Sie König wären?“ fragte der Moderator am Schluss. Die Antworten gingen allesamt über die bereits geäußerten Erkenntnisse nicht hinaus, so falsch also können wir nicht liegen an unseren beruflichen Schulen. Gewiss, das Positionspapier provoziert, es wirkt zunächst wie eine „Ohrfeige“ für die beruflichen Schulen. Aber gerade deshalb sollten wir uns weiterhin mit ihm auseinandersetzen. Die Lernortkooperation erfordert dies. <

## Bundesaltenpflegegesetz und seine Auswirkungen

Mit Enttäuschung reagierten sowohl der VLB als auch Kultusministerin Monika Hohlmeier auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zum Bundesaltenpflegegesetz. Auch wir sind überzeugt, dass das neue Gesetz für die Altenpflege massive Probleme bringen wird. Nach dem Bundesaltenpflegegesetz, das die Altenpflegeausbildung bundeseinheitlich regelt, können bereits 16-jährige Schulabgänger diese Ausbildung aufnehmen. Da nun mehr die Altenpflege mit der Krankenpflege um Bewerber konkurrieren muss, befürchten wir, dass diese den Kürzeren ziehen. Zudem ist es zweifelhaft, ob so junge Menschen tatsächlich den physischen und psychischen Belastungen dieser Tätigkeit gewachsen sind.

Die Ausbildungsdauer wurde verlängert. Sie beträgt in Vollzeitform drei und berufsbegleitend bis zu fünf Jahre. Bislang konnte die Altenpflegeausbildung in zwei Jahren Vollzeit- oder in drei Jahren berufsbegleitend absolviert werden. Welche Konsequenzen hat das unmittelbar für uns? Es ist damit zu rechnen, dass etliche Schulen aufgelöst werden. In einem Flächenstaat wie Bayern bedeutet dies sicherlich eine deutliche Einschränkung des Angebots an wohnortnahen Ausbildungsmöglichkeiten. Wir bitten die Staatsregierung alles zu tun, dass die Ausbildung in diesem Bereich die Qualität und die Quantität aufweist, die unsere immer älter werdende Gesellschaft dringend verlangt. <

## Spitzengespräch im Bayerischen Landtag



Anfang Dezember fand im Landtag ein Spitzengespräch zwischen den Vorsitzenden der CSU-Fraktion Alois Glück und dem VLB statt. Vertreten war der Verband durch seinen Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein und dessen Stellvertreter Hans Käfler. Schwerpunkte der in sehr freundlicher Atmosphäre abgelaufenen Begegnung waren zunächst die aktuellen Sparmaßnahmen der Staatsregierung, die der Bayerische Beamtenbund in seiner „Giftliste“ zusammengefaßt hat. Insbesondere die Einschränkungen bei Altersteilzeit und Altersermäßigung bereiten dem VLB Sorge, erklärte Sauerwein. Immerhin sei zu befürchten, dass dadurch die Anzahl der Frühpensionierungen aus gesundheitlichen Gründen wieder ansteigt. In Verbindung mit der desolaten Situation beim Lehrernachwuchs stehen den beruflichen Schulen damit schwere

Zeiten ins Haus, gab VLB-Vize Hans Käfler zu bedenken. Die VLB-Vertreter wandten sich auch gegen eine einseitige Bevorzugung einzelner Schularten im Lande. „Wenn Einschränkungen, dann für alle gleich“, sagte Sauerwein. Die „schulartfremde“ Verwendung des Stundenpotentials, welches durch die Kürzung der Altersermäßigung bei den Lehrkräften beruflicher Schulen eingespart wurde, sei nicht hinzunehmen.

Eine klare Absage erteilte Glück dem derzeit diskutierten Kooperationsmodell bei der Ausbildung zum Lehramt an beruflichen Schulen. Ein entsprechendes Splitting zwischen Universität und Fachhochschule halte er für ungeeignet. Das Argument, die Lehrerbildung erhalte durch eine Teilverlagerung an die FH einen höheren Praxisbezug, könne er insbesondere für die beruflichen Schulen nicht teilen.

Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 22. 11. 2002

Staatssekretär Freller beim Berufsbildungskongress in Passau:

## Berufsschule muss in der Berufsbildung aufgewertet werden – Bundesregierung am Zug

„Die Berufsschule leistet als tragende Säule der beruflichen Bildung einen entscheidenden Beitrag zur Qualifikation der jungen Menschen in Deutschland“, betonte Kultusstaatssekretär Karl Freller am Freitag in Passau auf dem 6. Berufsbildungskongress des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen. Der Staatssekretär forderte die Bundesregierung auf, bei der geplanten Überarbeitung des Berufsbildungsgesetzes der Bedeutung der Berufsschulen Rechnung zu tragen: „Die in der Berufsschule erbrachten Leistungen zählen für die Berufsabschlussprüfung überhaupt nicht. Wir kämpfen seit Jahren darum, dass das anders wird und haben über die KMK erwirkt, dass die Voraussetzungen für eine Neuregelung geschaffen wurden. Die Bundesregierung kann jetzt zeigen, ob sie der Berufsschule als Partnerin in der dualen Berufsausbildung den Stellenwert einräumen will, der ihr in der Realität schon lange zukommt.“

Als vordringliche Aufgabe der nächsten Jahre stuft der Staatssekretär die Umstrukturierung der bayerischen Berufsschulen zu fachlichen Kompetenzzentren ein. Ziel der Reform sei es, die Berufsschulen einer Region so zu organisieren, dass jede Schule sich auf bestimmte Berufe oder Berufsgruppen spezialisieren könne. „Der Modernisierungsdruck, unter dem die Wirtschaft steht, kann an den Berufsschulen nicht vorbeigehen“, erläuterte Freller. „In den Kompetenzzentren können wir personelle und technische Ressourcen effizient nutzen. Eine zeitgemäße Ausbildung erfordert ein differenziertes Bildungsangebot, die Lehrkräfte müssen sich fachlich spezialisieren und teuer ausgestattete Fachräume sinnvoll genutzt werden.“ Gleichzeitig, so versicherte Freller, wirke die Bildung von Kompetenzzentren dem Trend zur

Abwanderung von Schülern in Ballungszentren entgegen und sichere die Existenz der Berufsschulen im ländlichen Raum. Die Organisationsreform solle spätestens 2008 abgeschlossen sein, damit die Schulen beim dann einsetzenden Rückgang der Schülerzahlen adäquat vorbereitet seien.

Positive Impulse für die künftige Lehrerversorgung an beruflichen Schulen sind nach den Worten von Staatssekretär Freller von den in den letzten Jahren neu eingerichteten Studienangeboten zu erwarten. An den Universitäten Bamberg, Bayreuth und Erlangen-Nürnberg sowie an der TU München seien neue Studiengänge in den Fachrichtungen Gesundheit und Pflege, Metalltechnik und Wirtschaftspädagogik/Wirtschaftsinformatik eingerichtet worden, mit denen

sich künftige Lehrerinnen und Lehrer für die Arbeit an beruflichen Schulen qualifizieren können. Eine gewisse Entspannung sei auch davon zu erwarten, dass der Wechsel von einer Fachhochschule in ein Lehramtsstudium erleichtert wurde.

Wie die Attraktivität der Lehrerausbildung im Referendariat erhöht werden kann, soll auch mit Hilfe des Modellversuchs AQUA (Adressatenbezogene Qualifizierung, Qualitätssicherung und Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs an beruflichen Schulen) erprobt werden. „Die Modellschulen erhalten größere Verantwortung und größere Gestaltungsfreiheit bei der Ausbildung der Nachwuchslehrkräfte“, erläuterte der Staatssekretär. „Die Referendare verbringen beide Jahre an der Schule, wo sie von Personalentwicklern betreut werden. Das Engagement der Beteiligten ist bemerkenswert und lässt interessante Ergebnisse erwarten.“

*Claudia Piatzer, Pressesprecherin des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus*

Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 8. 11. 2002

Kultusministerin Monika Hohlmeier:

## Schulaufsicht in Bayern im Umbruch – „Sie muss sich als Partner der Schulen verstehen“

Die Schulaufsicht in Bayern befindet sich im Umbruch. In einer sich rasch verändernden Schullandschaft muss sich auch die Schulaufsicht neu definieren: Sie muss sich stärker als ein Partner der Schulen verstehen, der sie unterstützt und begleitet. „Die große Bedeutung der Schulaufsicht für die qualitätsvolle Arbeit in den Schulen hat auch PISA eindeutig belegt. Länder wie beispielsweise Finnland, die über eine gut funktionierende Schulaufsicht verfügen, haben Spitzenplätze bei der internationalen Studie belegt“, betonte Kultusministerin Monika Hohlmeier beim ersten Schul-

räte-Tag in der Akademie für Personalführung und Lehrerfortbildung in Dillingen.

Die Evaluation des Unterrichts ist eine der neuen Kernaufgaben der Schulaufsicht. „Bei der Evaluation geht es uns nicht um naming und blaming, sondern um die Verbesserung der Unterrichtsqualität. Denn nur wer weiß, wo die Defizite liegen, kann sie auch beheben“, sagte Hohlmeier. Ganz konkret bedeutet dies beispielsweise für die Schulkolleginnen und Schulkollegen, dass sie die Lehrkräfte bei der Auswertung der Ergebnisse und der Analyse unterstützen und dabei ihre

Erfahrung miteinbeziehen. Dazu gehört auch, dass sie bei der Organisation notwendiger Fortbildungsveranstaltungen helfen. Ebenfalls ist es notwendig, Netzwerke aufzubauen und den Informationsfluss zwischen den Schulen auszubauen. „Echte und ehrliche Evaluation ist hilfreich und liegt im Interesse jeder lernenden Schule“, betonte die Ministerin.

Neue Herausforderungen ergeben sich für die Schulaufsicht auch in punkto Personalführung und -förde-

rung und zwar unter zwei Perspektiven: Zum einen müssen sie die Schule als Ganzes im Blick haben, zum anderen den Detailblick auf den einzelnen Lehrer. „Es gibt unter den Lehrkräften noch zu viele Einzelkämpfer“, so Hohlmeier. Teamarbeit sowie der regelmäßige Austausch mit den Kollegen bedeuten eine große Entlastung für den Einzelnen.

*Claudia Piatzer, Pressesprecherin  
des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus*

### **Pressemitteilung der SPD-Landtagsfraktion München vom 7. 12. 2002**

**Unter Federführung des SPD-  
Bildungspolitikers Udo Egleder  
Vorstoß im Landtag:**

## **SPD will bis 2005 in keiner bayerischen Schulklasse mehr als 25 Kinder haben**

Bis zum Schuljahr 2005/06 soll es nach dem Willen der Landtags-SPD in Bayern keine Schulklasse mehr geben, in der mehr als 25 Kinder unterrichtet werden. Einen entsprechenden Vorstoß zur Festsetzung der Klassenhöchststärken hat die SPD im Landtag jetzt unter Federführung des Bildungspolitikers Udo Egleder gestartet.

„Bayern bildet seit langem das Schlusslicht bei der Höhe der Durchschnittsklassenstärken in Deutschland“, beklagt der SPD-Parlamentarier, der selbst Volksschullehrer ist. „Erziehungswissenschaftler weisen immer wieder darauf hin, dass nur in kleineren Klassen und Lerngruppen eine persönliche Förderung der Schülerinnen und Schüler verwirklicht werden kann“, betont Egleder. „Dies gilt auch für zeitgemäße Unterrichts- und Sozialformen.“

Der SPD-Bildungspolitiker verweist auch auf die OECD-, PISA- und Unicef-Studien, „die bestätigen, dass zur Verbesserung der Schulergebnisse und zur Steigerung der Unterrichtsqualität eine stärkere individuelle Förderung und mehr Zuwendung in den Schulen notwendig sind“. Egleder meint zusammen mit seinen Fraktionskollegen der Landtags-SPD, mit denen er die Initiative gestartet hat, „dass der weitere Rückgang der Einschulungszahlen in Verbesserungen der Rahmenbedingungen an Bayerns Schulen münden muss“.

*Michael Langer, Pressesprecher*

### **Pressemitteilung des Kultusministeriums vom 5. 11. 2002**

**Staatssekretär Freller:**

## **Immer mehr Berufsschüler legen freiwillig Englisch-Zertifikat ab**

Immer mehr Berufsschülerinnen und -schüler in Bayern legen freiwillig eine Zertifikatsprüfung im Fach Englisch ab. Das heißt, dass sie über ihre Berufsabschlussprüfung hinaus eine Zusatzqualifikation erwerben, mit der sie ihre berufsbezogenen Englischkenntnisse unter Beweis stellen. Mit inzwischen 6771 Berufsschülern nutzten heuer noch einmal 20,1 Prozent mehr als im Vorjahr diese Möglichkeit. „Damit zeigen die Schülerinnen und Schüler, dass sie auf die gestiegenen Anforderungen in der Wirtschaft reagieren. Gute Englischkenntnisse werden in den Betrieben und Unternehmen immer häufiger als selbstverständlich angesehen. Mit dem Zertifikat erhöhen die Schülerinnen und Schüler ihre Berufschancen“, sagte Staatssekretär Karl Freller in München.

Die Zertifikatsprüfung wird in Bayern an 70 Prozent der Berufsschulen ermöglicht und in drei verschiedenen Berufsgruppen differenziert nach maximal drei Schwierigkeitsgraden angeboten. Dies ist insofern notwendig, da der berufliche Alltag der Auszubildenden sehr unterschiedliche Englischkenntnisse erfordert. Mit 5056

Prüfungen liegen die Schülerinnen und Schüler in den kaufmännisch-verwaltenden Berufen an der Spitze. In den Berufen des Gastgewerbes beteiligten sich in diesem Jahr 465 Schüler. Zwar verzeichneten die Schüler in den gewerblich-technischen Berufen mit 1250 nicht die höchste Teilnehmerzahl, aber dafür mit 26 Prozent die höchste Zuwachsrate bei den Zertifikaten.

Jede Zertifikatsprüfung besteht aus einem schriftlichen und einem mündlichen Teil, die beide unabhängig voneinander bestanden werden müssen. Die Dauer der Prüfung hängt von dem jeweiligen Schwierigkeitsgrad ab.

*Claudia Piatzer, Pressesprecherin  
des Bayerischen Staatsministeriums  
für Unterricht und Kultus*

# Anfragen – Anträge – Beschlüsse



**Derzeit wird das Landesentwicklungsprogramm im Landtag beraten. Hier einige Änderungen soweit sie die beruflichen Schulen betreffen:**

**Antrag** der Abgeordneten Schieder Marianne, Egleder, Goertz, Pfaffmann, Pranghofer (SPD), 13.11.2002

**Fortschreibung des Landesentwicklungsprogramms hier: Bildungs- und Erziehungswesen (Teil B III 4)**

Der Landtag wolle beschließen:

Der erste Absatz des Abschnitts 4.2.1 wird gestrichen und statt dessen eingefügt:

„Die sonderpädagogische Förderung kann nach den jeweiligen Förderschwerpunkten die soziale und berufliche Entwicklung unterstützen und dazu verhelfen, ein möglichst hohes Maß an selbständiger Lebensgestaltung und gesellschaftlicher Teilhabe zu erreichen.

Auf die strukturelle Weiterentwicklung im dualen System der Berufsausbildung müssen die Berufsschulen mit ihrem Ausbildungsangebot reagieren. Von zentraler Bedeutung für die weitere Verbesserung der Qualität und die Erhöhung der Zahl der auszubildenden Betriebe ist eine wirkungsvolle Kooperation zwischen Ausbildungsbetrieben, Berufsschulen und anderen beruflichen Bildungseinrichtungen vor Ort. Die Berufsschulen müssen strukturell so fortentwickelt werden, dass die Kooperation der Lernorte flächendeckend verbessert, verstärkt und fortgesetzt wird. Bei dieser Weiterentwicklung soll das Netz der be-

stehenden Berufsschulen voll erhalten bleiben. Leitbild ist die „Lernende Region“. Der Aufbau eines regionalen Bildungsnetzwerks ist geboten um das Ausbildungsangebot qualitativ und quantitativ in dem erforderlichen Maße zu verbessern. Die Berufsschulen sind Bestandteil dieses Netzwerks und sollen sich zu Zentren der beruflichen Aus- und Weiterbildung weiterentwickeln.“

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten Stahl Christine, Dr. Dürr, Köhler Elisabeth, Münzel, Tausendfreund und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN, 12.11.2002

**Schulschwänzerprogramm: Pädagogische Maßnahmen verstärken**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert bei der Problematik des Schulschwänzens den Schwerpunkt der Maßnahmen auf die Bekämpfung der Ursachen zu legen und unter anderem die Schulsozialarbeit und Schulpsychologie zu stärken.

**Beschluss des Bayerischen Landtags**, 25. 10. 2002

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten Dr. Wilhelm, Schneider Siegfried, Donhauser, Dr. Spaenle, Guttenberger, Kränzle, Prof Männle, Nadler, Nöth, Freiherr von Redwitz, Rudrof, Sauter,

Schmid Peter, Sibler, Dr. Söder, Stahl Georg, Prof. Dr. Stockinger, Thätter, Prof. Dr. Waschler, Dr. Zimmermann (CSU), Drs. 14/9751, 14/10359

**Anpassung der Ausbildungskapazität im Fach Wirtschaftspädagogik**

Die Staatsregierung wird gebeten, im Rahmen vorhandener Stellen und Mittel die Ausbildungskapazität im Studienangebot Wirtschaftspädagogik dem künftig stark steigenden Bedarf an Diplomhandelslehrern anzupassen.

Der Präsident: Böhm

**Beschluss des Bayerischen Landtags**, 25. 10. 2002

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten Dr. Baumann, Hufe, Odenbach, Dr. Schuhmann, Vogel (SPD), Drs. 14/9523, 14/10444

**Lautbahnrechtliche Zuordnung der Bachelor- und Master-Studienabschlüsse der Fachhochschulen**

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Bachelor-Studienabschlüsse der Fachhochschulen in Bayern dem gehobenen Dienst und die Master-Studienabschlüsse der Fachhochschulen in Bayern dem höheren Dienst zuzuordnen, wenn sie universitären Studienabschlüssen gleichwertig sind.

Der Präsident: Böhm

## Beschluss des Bayerischen Landtags, 25. 10. 2002

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Antrag** der Abgeordneten Prof. Männle, Dr. Wilhelm, Prof. Dr. Eykermann, Kränzle, Nadler, Freiherr von Redwitz, Sauter, Dr. Söder, Dr. Spaenle, Prof. Dr. Stockinger, Dr. Waschler, Dr. Zimmermann (CSU), Drs. 14/9646, 14/10400

### Laufbahnrechtliche Einordnung von Bachelor- und Master-Abschlüssen an Fachhochschulen

Die Staatsregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, dass

- Master-Abschlüsse an Fachhochschulen dann den Zugang zum höheren Dienst eröffnen, wenn sie nach ihrem Inhalt und vom Studienumfang und von den Prüfungsanforderungen her einem Diplom-, Magister- oder Master-Abschluss an einer Universität gleichwertig sind;
- Bachelor-Abschlüsse an Fachhochschulen generell den Zugang zum gehobenen Dienst eröffnen; ein Zugang nur zum mittleren Dienst würde in kurzer Zeit das Aus für Bachelor-Studiengänge an Fachhochschulen bedeuten.

Die Staatsregierung wird darüber hinaus gebeten, bei der Prüfung der Gleichwertigkeit eines Masterstudiengangs dafür einzutreten, dass – dem Vorgehen Baden-Württembergs und anderer Länder folgend – die Vertreter der obersten Dienstbehörden in den Akkreditierungsverfahren von ihrem Vetorecht keinen Gebrauch machen.

Der Präsident: Böhm

## Sparmaßnahmen ohne Ende – das Maß ist voll



MANFRED GREUBEL

### Hintergrund

Viele glaubten und hofften, dass das Ende der Fahnenstange hinsichtlich der Sparmaßnahmen erreicht sei. Doch diese Hoffnung wurde jäh zerschlagen. Zunächst fasste die Bayerische Staatsregierung wegen der für das Jahr 2002 errechneten Steuerausfälle in Höhe von 650 Mio. Euro am 30. Juli Beschlüsse, welche zu heftiger Empörung und vor allem Enttäuschung führten. Heftige Unmutsäußerungen löste auch die Tatsache aus, dass diese Beschlüsse ohne die nach Art. 104 BayBG vorgeschriebene Beteiligung des Bayerischen Beamtenbundes zustande kamen. Es erfolgte daraufhin eine Eingabe an den Landtagsausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes mit dem Ziel, dem dienstrechtlichen Teil des Haushaltsgesetzes nicht zuzustimmen. Diesem Begehren folgten die Ausschussmitglieder jedoch mehrheitlich nach einer Erklärung von Herrn Ministerialdirigent Hüllmantel – als Vertreter der Staatsregierung – nicht.

Mitten in die heftige Diskussion auf bayerischer Ebene brachte das Land Berlin Vorschläge zur Aufweichung der bundeseinheitlichen Besoldung ein. Damit war die Stimmung am Siedepunkt angelangt. In der am 12. November 2002 erfolgten Protestveranstaltung des Bayerischen Beamtenbundes kam dies deutlich zum Ausdruck. Die Vorschläge Berlins sollten

über den Bundesrat in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden. Als Test für eine eventuelle Zustimmung wurde die Meinung einer aus Vertretern der Länder Berlin, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hessen gebildeten Arbeitsgruppe eingeholt. Die Arbeitsgruppe entschied sich für die Öffnungsklauseln. Das Land Berlin brachte dann den Antrag am 8. November 2002 in den Bundesrat ein. Gegen diesen Gesetzentwurf hat Bayern die Fristenrede erhoben, da der Antrag den Ländern nicht sechs Tage vor Sitzungsbeginn zugestellt wurde. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass der Antrag nach eingehender Beratung in den Ausschüssen dem Bundesrat am 20. Dezember 2002 erneut vorgelegt wird. Das Land Bayern könnte einen modifizierten Antrag einbringen, der nicht nur eine einseitige Öffnungsmöglichkeit vorsieht. Damit könnten die verfassungsrechtlichen Bedenken entschärft werden. Die Zustimmung wird wohl erfolgen, da andere finanzschwache Länder sich der Initiative gerne anschließen werden. Sollte dies erfolgen, ist zwingend zu klären, ob nicht verfassungsrechtliche Bedenken dagegenstehen.

### Was ist mit dem Gesetzesantrag Berlins beabsichtigt?

Das Land Berlin ist zu nachhaltigen Konsolidierungsmaßnahmen gezwungen und will deshalb eine begrenzte Öffnung des Bundesrechts. Im einzelnen sind davon betroffen:

- **Das Bundesbesoldungsgesetz**

Den Ländern soll die Möglichkeit eröffnet werden, von Besoldungsanpassungen ganz oder teilweise abzusehen oder Besoldungsanpassungen ganz oder teilweise zu anderen (späteren) Zeitpunkten in Kraft zu setzen. Ein Aussetzen der Besoldungserhöhungen darf jedoch nicht zu einem Besoldungsniveau führen, das der gewährleisteten amtsangemessenen Alimenta-

tion nicht mehr entspräche. Die Untergrenze liegt deshalb bei 90 % des Bundesbesoldungsniveaus. Als Konsequenz daraus ergibt sich, dass in den Ländern eigene Grundgehaltstabellen zu erstellen sind.

- **Das Urlaubsgeldgesetz**  
Das Bundesbesoldungsgesetz und das Urlaubsgeldgesetz werden dahingehend geändert, dass es den Ländern freigestellt wird Urlaubsgeld zu gewähren oder nicht.
- **Das Gesetz über die Gewährung einer jährlichen Sonderzuwendung**  
Es wird den Ländern die Möglichkeit eröffnet, einen vom Bund abweichenden Bemessungsfaktor (für 2002 betrug dieser ca. 86 %) festzusetzen. Dabei kann eine differenzierte Regelung nach Laufbahn- und Besoldungsgruppen getroffen werden. Ebenfalls wäre eine Sonderregelung für Versorgungsempfänger möglich.

### Welche Gesetzesänderungen sind in Bayern zu erwarten?

Der Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags hat am 3. Dezember 2002 auf Vorschlag der Bayerischen Staatsregierung folgende Sparmaßnahmen beschlossen:

- **Altersteilzeit**  
Den Antrag auf Altersteilzeit kann ab 1. Januar 2003 nur noch derjenige stellen, der das 60. Lebensjahr vollendet hat. Die Sonderregelung für Lehrkräfte bleibt erhalten. Das bedeutet, dass Antrag für das Schuljahr 2003/2004 von denjenigen gestellt werden kann, die bis zum 1. Februar 2004 das 60. Lebensjahr vollenden. Wer sich bereits vor diesem Termin in Altersteilzeit befindet, und sich für die Altersteilzeit in Kombination mit der Antragsaltersgrenze entschieden hat, für den gilt die bisherige Antragsaltersgrenze weiter.
- **Anhebung der Antragsaltersgrenze von 63 auf 64 Jahre**  
Bereits 1997 wurde von der Bayerischen Staatsregierung daran ge-

dacht, die Antragsaltersgrenze stufenweise gänzlich abzubauen. Dies konnte durch viele Gespräche und Überzeugungsarbeit gerade noch verhindert werden. Es bleibt nur zu hoffen, dass die Fälle der Ruhestandsversetzung wegen Dienstunfähigkeit dadurch nicht steigen. Wissenschaftliche Untersuchungen sprechen eine klare Sprache.

- **Streichung der Altertermäßigung**  
Die Arbeitszeitverordnung wird dahin geändert, dass § 3 (Arbeitszeitverkürzung durch freie Tage) gestrichen wird. Bei den Lehrkräften wird dies dadurch umgesetzt, dass erst mit 58 Jahren die erste Altertermäßigungsstunde gewährt wird. Mit dem Erreichen des 60. Lebensjahres soll dann eine zweite Stunde und mit Vollendung des 62. Lebensjahres die dritte Stunde hinzukommen. Die Halbjahresregelung bleibt erhalten.
- **Leistungsstufenverordnung**  
Die leistungsorientierten Besoldungselemente werden um eine Variante verringert. Es ist somit nur noch die Vergabe der Leistungszulage und der Leistungsprämie möglich. Die vorzeitige Vergabe der Leistungsstufe wird

ausgesetzt. Damit werden von allen eingesparte Personalausgaben nicht zurückgegeben. Die Bayerische Staatsregierung hatte sich 1998 noch für ihre mitarbeiterfreundliche Besoldungspolitik bundesweit feiern lassen. Angemerkt sei an dieser Stelle, dass der Bund die Vergabequote von 10 % auf 15 % erhöhte und die Halbzeitregelung abgeschafft hat.

- **Beihilfe**  
Die Selbstbeteiligung für Wahlleistungen wird bei Klinikaufenthalten ab 1. Juli 2003 auf 60 Euro je Tag erhöht. Dabei entfallen auf wahlärztliche Leistungen 35 Euro und auf gesondert berechnete Unterkunft 25 Euro.

Leider ist zu befürchten, dass mit diesen Beschlüssen das Ende der Fahnenstange noch nicht erreicht ist. Lassen doch die Forderungen einzelner Politiker nach Integration der Beamten in die gesetzliche Sozialversicherung noch weitere Eingriffe erkennen. Hierzu wären jedoch eingehende Anmerkungen erforderlich, die über die Absicht dieses Artikels weit hinausgehen. Es muss zu einem späteren Zeitpunkt jedoch noch eingehend kommentiert werden. <

## Neue Termine für Personalratsschulungen

Da bei den vergangenen Personalratsschulungen nicht alle neu gewählten Personalräte zum Zuge kamen, bieten die Hauptpersonalräte Ingrid Heckner und Horst Hackel und der VLB zusätzliche Schulungsrunden an, die sich schwerpunktmäßig an die bisher nicht zum Zuge gekommenen Personalräte wenden.

Die Schulungen finden an folgenden Terminen statt:

- 20. / 21. Februar 2003  
in Lengenfeld/Velburg
- 25. / 26. Februar 2003  
in Würzburg
- 25. / 26. März 2003  
in Augsburg

Voranmeldungen können über Fax (0 89) 5 50 44 43 oder email: [info@vlb-bayern.de](mailto:info@vlb-bayern.de) an die VLB-Geschäftsstelle gerichtet werden. Von dort erhalten Sie dann auch alle weiteren Informationen und Unterlagen.



Alle Sparmaßnahmen der Staatsregierung auf einen Blick,  
das ermöglicht die Giftliste des Bayerischen Beamtenbundes (BBB).  
Wir haben sie hier abgedruckt:



Bayerischer Beamtenbund e.V.  
im Deutschen Beamtenbund  
Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes

Rolf Habermann • Postfach 31 03 48 • 80103 München • Tel. 089-552588-0 • Fax 089-552588-50

04. Dezember 2002

## Bayerische „Giftliste“

Auf Vorschlag der Staatsregierung und der CSU-Fraktion wurden im Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags folgende Sparmaßnahmen beschlossen (endgültige Verabschiedung im Landtag in der kommenden Woche):

- Absichtserklärung in Richtung Nullrunde
- Möglichkeit der Beantragung der Altersteilzeit ab 01. Januar 2003 erst mit 60 Jahren (Schwerbehinderte - GdB mindestens 50 - ab 58 Jahren)

Es gilt folgende Übergangsregelung:

Anträge nach „altem“ Recht kann stellen:

- wer **spätestens am 31. Dezember 2002** seinen **56. Geburtstag** (Schwerbehinderte - GdB mindestens 50 - 55. Geburtstag) feiert  
und
- noch im Jahr 2002 Antrag auf Altersteilzeit stellt  
und
- die Altersteilzeit **spätestens am 01. März 2003** antritt.

### Sonderregelung Lehrer:

**Beginn spätestens am 01. September 2003.**

Alle Lehrkräfte, die am 01. August 2002 antragsberechtigt waren -- also 56. Geburtstag spätestens am 01. Februar 2003 -- können noch in 2002 Anträge auf Beginn der Altersteilzeit zum 01. September 2003 stellen.)

Weiter ist vorgesehen, für **alle** Beamten, die die **Altersteilzeit in Kombination mit der Antragsaltersgrenze** bereits angetreten haben, es bei der „alten“ Antragsaltersgrenze (63. Lebensjahr) zu belassen (**Dank an MdL Prof. Dr. Walter Eykmann und MdL Manfred Ach**).

- **Anhebung der Antragsaltersgrenze von 63 auf 64 Jahre**
- **Streichung der beiden AZV-Tage**  
(Umsetzung im Lehrerbereich durch Streichung der Altersemäßigung für 55- bis 57-Jährige und zusätzlich Kürzung der Altersemäßigung um eine Stunde für alle 58- und 59-Jährigen -- außer Hauptschullehrer)
- **Erhöhung der Selbstbeteiligung für Wahlleistungen bei Klinikaufenthalten auf 60 Euro pro Tag ab 01. Juli 2003**  
(wahlärztliche Leistungen 35 Euro; gesondert berechnete Unterkunft 25 Euro)
- **Wegfall des Beihilfeanspruchs für Arbeitnehmer**  
(zur Erinnerung: erst vor wenigen Jahren wurde diese für Neueintritte gestrichen)
- **Aussetzung Leistungsstufenverordnung**
- **Wegfall Essenzuschuss für alle**

Die Jubiläumszuwendungen bleiben erhalten

(Dank dafür an MdL Prof. Dr. Walter Eykmann und MdL Manfred Ach).

Pressemitteilung  
Bundesverwaltungsgericht  
vom 28. November 2002

## Verpflichtende Arbeitszeitkonten für Lehrer sind rechtmäßig

Eine teilzeitbeschäftigte Lehrerin wendet sich gegen eine Verordnung des Landes Niedersachsen. Danach muss sie über ihre bisherige wöchentliche Unterrichtsverpflichtung hinaus ebenso wie die vollzeitbeschäftigten Lehrer ab 1998 eine Stunde und ab 1999 zwei Stunden zusätzlich unterrichten. Das Land will damit den vorübergehenden Anstieg der Schülerzahlen („Schülerberg“) bewältigen. Ab 2009 soll wegen des erwarteten Rückgangs der Schülerzahlen die zusätzliche Unterrichtsleistung durch entsprechende Herabsetzung der Unterrichtsverpflichtung ausgeglichen werden.

Dieses Modell „verpflichtender Arbeitszeitkonten“ verstößt nicht gegen höherrangiges Recht. Das hat das Bundesverwaltungsgericht heute entschieden. Der Gesetzgeber hat die Erhöhung der Wochenarbeitszeit im dringenden öffentlichen Interesse zugelassen, um den Schulunterricht zu gewährleisten, ohne den angespannten Haushalt des Landes noch weiter zu belasten. Das Land ist nicht verpflichtet, mehr Lehrer einzustellen oder Genehmigungen für Teilzeitbeschäftigung zu widerrufen. Es verstößt weder gegen den Gleichheitssatz noch gegen hergebrachte Grundsätze des Berufsbeamtentums, teilzeit- und vollzeitbeschäftigte Lehrer in gleichem Ausmaß zu Zusatzunterricht heranzuziehen. Das Land durfte von der Arbeitszeitverlängerung Lehrer ausnehmen, die älter als 50 Jahre oder schwerbehindert sind. Schwierigkeiten für Lehrerinnen, die wegen der Erziehung ihrer Kinder teilzeitbeschäftigt sind, ist im Einzelfall Rechnung zu tragen.

BVerwG 2 CN 2.01 – Urteil vom 28. November 2002

<

Der Alltag hat uns wieder:

## Kleine Passauer Nachlese

HERBERT GEIGER, MARTIN RUF

„Wir bilden Zukunft – die beruflichen Schulen in Bayern“ – der 6. VLB-Berufsbildungskongress im niederbayerischen Passau hat bewiesen, dass der VLB wieder einmal die Zeichen der Zeit richtig erkannt hatte. Überall wo man hinhörte wurde der VLB zu dieser Veranstaltung beglückwünscht, zeigte sie doch, dass der Blick in die Zukunft gehen muss, wenn es um die berufliche Bildung der jungen Generation geht.

In der letzten Ausgabe von „VLB akzente“ haben wir über die „große“ bildungspolitische Bedeutung des Kongresses bereits ausführlich berichtet. Ein Kongress wird aber nicht nur von der Verbandspolitik, sondern auch durch die fachlich-inhaltliche Arbeit in den Arbeitskreisen oder der konzentrierten Arbeit der Delegierten bestimmt. Deren Entscheidungen in der Vertreterversammlung sind letztlich der Arbeitsauftrag für den Vorstand in den nächsten zwei Jahren. Dass auch der zwischenmenschliche Part einer solchen Tagung nicht unbedeutend ist, zeigten andere Highlights, wie der Gesellschaftsabend, die Kunstausstellung oder „nur“ die vielen Gespräche mit Kolleginnen, die man schon über einen längeren Zeitraum nicht mehr getroffen hat.

Die Tage in Passau haben Spuren hinterlassen. Sie sind es wert, nochmals kurz darauf zurückzublicken.

### Am Freitag waren da noch ... Vertreterversammlung Teil I

Pünktlich um 10 Uhr begrüßte Rudi Puryear als Vorsitzender des gastgebenden Bezirksverbandes Niederbayern die Delegierten in der von Dr. Andreas Munz mit Blumen festlich geschmückten Turnhalle und wünschte der Tagung einen guten Verlauf. Landesvorsitzender Hermann Sauerwein freute sich, dass trotz einer teilweise langen Anfahrt alle Delegierten den Weg nach Passau gefunden hatten.

Mit einer Gedenkminute gedachten die Delegierten der Mitglieder, die unsere Solidargemeinschaft leider verlassen mussten.

Anschließend überbrachten die BLBS-Bundesvorsitzenden Günter Besenfelder und VLW-Schatzmeister Walter Schmiech die Grußworte der Bundesverbände an die Delegiertenversammlung. Sowohl in Besenfelders als auch in Schmiechs Grußworten war die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes wesentlicher Bestandteil.

### Tagungspräsidium

Ebenfalls traditionell stellte der gastgebende Bezirksverband das Tagungspräsidium, dessen Vorsitzender Rudi Puryear mit seinen Kollegen Dr. Udo Fürstenau und Wilhelm Stelzl die Tagung im wahrsten Sinne des Wortes souverän leitete.

### Rückblick

Der aufmerksame Leser der „VLB-akzente“ konnte dem Rechenschaftsbericht des geschäftsführenden Vorstands – vorgetragen vom Landesvorsitzenden Hermann Sauerwein – entnehmen, dass alle Brennpunkte der beruflichen Bildung in Bayern in unserer Verbandszeitschrift thematisiert wurden bzw. in den nächsten Ausgaben werden. Niederschlag fanden diese natürlich auch in Sauerweins Rede bei der Hauptveranstaltung. Eine andere Zahl mag noch veranschaulichen, wie „arbeitsreich“ allein das Wahrnehmen von Terminen für den Landesvorsitzenden und seine Stellvertreter war: 183 offizielle Termine zwischen den Kongressen standen an, den VLB entsprechend zu vertreten.

Zum Rechenschaftsbericht des Vorstandes wünschten die Delegierten keine Aussprache. Die VLB-Referenten verzichteten auf einen mündlichen Vortrag, ihre Rechenschaftsberichte lagen den Delegierten in der Tagungsmappe schriftlich vor, die Dele-

gierten auch hier auf eine Aussprache. Weder Kassenbericht noch Haushaltsvoranschlag reizte zu den sonst an dieser Stelle üblichen Nachfragen. Die Rechnungsprüfer, Helmut Auer, der letztmals prüfte, und Wilhelm Stelzl, legten den Rechnungsprüfungsbericht vor und schlugen der Versammlung die Entlastung des Vorstands und des Schatzmeisters vor. Die Entlastung wurde einstimmig ausgesprochen.

### Satzungsänderungen

In Bad Windsheim wurde die Aufhebung der Quotierung in den Kreis- und Bezirksverbänden dem Vorstand noch als Hausaufgabe mitgegeben. Für Passau lagen jetzt entsprechende Satzungsänderungsanträge vor, die diese Aufhebung vorsahen. Sie wurden von den Delegierten mit den entsprechenden Mehrheiten angenommen. Auch eine weitere Satzungsänderung, die dem BV München einen erweiterten Handlungsspielraum bei der Zusammensetzung seines Vorstandes lässt, wurde beschlossen.

### Nachwahlen

Da es im Laufe der letzten beiden Jahre personelle Veränderungen im geschäftsführenden Vorstand gab, war es nötig, Schriftführer und Schatzmeister nachzuwählen. Zeichnete sich am Vorabend noch eine 'richtige' Abstimmung um die Neubesetzung des Schriftführerpostens ab, stellte sich am Wahltag nur die Kandidatin des Bezirksverbandes Schwaben, Barbara Dilberovic, den Delegierten und wurde dann auch gewählt. Der Neue ist der Alte, wenn auch im Vorruhestand, erklärte sich unser ehemaliger Schatzmeister Volker Wiermann nochmals für eine Übergangszeit bereit, die finanziellen Geschicke des VLB in die Hände zu nehmen.

### Entschließungen

Neun Entschließungen lagen den Delegierten zur Verabschiedung vor:

#### Lehrerbildung:

- Attraktivität des Studiums für das Lehramt an beruflichen Schulen
- Strukturelle Änderung im Vorbereitungsdienst
- Konzept für die Nachqualifizierung

der Sondermaßnahmen im Vorbereitungsdienst

- Verbesserung der Lehrerfortbildung
  - Weiterentwicklung der Fachlehrerausbildung für berufliche Schulen im Freistaat Bayern
- Beamtenversorgung:*
- Änderung des Versorgungsänderungsgesetzes 2001
- Dienstrecht:*
- Haushaltsgesetz 2003/2004 – Dienstrechtlicher Teil
  - Zuschläge bei begrenzter dienstfähigkeit
  - Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht

Allein der kurze Anriss zeigt, dass der VLB zu allen aktuellen Brennpunkten in der Bildungspolitik mit seinen Entschlüssen Stellung bezogen hat. Alle Entschlüsse wurden von den Delegierten nach kurzer Diskussion beschlossen (ausführlich können die Entschlüsse auf unserer Homepage: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) unter dem Button *Berufsbildungskongress* nachgelesen werden).

### Hauptveranstaltung

Wenig vom Charme der Lage und des Stadtbildes des „Venedig Niederbayerns“ waren durch die beschlagenen Busfenster zu erkennen, als Shuttlebusse die Delegierten zur Hauptveranstaltung in die Stadt brachten. Im monumentalen großen Saal des Rathauses dagegen wurden die Augen von der üppigen Erscheinung im Stile der Gotik und des frühen Barock überwältigt. Zwischen opulentem Blumenschmuck und unter dem Tagungsmotto „Wir bilden Zukunft“ folgte eine illustre Schar von Ehrengästen dem Programm, dessen Elemente aus Standortbestimmung, Selbstdarstellung, Kritik und Forderungen durch ein musikalisches Begleitprogramm aufgelockert wurde. Zwei Schüler des Auersperg-Gymnasiums begeisterten die ca. 400 Zuhörer mit feierlichen Klavierstücken der klassischen Stilrichtung, um schließlich den Festakt mit einem heiteren Ragtime abzurunden. Erforderten die Hauptreden, die ernsten Anliegen des Lan-



Für reichlich Gesprächsstoff beim anschließenden VLB-Empfang hatten die Reden bei der Hauptversammlung gesorgt.



Unsere Ehrevorsitzenden Prof. Hermann Braun (links) und Berthold Schultze (rechts) im angeregten Gespräch.

desvorsitzenden Hermann Sauerwein und v.a. die engagiert vorgetragene Stellungnahme von Staatssekretär Karl Freller die volle Aufmerksamkeit der Zuhörer aus ganz Bayern, konnte beim anschließenden Empfang für geladene Gäste das soeben Gehörte bereits verarbeitet werden.

### Schiff ahoi – der Gesellschaftsabend auf der Donau

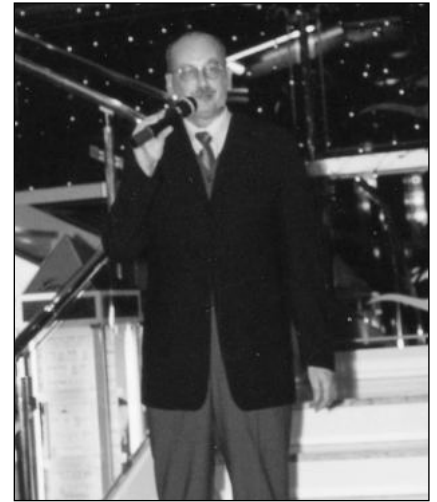
Was wäre ein Kongress ohne das passende Rahmenprogramm? In Wien wurde Anfang des 19. Jahrhunderts Walzer getanzt, in Passau zum Swing der New Orleans City Stompers an Bord der Regina Danubia. Zwischen 20 und 24 Uhr „schipperte“ uns dieses Luxus-Fluss-Schiff „auf fröhlicher Welle“ vom Tagungsort nach Engelhartzell und zurück. Eigentlich erlebten wir Passagiere kaum ein Rucken und Dröhnen, eher ein sanftes, unmerkliches Gleiten durch die vom Hochwasser talwärts gedrängten

Stromesfluten. Das großzügige Platzangebot und die gediegene Ausstattung erinnerten zwar ein wenig an die Titanic, doch unter den 250 wohl gelaunten Passagieren auf dem Hauptdeck und der Balustrade stellte sich keine Panik ein, als der freundliche „Conferencier“ ankündigte: „Wir sinken – und zwar um 11 Meter in der Schleuse Jochenstein“. Insofern würde sich zum Vergleich für unsere Fahrt vielleicht eher das glücklichere Schwesterschiff des Unglücksdampfers, die „Olympic“, anbieten, wofür auch die hochkarätige Besetzung spricht. Einmal Österreich und zurück ging die Fahrt, vorbei an den hell erleuchteten Sehenswürdigkeiten der Domstadt, als da sind die Bischofskirche selbst, die die größte Domorgel der Welt beherbergt, St. Paul, das Rathaus und nicht zuletzt die beiden Vesten Ober- und Unterhaus, die die Flüssevereinigung überragen. Launig-informative Ansagen des



Europa einmal anders: hinreißend präsentierten sich in selbstentworfenen Modellen die Schülerinnen der BS Vilshofen.

Der Macher im Hintergrund Josef Sigl, einmal im Rampenlicht.



Chef-Stewards, angeregte Gespräche der Verbandsmitglieder aus allen Ecken Bayern, ein leckeres und lehrergerecht – üppiges kalt-warmes Büffet – der Landesvorsitzende hatte bei seiner Ankündigung von Hamster-Gehabe abgeraten – sorgten dafür, dass die 4 Stunden an Bord wie im Fluge vergingen. Nicht zuletzt riss eine Modenschau mit extravaganten Modellen zum Thema Europa die Zuschauer zu Beifallsstürmen hin. Lehrerinnen und Auszubildende der BS Vilshofen bewiesen hier eindrucksvoll, wie kreativ und witzig Textilarbeit sein kann. Dass es draußen regnete bemerkten die VLBler erst, als sie um Mitternacht das Schiff wieder verlassen mussten, um zu ihren Hotels zurück zu kehren.

### Am Samstag waren da noch ... Arbeitskreise

Verhinderten in Bad Windsheim die Räumlichkeiten die Durchführung von Arbeitskreisen, zeigte der Andrang (bis zu 70 Teilnehmer im Arbeitskreis) in Passau, dass sie doch ein wesentlicher Bestandteil eines Bildungskongresses sind. Aus der Vielzahl der im VLB organisierten Fachgruppen boten 23 Arbeitskreise an, bei denen sich der Inhaltsbogen von der rein fachlichen Fortbildung bis hin zur Diskussion bildungspolitischer Themen spannte. Schwerpunkte waren dabei die in immer kürzer werden den Abständen auftretenden Neuerungen/ Veränderungen in den einzelnen Ausbildungsberufen, sei es durch Neuordnungen oder die Einführung

von Lernfeldern. In der bildungspolitischen Diskussion ging es hauptsächlich um die Lehrer(aus)bildung. Bestens angenommen wurde auch der Workshop von Computer Easy – erstmals gestaltete ein ausstellendes Unternehmen gleichzeitig einen kostenlosen Workshop, der sich mit der Sicherheit rund um PC beschäftigte.

Die Arbeitskreisleiter haben die wesentlichen Ergebnisse für alle Interessierten zusammengefasst – ein Abdruck in diesem Heft würden den Rahmen sprengen. Wir haben uns deshalb entschlossen, diese Zusammenfassungen ebenfalls auf unserer Homepage: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) einzustellen, damit sie allen interessierten Lesern sofort zur Verfügung stehen. Natürlich werden die Ergebnisse von Passau in die Fachgruppenarbeit einfließen und somit auch ein feed-back bekommen, worüber wir dann in VLB-akzente gerne berichten werden.

Dank gilt es an dieser Stelle allen Arbeitskreisleitern für die Organisation und Durchführung zu sagen, aber auch allen Vertretern aus Kultusministerium, Bezirksregierungen, ISB und ALP Dillingen, die sich bereiterklärten, sich auch den manchmal unangenehmen Fragen zu stellen. Auch sie haben für ihre weitere Arbeit ein Stimmungsbild von der Basis erhalten, das hoffentlich dazu beiträgt, den ein oder anderen „Schnellschuss“ nochmals zu reflektieren. Ebenso gebührt allen Vertretern von Unternehmen

## Mitmachen – Arbeitskreis Pressearbeit



Pressearbeit ist sehr entscheidend dafür, welches Bild von Lehrern, beruflichen Schulen und vom Wirken unseres Verbands in der Öffentlichkeit erscheint.

Auf dem 6. Berufsbildungskongress wurden im Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit De-

fizite in diesem Bereich offenkundig, weshalb die Bildung eines Arbeitskreises Pressearbeit angeregt wurde.

Wer an seiner Schule oder im Verband bereits mit Pressearbeit betraut ist oder Interesse daran hat, mehr über Pressearbeit zu erfahren ist hiermit herzlichst aufgerufen, sich für diesen Arbeitskreis zu melden.

Kontakt über email: [b.dilberowic@t-online.de](mailto:b.dilberowic@t-online.de)  
VLB-Schriftführerin



Zum letzten Mal als Kassenprüfer für den VLB aktiv: Helmut Auer (Mitte links).

Dank, die uns Lehrer von ihrem know-how profitieren und somit auch den Gedanken der Dualität in der Berufsausbildung Wirklichkeit werden ließen.

### Vertreterversammlung Teil II

Nach den Arbeitskreisen folgte ab 15 Uhr Teil II der Vertreterversammlung. Durch das konzentrierte Arbeiten am Vortrag mussten 'nur noch' rund 85 Anträge diskutiert und beschlossen werden.

Von den Kreis- und Bezirksdelegiertenversammlungen bis ins Detail hervorragend vorbereitet, mögliche Klippen vorher besprochen, gelang es dem Tagungspräsidium alle Anträge zu behandeln und in dem vorgegebenen Zeitrahmen zu verabschieden. In-

haltlich beschäftigen sich die Anträge querbeet mit den aktuellen Anliegen des beruflichen Schulwesens. So zügig ging das Tagungspräsidium bisweilen vor, dass es sich manch Delegierter zweimal überlegte, ob er zu einem Antrag wirklich etwas sagen sollte oder ob gerade nach Zustimmung oder Ablehnung gefragt wurde. So wurde aus dem Plenum zum Schluss u.a. eine Bündelung von Anträgen angeregt, die bei entsprechender Vorarbeit in den Bezirken en bloc verabschiedet werden könnten, wenn sich bereits im Vorfeld Annahme oder Ablehnung abzeichnet. So bliebe für die restlichen „heiklen“ Anträge genügend Zeit zur Diskussion. Unter TOP „Themen des Tages“ forderte Kollege Klaus Müller den Verband auf, das Thema Lehrer-

bildung nicht nur aus Sicht des höheren Dienstes zu diskutieren, sondern auch verstärkt ein Auge auf die Fachlehrerausbildung zu werfen. So wäre es sehr wünschenswert, wenn die Planstellen am Fachlehrausbildungsstandort Ansbach möglichst zügig besetzt würden.

Beim Thema Öffentlichkeitsarbeit des Verbandes hat der HV seine Hausaufgaben aus Bad Windsheim zwar gemacht – so steht seit über einem Jahr auf der Homepage des VLB: [www.vlb-bayern.de](http://www.vlb-bayern.de) den Kreis- und Bezirksverbänden unter VLB-intern die Möglichkeit offen, über die BSCW-Datenbank regelmäßig mit der Basis Kontakt zu halten. Auch seitens der Verbandsspitze ist dieses Instrument gut geeignet, Informationen von „oben nach unten“ als auch „von unten nach oben“ zu transportieren. Leider wird dieses Angebot viel zu selten angenommen. Abhilfe schafft hier vielleicht der neu gegründete Arbeitskreis „Öffentlichkeitsarbeit“ (siehe Aufruf S. 20), der als Mittler mit Öffentlichkeitsarbeitern auf Bezirksebene, evtl. auch auf Kreisebene zwischen Basis und Vorstand aber auch nach außen fungieren könnte.

Zum Schluss der Delegiertenversammlung bedankte sich Landesvorsitzender Hermann Sauerwein nochmals bei allen Teilnehmern und versprach, dass alle Anträge verfolgt würden. Langanhaltenden, frenetischen Beifall gab es, als sich Sauerwein bei den Gastgebern für die hervorragende Organisation des 6. Berufsbildungskongresses – namentlich bei Hans Käfler und Josef Sigl, stellvertretend für das ganze Organisationsteam – bedankte. Seinen Dank verband er auch mit der Bitte weiterhin für unsere Solidargemeinschaft einzustehen und zu werben.

### Ausstellungen

Nicht nur bildungspolitische oder gesellschaftliche Aspekte gehören zu einem Kongress, auch Kunst, Kultur, Information und Fortbildung sind unabdingbare Bestandteile des Rahmenprogramms einer gelungenen Veranstaltung. Und auch auf diesem Gebiet hatten unsere Passauer Gastgeber ei-



In der Sporthalle der Peter-Obermaier-Schule: die Verpflegung der Delegierten klappte reibungslos.

niges zu bieten. Zeitgleich zu den beiden großen Foren am Samstag Vormittag und den vielfältigen anschließenden Workshops konnten in den großzügig konzipierten, nicht rein zweckorientierten Verkehrsflächen der BS I die Lehr- und Lernmittelschau und im Hauptgeschoss eine kleine, aber feine Ausstellung von „Handwerkskunst an beruflichen Schulen“ besichtigt werden. Eine betriebsamhere Atmosphäre stellte sich in der von Licht durchfluteten Aula ein, die auch als Bistro diente, als diese beiden Publikumsmagneten am Samstag zahlreiche zusätzliche Besucher angezogen hatten. Ohne Übertreibung kann man die Präsentation von Neuerungen der Verlage und Versicherungen mit Recht unter die Rubrik „Fortbildung“ subsumieren. Viele Besucher mit prall gefüllten VLB-Jutetaschen belegten, dass man sich hier gerne und bequem mit neuem Unterrichtsmaterial eindeckt. Wo sonst können Kollegen derart konzentriert den Stand der einschlägigen Veröffentlichungen kennen lernen und in Augenschein nehmen? Wo sonst können sie sich von den schier unglaublichen Vorzügen eines „IntelliBoards“ überzeugen, wenn nicht in einer erstaunlichen Vorführung dieser quasi interaktiven Schultafel. Sie erlaubt die Verbindung des Arbeitens an der Tafel mit medialer Präsentation und gleichzeitiger Erfassung und Speicherung des Erarbeiteten mittels außergewöhnlicher Software. Sogar die für den harten Alltagsinsatz im Klassenzimmer erforderliche Robustheit des Systems konnte in der Vorführung glaubhaft vermittelt werden. Gespräche mit den Ausstellern zeigten, dass auch diese mit dem Interesse an ihren Produkten mehr als zufrieden waren.

„Nahrung“ und Anregung anderer Art bot dagegen die mit viel Liebe zusammengetragene Ausstellung handwerklicher Kunst, die zum Teil weit über das Kunsthandwerkliche hinaus reichte. (siehe auch Kasten S. 23)

### Rahmenprogramm

„Auf unsere Senioren ist Verlass“ – rund 80 Mitglieder dieser Gruppe zeigten auch über den Ruhestand hin-

aus ihre Verbundenheit zu ihrem Berufsverband. Entsprechend war das Rahmenprogramm von Passauer Kollegen und dem VLB-Seniorenbeauftragten Berthold Schuler gestaltet: Zunächst eine Führung durch den Passauer Stephansdom und das Glasmuseum anschließend ein gutes Mittagessen und dann doch ein „ernüchterndes“ Fachreferat zur Beamtenversorgung durch Gerlinde Woppmann rundeten einen Tag ab, der vielen in guter Erinnerung bleiben wird. Wer nicht dabei war hat sicher etwas versäumt (siehe auch nebenstehenden Artikel von Berthold Schuler).

### Am Rande notiert

Wie schon an anderer Stelle mehrmals erwähnt, erwiesen sich die beiden Passauer Berufsschulen als ein idealer Veranstaltungsort. An dieser Stelle sei nochmals all den im Hintergrund Wirkenden gedankt, die für die jeweilige Funktionalität der Räumlichkeiten sorgten. Ohne sie wäre ein solcher Kongress nicht durchführbar. Ein spezieller Dank gilt auch dem Versorgungsteam: Die Verpflegung war hervorragend und die Versorgung klapperte reibungslos.

### Fazit

Der 6. VLB-Berufsbildungskongress in Passau war eine rundum gelungene Veranstaltung, wenn auch bedauert wurde, dass Kultusministerin Monika Hohlmeier den Weg nach Passau nicht fand. Der Verband nimmt wiedereimal viele Hausaufgaben mit. Eine Bestandsaufnahme in zwei Jahren wird zeigen, wie gut sie gemacht wurden. Auch wenn manch einer noch einen längeren Nachhauseweg hatte – im Rückblick werden ihm die Tage in Passau sicherlich in bester Erinnerung bleiben. <

### Senioren in Passau:

## Zwischen Lust und Frust

### BERTHOLD SCHULTER

An die 100 Teilnehmer – etwa 80 Senioren/innen, etwa 20 Schlachtenbummler – und damit Rekord – hatte das offensichtlich attraktive Programm angezogen.

Teil 1 der Veranstaltung – von den niederbayerischen und örtlichen Organisatoren/innen – Jacob Entholzer, dem Ehepaar Siegl und dem niederbayerischen Seniorenbetreuer Robert Brummer liebevoll vorbereitet – kann vorbehaltlos unter „Lust-Teil“ verbucht werden.

Dommusikassistentin Fruth bewies bei ihrer Führung, dass die Passauer Domorgel – gebaut erst 1925–1928 – zu Recht weltweiten Ruf genießt. Europas größte Domorgel ist sie ohnehin.

Kollege Peter Pontz verstand es, vor Ort in komprimierter Form den Passauer Dom St. Stephan seinem interessierten Publikum nahe zu bringen.

Der Gang vom Dom zum Glasmuseum im „Wilden Mann“ war gepflastert mit geschichtsträchtiger Aufklärung. Das Glasmuseum mit seinen z.T. einmaligen Exponaten gab Zeugnis früherer Handwerkskunst und Einblicke in einen wichtigen Erwerbszweig der vergangenen zwei Jahrhunderte in Passau und dem Bayerischen Wald.

Das anschließende Mittagessen – auf Einladung des gastgebenden Bezirksverbandes Niederbayern war ein einziges Lob auf die einheimische Küche.

Der eitel Freude des Vormittags folgte die Ernüchterung auf dem Fuße. Sowohl der Fachvortrag von Dipl.-Verwaltungswirtin Gerlinde Woppmann, beschäftigt im Finanzministerium, u. a. Vorsitzende der Kommission „Versorgung“ des BBB, als auch die Diskussion und die ergänzenden Ausführungen des VLB-Seniorenbeauftragten Berthold Schuler, ließen über die bereits beschlossenen



Eine nicht zu übersehende Größe im VLB – die Senioren.

Einschränkungen bei der Altersversorgung hinaus weitere „Grausamkeiten“ befürchten.

Vor allem die Diskussion um die Erhöhung der Beiträge zur Gesetzlichen Rentenversicherung aber auch zur Krankenversicherung lässt nichts Gutes erwarten. Sie wird so geführt, als ob die „Lasten“ allein von „den Jungen“ getragen würden – jetzt müs-

sten mal die „Alten“ ran, d. h. die Renten und Pensionen dürften kein Tabu sein, müssten gekürzt werden. Als ob die „Alten“ nicht bereits gehörig in Vorleistung gehen mussten!

Auch die in der Diskussion stehende Besoldungsöffnungsklausel – Länder sollen Spielräume abweichend von der Bundesbesoldung erhalten – gibt zu Befürchtungen Anlass. <

## Kunst im (Schul-) Bau – natürlich auch in Passau

**HERBERT GEIGER**

Wie schon auf ähnlichen Veranstaltungen früherer Jahre, zeigten auch im „Venedig Niederbayerns“ berufliche Schulen das Kreativspektrum ihrer Metiers, zusammengetragen aus verschiedenen Ecken des Freistaates. Und die „Fusion“ aus craftsmanship und ausgebildetem Geschmacksempfinden brachte wahrhaft sehenswerte „Blüten“ hervor, die den ästhetischen Teil des Kongresses bildeten. Gesellenstücke der Passauer Schreinerinnung für das gehoben ausgestattete Lehrer-Arbeitszimmer glänzten durch meisterhafte Kombination verschiedener Holzarten in ausgefallenen Schreibtisch- und Stehpultkreationen. Außerdem erstaunten die mit viel Witz gestalteten Exponate der FOS/BOS für Gestaltung Straubing zu

den Themen „Müllmode“ und „Sitzende Figuren“ ob der außergewöhnlichen Materialien und Sichtweisen.



Ein Beispiel handwerklicher Kunst – die Vertreibung aus dem Paradies

Fast schockierend die collagenartige Bearbeitung von „Frieden und Krieg“ in verfremdeter Anlehnung an van Goghs „Cafe in Arles“ oder „Der Traum vom perfekten Kind“ als Gentechnik-Puzzle.

Gediegen-geschmackvolle Arbeiten ihrer Berufszweige zeigten die Glasfachschule Zwiesel, die BFS für Korbflechterei in Lichtenfels und die BFS für Glas und Schmuck in Kaufbeuren-Neugablonz. Aus den beruflichen Schulen Vilshofen stammten ansprechende Glasgegenstände, die z.T. in Fusing-Technik ausgeführt waren, wie ein Fachmann erläuterte. Diesem offensichtlich sehr engagierten und begeisterungsfähigen Kollegen, Frank Dullinger, war es ein besonderes Anliegen, der Renaissance des Schmiedeberufs innerhalb der Metallberufe weiter den Weg zu ebnen. Zwar könne auch heute noch kein Handwerker allein vom Schmieden seinen Lebensunterhalt bestreiten, doch seien durch Konzentration auf die kreativ-künstlerischen Bestandteile neue und zukunftssträchtige Facetten ins Blickfeld des Metiers geraten. Dieses Pflänzchen zu hegen, hat sich unser Kollege zur persönlichen Aufgabe gemacht, die er im Verein mit seiner „Zunft IRONMAN“ pflegt, in der sich ehemalige Absolventen seiner Schule zusammen gefunden haben. Dass in einem solchen Umfeld Esprit und handwerkliche Meisterschaft eine fruchtbare Synthese eingehen, bewiesen die Ausstellungsstücke. Über diese hinaus erläuterte weitere „Meisterstücke“ seiner Zunft. Und nicht ohne Stolz verwies er auf die tragende Rolle, die der Schmied in der Mythologie vieler Völker spielt, als einer, der sich zuerst sein Werkzeug schafft, bevor er damit „seine Welt“ formt. Derlei Selbstbewusstsein steht dem Handwerk sicher gut zu Gesicht, denn dort, wo es mit so viel Können und Herzblut betrieben wird, muss einem um seine Zukunft nicht bange sein. Der VLB sollte an der Tradition festhalten, solche Kreativausstellungen als organischen Bestandteil in das ansonsten eher nüchterne Tagungsgeschäft seiner Berufsbildungskongresse zu integrieren. <

Weitere Forschungsbefunde zum Selbstorganisierten Lernen:

# SoLe – ein komplexes Lehr-Lern-Arrangement zur Verbesserung der Problemlösefähigkeit

JÜRGEN SEIFRIED, BIRGIT BROUËR,  
DETLEF SEMBILL

## Problemstellung

Das Rechnungswesen, ein Kernfach der kaufmännischen Ausbildung, gilt als eine der letzten Bastionen der „Reformverweigerer“: Während Buchführung von Lernenden als schwierige Materie angesehen wird, ist das Fach bei Lehrkräften angesichts der ausgearbeiteten Fachdidaktik sowie der klaren Strukturierung sehr beliebt. Diese „verteidigungswürdige Domäne“ hat sich in den vergangenen Jahren trotz vielfacher Impulse – hier ist insbesondere die Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens (Preiss 1999) hervorzuheben – als äußerst veränderungsresistent erwiesen.

In dieser Zeitschrift haben wir bereits darauf hingewiesen, dass die dringend notwendige Reform des Rechnungswesenunterrichts simultan an curricularen und unterrichtsmethodischen Stellgrößen ansetzen muss.

Aufgrund der bisherigen Forschungsbefunde zum Selbstorganisierten Lernen (SoLe) kann man davon ausgehen, dass (1) der umfassende Einbezug der Lernenden bei Planung, Durchführung und Kontrolle der Lehr-Lern-Prozesse als notwendige Bedingung zur Steigerung der Unterrichtsqualität betrachtet werden kann und (2) die besonderen Vorzüge des SoLe-Arrangements insbesondere dann zum Tragen kommen, wenn die Kompatibilität von Lerninhalt und Lehr-Lernmethodik gewährleistet ist.

Zur Überprüfung methodischer und curricularer Variationen wurde in Zusammenarbeit mit Lehrkräften eine selbstorganisationsoffene Lernumgebung gestaltet und evaluiert. Der Unterricht in den drei Klassen unterschied sich wie folgt:

Experimentalgruppe 1 (EG 1; n = 22): Lerninhalte eher traditionell (Bilanzmethode), Lehr-Lern-Methodik: Selbstorganisiertes Lernen (SoLe);

Experimentalgruppe 2 (EG 2; n =

22): Lerninhalte orientiert am wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesen, Lehr-Lern-Methodik: Selbstorganisiertes Lernen (SoLe);

Kontrollgruppe (KG, n = 23): Lerninhalte traditionell (Bilanzmethode), Lehr-Lern-Methodik: Traditionelles Lernen (TraLe, d.h. überwiegend fragend-entwickelnder Frontalunterricht).

## Problemlösefähigkeit als zu fördernde Kompetenz

Wie bereits in dieser Zeitschrift berichtet, sind SoLe-Schüler bei vergleichbaren Eingangsvoraussetzungen ebenso gut in der Lage wie TraLe-Schüler, Faktenwissen zu reproduzieren und Buchungssätze zu bilden. Ein Vergleich der Leistungsentwicklung im Bereich Wissensreproduktion liefert aber lediglich einen ersten Ansatzpunkt für die Beurteilung der Qualität von Lehr-Lern-Prozessen.

Nicht erst seit der Veröffentlichung der ernüchternden Ergebnisse internationaler Vergleichsstudien wie TIMSS und PISA ist auch einer breiten Öffentlichkeit bekannt, dass die Kenntnis isolierter Fakten alleine bei weitem nicht ausreicht, um zukünftige Anforderungen in Berufs- und Arbeitswelt erfolgreich zu bewältigen. Neben Fachwissen werden daher von Personalverantwortlichen in erster Li-

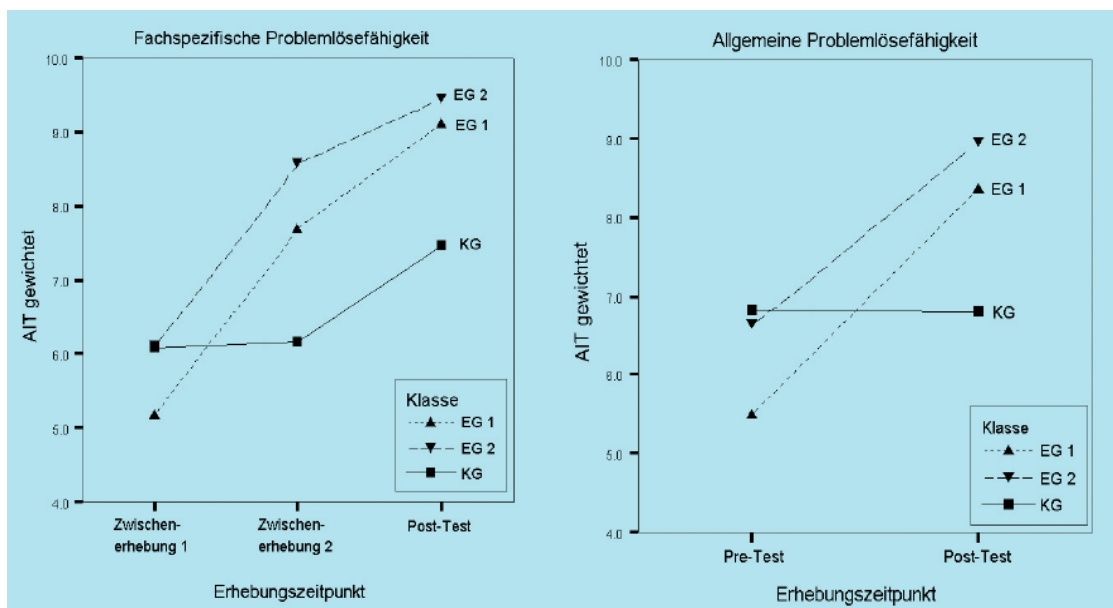


Abb. 1: Allgemeine und fachspezifische Problemlösefähigkeit



Abb. 2: Mittelwertvergleich der Ergebnisse der fachspezifischen Problemfälle Fachspezifische

Fachspezifische Problemlösekompetenz		Messzeitpunkt						
		Zwischenerhebung 1		Zwischenerhebung 2		Post-Test		
		M	SD	M	SD	M	SD	
<i>Formale Eigenschaften einer Problemlösung / Quantitative Kategorien</i>								
AIT gewichtet	EG 1	5.19	2.47	7.72	3.29	9.13	2.65	
	EG 2	6.11	2.58	8.58	3.15	9.46		3.33
	KG	6.10	2.15			6.18		
<i>Fachinhaltliche Problemlöseegüte / Qualitative Kategorien</i>								
Deklaratives Wissen	EG 1	3.14	.64	3.15	.93	2.69	.60	
	EG 2	3.36	.79	3.38	1.07			3.32
	KG	3.00	.79			3.00		1.30
Logik	EG 1	2.82	1.01	2.75	.85	2.69	.70	
	EG 2	2.91	.81			3.38		1.12
	KG	3.10	1.02	2.65	1.23	2.60		1.23
Erfolgsaussichten	EG 1	2.36	.90	2.90	1.02	2.63	.72	
	EG 2	2.36	.79	3.00	1.18	3.00		
	KG	2.50	.95	2.60	1.35	2.40		1.23
Wissensvernetzung	EG 1	2.77	1.02	5.55	2.19	3.94	1.48	
	EG 2	2.95	1.13	5.38	2.31			5.68
	KG	2.90	1.29			4.40		1.73

Signifikante Unterschiede auf dem 5 %-Niveau sind mit \*, hoch signifikante Unterschiede auf dem 1 %-Niveau mit \*\* gekennzeichnet.

M = Mittelwert, SD = Standardabweichung

nie so genannte Schlüsselqualifikationen gefordert. Ganz oben auf der Wunschliste steht hierbei die Problemlösefähigkeit. Die Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit ist diesbezüglich nicht eben gering: Gebetsmühlenartig wird darauf hingewiesen, dass Schulabgänger hinsichtlich der erwünschten Kompetenzen gewaltige Defizite aufweisen.

Diese Schiefelage kommt nicht von ungefähr: Nach wie vor werden in Schulen Sachverhalte überwiegend in Form des fragend-entwickelnden Frontalunterrichts behandelt, nach wie vor fehlt es den Schülern an der Möglichkeit, sich selbständig Wissen zu erarbeiten und dieses Wissen in multiplen Kontexten anzuwenden. Während traditionelle, auf kognitiven bzw. behavioralen Positionen fußende Instruktionsansätze Gefahr laufen, „träges Wissen“ zu produzieren, ist empirisch belegt, dass Selbstorganisiertes Lernen eine erfolversprechende Option darstellt, Qualifikatio-

nen wie Handlungs- oder Problemlösekompetenz zu fördern.

### Empirische Befunde zur Problemlösekompetenz

Um zu prüfen, ob das SoLe-Arrangement (unter Berücksichtigung der fachdidaktischen Ausrichtung des Unterrichts) im Rechnungswesenunterricht zu einer Verbesserung der Problemlösekompetenz führt, wurden die Versuchspersonen mehrfach gebeten, komplexe Probleme aus dem Bereich des Rechnungswesens sowie allgemeine Problemfälle zu bearbeiten (siehe Abb. 1).

Zur Ermittlung der Problemlösefähigkeit der Schüler werden die bearbeiteten Fälle gemäß den notwendigen Schritten einer „idealen“ Problemlösung (siehe bspw. Dörner 1976; Sembill 1992) zunächst hinsichtlich quantitativer Gesichtspunkte ausgewertet. Hierzu zählen neben der Analyse des Ist- und des Ziel- bzw. Soll-Zustandes die Beschreibung möglicher Maßnah-

men sowie der Handlungskontrolle. Diese quantitativen Aspekte werden anschließend zusammengefasst, gewichtet und zu einem Gesamtkriterium (Analytischer Idealtypus gewichtet, AITG) verdichtet. Des Weiteren wird die qualitative bzw. fachinhaltliche Güte der Problemlösung mit Hilfe von Expertenratings erfasst. Bewertet wurden dabei die Kriterien deklaratives Wissen, Logik, Erfolgsaussichten der Problemlösung sowie der Grad der Wissensvernetzung (siehe Abb. 2).

Die in der Eingangserhebung erzielten Ergebnisse zur allgemeinen Problemlösefähigkeit zeigen, dass keine signifikanten Mittelwertunterschiede vorliegen. Kontrollklasse und Experimentalklasse 2 verfügen in etwa über eine vergleichbare Kompetenz, komplexe Probleme zu lösen, die Experimentalgruppe 1 dagegen erzielt ein schlechteres Ergebnis. Bei der Gegenüberstellung der Experimentalgruppe 1 mit der Kontrollgruppe zeigt sich ein praktisch bedeutsamer Unter-

schied (die praktische Bedeutsamkeit wurde dann berechnet, wenn deutliche Unterschiede sich aufgrund der kleinen Gruppengröße als nicht signifikant erwiesen; als Faustregel gelten Werte ab 7 % als akzeptabel).

Ein vergleichbares Resultat erbringt der Vergleich der fachspezifischen Problemlösefähigkeit im Rahmen der ersten Zwischenerhebung (siehe Abb. 1 und 2). Die schwächeren Ergebnisse der Experimentalgruppe 1 werden insbesondere vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Schulbildung der Vergleichsgruppen plausibel, während die Kontrollgruppe und die Experimentalgruppe 2 hinsichtlich der Zusammensetzung der Eingangsvoraussetzungen als weitgehend homogen charakterisiert werden können.

Betrachtet man die Entwicklung der Problemlösefähigkeit der Versuchspersonen, so stellt man für die beiden Experimentalklassen einen enormen Anstieg der allgemeinen Problemlösefähigkeit fest. Die Schüler der Kontrollklasse stagnieren dagegen auf dem Niveau der Eingangserhebung. Ein ähnliches Bild zeigt sich für die fachspezifische Problemlösefähigkeit. Beim zweiten Messzeitpunkt (Zwischenerhebung 2) erweisen sich die Versuchspersonen der beiden Experimentalklassen deutlich als die überlegenen Problemlöser, während die Entwicklung der Kontrollklasse wiederum stagniert. Bei der Abschlusserhebung ist zwar ein Anstieg für alle Vergleichsgruppen zu verzeichnen, für die Kontrollklasse allerdings auf deutlich niedrigerem Niveau. Die Entwicklung der Problemlösekompetenz der beiden Klassen, die in einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung gelernt haben, ist vor allem im Vergleich mit der Kontrollklasse und unter Berücksichtigung der Eingangsvoraussetzungen beeindruckend (zur varianzanalytischen Überprüfung siehe Seifried, Brouër & Sembill 2002).

### Fazit

Unabhängig von der fachdidaktischen Ausrichtung konnten die beiden SoLe-Klassen ihre Problemlösefähigkeit deutlich verbessern, während bei der

### Studie belegt:

## Schüler an Laptops lernen besser

Gütersloh (dpa) – Einer Studie der Gütersloher Bertelsmann Stiftung zufolge lernen Schüler mit Laptop besser als auf konventionelle Weise. Durch den Umgang mit dem Computer seien die Kinder selbstständiger mit dem Lernstoff umgegangen und hätten mehr Eigeninitiative entwickelt, sagte Projektleiter Detlev Schnoor Ende November in Gütersloh. Mit der Studie liege zum ersten Mal in Deutschland eine systematische Auswertung von Notebook-gestütztem Unterricht über mehrere Jahre vor.

Knapp 400 Schüler des Evangelisch Stiftischen Gymnasiums in Gütersloh hatten sich drei Jahre lang an dem Pilotprojekt beteiligt. Seit Februar 1999 erhielt in jedem Schuljahr in jeweils drei siebten Klassen jeder Schüler ein Laptop, während die Parallelklassen ohne mobilen Computer arbeiteten.

Begleitet wurde das Projekt vom Center for Media Research der Freien Universität Berlin im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. Die Wissenschaftler um Ludwig Issing untersuchten die Auswirkungen der Laptops auf die Lernkultur und

Lernleistung sowie auf den Erwerb von Computerkompetenz, sagte ein Sprecher der Stiftung.

Die gestiegene Kompetenz der Schüler im Umgang mit Computern beeindruckte die Wissenschaftler ebenso wie die Tatsache, dass in den Computerklassen der Unterschied zwischen Mädchen und Jungen im Computerwissen oft nicht mehr vorhanden, zumindest aber deutlich geringer war. Dagegen seien die Jungen in den Nicht-Laptop-Klassen in allen Bereichen des Computerwissens deutlich überlegen gewesen, betonte Ingrid Hamm, Geschäftsleitungsmitglied der Bertelsmann Stiftung.

Nach Lehrereinschätzung war bei den Schülern vor allem eine Zunahme des intensiven Umgangs mit Texten und Informationen zu verzeichnen. Insgesamt hätten die Schüler auffallend bessere Ergebnisse im Fach Deutsch und in Mathematik, betonte Schnoor. Der Unterricht mit den Laptops sei schülerzentrierter und stärker individualisiert gewesen. Lehrer und Schüler hätten übereinstimmend berichtet, das Lernen sei interessanter und anschaulicher geworden. <

Kontrollklasse nur bei der Bearbeitung fachspezifischer Probleme eine minimale Steigerung dieser Zielgröße beobachtet werden konnte. Damit wurden Ergebnisse repliziert, die bereits in den beiden vorangegangenen Untersuchungen zum Selbstorganisierten Lernen erzielt werden konnten. In Bezug auf die fachdidaktische Variation fällt auf, dass insbesondere die Experimentalklasse 2 eine sehr erfreuliche Leistungsentwicklung aufweist: Insbesondere in der Kombination des Selbstorganisierten Lernens mit der Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens scheint also eine Mög-

lichkeit zur nachhaltigen Steigerung der Unterrichtsqualität zu liegen.

Aber auch der Kompetenzzuwachs der Schüler der Experimentalgruppe 1 verdient Beachtung. Die zu beobachtende positive Entwicklung der Problemlösefähigkeit spiegelt sich jedoch nur bedingt in den Leistungstests zum Faktenwissen wider (Sembill, Seifried & Brouër 2002). Die Aufgaben zum Faktenwissen, die in analoger Weise in Kammerprüfungen Verwendung finden, erscheinen nur bedingt geeignet, um Lernzuwächse jenseits der Faktenreproduktion adäquat zu erfassen. Eine entsprechende Umgestaltung von

Prüfungsprozessen ist daher unabdingbar.

Schließlich belegt auch die Betrachtung motivational-emotionaler Aspekte (Seifried & Sembill 2002) nachdrücklich, dass unter Berücksichtigung der Gestaltungsprinzipien des SoLe-Konzeptes mit vertretbarem Aufwand ein für Schüler und Lehrer befriedigender und erfolgreicher Unterricht arrangiert werden kann.

#### Literatur

Dörner, D. (1976): Problemlösen als Informationsverarbeitung. Stuttgart: Kohlhammer.

Preiss, P. (1999): Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens. München & Wien: Oldenbourg.

Seifried, J. & Sembill, D. (2002): Emotionales, motivationales und kognitives Erleben im Fach Rechnungswesen (2). VLB-Akzente H. 6, 11. Jg., S. 19-21.

Seifried, J., Brouër, B. & Sembill, D. (2002): Was lernen Schülerinnen und Schüler im selbstorganisationsoffenen Rechnungswesenunterricht?. Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 98. Bd., H. 4, S. 574-593.

Sembill, D. (1992): Problemlösefähigkeit, Handlungskompetenz und Emotionale Befindlichkeit. Zielgrößen Forschenden Lernens. Göttingen, Toronto, Zürich. Hogrefe.

Sembill, D., Seifried, J. & Brouër, B. & (2002): SoLe – Ein Schritt in die Zukunft. VLB-Akzente, H. 2, 11. Jg., S. 13-15.

### Der Arbeitsplatz

- a) Der Schreibtisch sollte eine ausreichend große Fläche besitzen, damit alle Unterlagen griffbereit sind.
- b) Der Stuhl muss bequemes längeres Sitzen ermöglichen.
- c) Gründliches Arbeiten setzt eine ausreichende Beleuchtung voraus.
- d) Um schriftliches Material zu ordnen, braucht man Ordner, Schnellhefter, Klarsichthüllen.
- e) Eigene Fachbücher sind den geliehenen grundsätzlich vorzuziehen

### Beseitigung von Störfaktoren

Man kann sich auf seine Arbeit nur dann voll konzentrieren, wenn man nicht gestört wird durch

- Musik
- Fernsehen
- Unterhaltung mit anderen Personen
- Telefonanrufe

### Motivation zum Lernen

Ohne Motivation ist überhaupt kein Lernen möglich. Es muss das Interesse an einer Sache geweckt werden. Davon sind Lernbereitschaft und Lernintensität und damit der Lernerfolg abhängig. Man behält jene Lerninhalte, an die man mit Aufmerksamkeit und Interesse herangeht.

Die Motivation wird durch Erfolgserlebnisse gesteigert. Günstig ist dabei ein geringer Zeitabstand zwischen Lernanstrengung und Bewertung. Zwei Schulaufgaben in einem Fach sind zu wenig!

Eine Kraftquelle für den Antrieb ist die Energie, die leider bei vielen Schülern in andere Kanäle (Konsum von Rauschmitteln, Freizeitstress u.a.) geleitet wird.

#### Motivationshilfen:

- Die stärkste motivierende Kraft ist die Belohnung des Erfolgs bei jüngeren Schülern. Die Belohnung muss in einem vernünftigen Verhältnis zum Aufwand stehen und sollte unmittelbar auf die gewünschte Leistung folgen.
- Interesse und Neugier stehen im fortgeschrittenen Alter wahrscheinlich noch vor der Belohnung. Wissenschaftler werden von diesen

### Lernhilfen für unser Schüler:

## Rationeller lernen

#### ERWIN FELBER

Der „Pisa-Schreck“ ist schwer verdaulich, obwohl Berufsschullehrer wenig zu den Ergebnissen beitragen. Er bescherte ratlose Kollegen und solche, die alle eingeübten Methoden in Frage stellen werden. Gut wäre dabei eine Rückbesinnung auf die Vorlesungen beim eigenen Studium mit einer Verknüpfung neuer Erkenntnisse.

Damit unsere Schüler den hohen Anforderungen im Beruf gewachsen sind, müssen wir ihnen helfen, planvoll zu lernen. Hier einige Gedanken zur Auffrischung der Erkenntnisse für das kognitive Lernen, also der Aneignung von Wissen und Kenntnissen.

#### Planung der Lernzeit

- a) Arbeiten, die für einen bestimmten Schultag zu erledigen sind, sollten auf Merkzetteln, Terminkalendern oder Pinwand festgehalten werden.
- b) Feste Arbeitszeiten sollten zur Gewohnheit werden, und sind unbedingt einzuhalten.
- c) Der Beginn der Arbeit sollte nicht

so lange hinausgeschoben werden, bis die Zeit dann zu knapp wird.

- d) Bei den zu erledigenden Arbeiten sollten Prioritäten gesetzt werden. Das Wichtigste als erstes, ...
  - e) Bevor eine neue Arbeit begonnen wird, sollte die vorhergehende wirklich abgeschlossen sein.
  - f) Die Lernphasen sollten möglichst zusammenhängen.
  - g) Die Aufnahmefähigkeit sollte nicht durch große Müdigkeit eingeschränkt sein.
  - h) Es gibt auch eine physiologische Lern- und Leistungsbereitschaft. Wer es einplanen kann, sollte so lernen, dass er nach der Kenntnisan eignung schlafen kann. Von 100 % des Gelernten weiß man nach acht Stunden Wachseins nur noch 9 %, nach einem Schlafintervall von acht Stunden sind noch 56 % reproduzierbar. (nach Remplein)
- Geregelter Tagesablauf mit sinnvoller Zeitplanung schafft auch Freiräume für eine Freizeit ohne Reue und ein erholsames Wochenende ohne Arbeitsdruck.

Motiven geleitet. Treibt Neugier das Lernen an, ist der Erfolg größer, denn das Lernen beruht auf freiwilliger Basis. Lernmotivation steigert die Lernleistungen, die um so besser werden, wenn kurzfristige Teilziele den langfristigen vorgezogen werden, um Erfolgserlebnisse zu schaffen.

- Man darf keine zu hochgesteckten, also unerreichbaren Lernziele haben. Sie überfordern und demotivieren den Schüler. Wichtig sind kleine Lernschritte.
- Und noch ein Lernanreiz, der in der materialistischen Welt großes Gewicht hat: Den Schülern vor Augen halten, wie wichtig ein erfolgreicher Berufsabschluss ist.

**Konzentration**

Die Fähigkeit, sich mit einer Sache über einen bestimmten Zeitraum hinweg intensiv zu beschäftigen, nimmt leider immer mehr ab. Die Reizüberflutung führt zur Konzentrationschwäche. Aber Konzentration ist eine Voraussetzung geistiger Leistung. Unsere Schüler brauchen also Konzentrationshilfen:

- Man sollte sich nur auf eine Aufgabe konzentrieren, weil niemand zwei Dinge gleichzeitig tun kann
- Wer sich schlecht konzentrieren kann, sollte sich festlegen, zu einer bestimmten Tageszeit eine feste Arbeitsphase einzulegen, die er dann mit einer Erholungsphase beendet.
- Günstig ist, einer schriftlichen Tätigkeit eine manuelle Arbeit folgen zu lassen.
- Die erwähnten Störfaktoren ausschließen.

Konzentrationsfähigkeit kann durch Übung gesteigert werden. Das ist aber nur möglich im Zustand der Frische und Ausgeglichenheit.

**Lerntechnik**

Die meisten unserer Schüler lernen, indem sie einen bestimmten Stoff sehr oft lesen. Das bringt nur geringen Erfolg. Die erste Steigerung erfolgt dadurch, dass man das gerade Gelesene zur Seite legt und sich die Frage stellt, was ha-

be ich jetzt gelesen. In der zweiten Stufe überlegt der Schüler, welche Fragen könnte der Lehrer zu diesem Stoff stellen. Eine weitere Steigerung erfolgt, wenn sich die Schüler gegenseitig abfragen. Die Aufgabe des Lehrers heißt:

- Den Schülern einen Gesamtüberblick über ein Stoffgebiet zu verschaffen.
- Den Stoff in sinnvolle kleine Lerneinheiten zu gliedern.
- Zusammenhänge herzustellen.
- Sinnvolle Wiederholungen einzuplanen, denn jedes Gedächtnis ist auf Wiederholung angewiesen. Am wirkungsvollsten sind dabei Wiederholungen in Intervallen.
- Wichtig ist auch das richtige Lerntempo. Sehr rasches Lernen hat keinen dauerhaften Einfluss auf das Behalten.

**Lerntypen**

Frederic Vester unterscheidet vier Lerntypen:

- a) Der abstrakte Lerntyp: Dieser Typ nimmt auf komplizierte formelhafte Art auf. Nur 5 % der Menschen gehören zu diesem Lerntyp. Damit verbietet es sich für den Lehrer abstrakt und unanschaulich zu dozieren.
- b) Der anschauliche Lerntyp: Er nimmt in Form von Bildern auf.
- c) Der haptische Lerntyp: Er nimmt vorwiegend durch Anfassen (haptere) auf.
- d) Der praktische Lerntyp: Er lernt durch Tun und Experimentieren.

Der Durchschnittsbürger lernt einen Stoff wenn er:

- liest 10%
- hört 30%
- sieht 40%
- hört und sieht 50%
- es mit anderen bespricht 70%
- selbst erfährt / selber tut 80%
- es einem Partner erklärt 95%

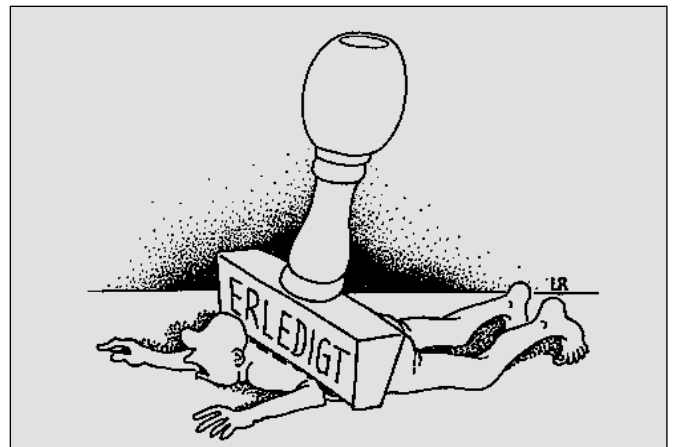
*Daraus ergibt sich für den Lehrer:*

- Die Schüler zur aktiven Teilnahme am Unterricht anregen, den Lernen ist immer ein aktiver Prozess.
- Soviel Anschauungsmaterial wie möglich einsetzen, damit bei den Schülern möglichst viele Sinne in Anspruch genommen werden. Vorsicht vor Übersättigung mit dem Videorecorder!
- Die Schüler bitten, wichtige Gedanken mitzuschreiben, über die Notizen eine Gliederung anfertigen und im darüber zu referieren.
- Ein abgeschlossenes Kapitel sollte gemeinsam diskutiert werden.

Der Wandel im Unterricht kann wie folgt beschrieben werden:

*Unterricht*

- traditioneller Ablauf → neue Anforderungen
- Fakten lernen → Probleme lösen
- Individuelle Leistung → Teamorientierung
- Abgegrenztes Fachwissen → Interdisziplinäres Wissen
- Prüfungen bestehen → Nach bestandener Prüfung die Bereitschaft zur ständigen Weiterbildung zu haben. <



Für den Betriebswirtschaftslehreunterricht:

## Fertigfirmen-Boom in der EU

HELMUT STEPHAN

Vorratsgesellschaften (Shelf Companies), Auftragsgründungsfirmen (Tailor-made Companies) und Gebrauchtfirmenmäntel (Second-hand Companies) ebnen den Weg zur zügigen Marktpositionierung. Die Erwerbung von in- und ausländischen Firmenmänteln ist über professionelle Fertigfirmenanbieter für Kaufinteressenten auf Grund eines starken Wettbewerbs prompt und preiswert möglich, um ein Unternehmen zu gründen. Als Unternehmen gilt die kleinste, rechtlich selbstständige Einheit, die eigene Bücher zu führen und gesonderte Abschlüsse aufzustellen hat, einschließlich rechtlich selbstständiger Unternehmen, die mittelbar oder unmittelbar von einem anderen Unternehmen abhängig sind (Tochtergesellschaften).

Für deutsche Unternehmer eignet sich vorzugsweise die Erwerbung eines vorrätigen oder maßgeschneiderten Firmenmantels im jeweiligen EU-Staat als geplantem Absatzgebiet. Für ausländische Unternehmer bietet sich im Inland neben dem Kauf eines deutschen GmbH-Mantels die Erwerbung eines deutschen KG-Mantels an, wobei – nach dem bekannten Konstruktionsmuster der GmbH & Co. KG – die rechtspersonliche ausländische Muttergesellschaft Komplementärin der im Inland operierenden deutschen KG-Tochterfirma wird.

*Beispiele:*

- mit britischer Mutterfirma: Ltd. & Co. KG
- mit niederländischer Mutterfirma: B.V. & Co. KG
- mit österreichischer Mutterfirma: GesmbH & Co. KG

Die EU mit ihren derzeit 15 Mitgliedstaaten wird nach der Erweiterung 10 weitere Staaten der ersten Gruppe umfassen (geplante Unter-

zeichnung der Beitrittsverträge im April 2004 in Athen).

Die marktwirtschaftliche Verflechtung all dieser Staaten rückt eine Methode ins Visier, relativ rasch und mit Hilfe landeskundiger Provider/Inkorporatoren Firmenmäntel zu erwerben, mit denen zügig die Aufnahme des Gewerbebeginns vor Ort erreicht werden kann.

Nicht alle EU-Staaten lassen Shelf und/oder Tailor-made Companies zu (z. B. Irland, Monaco). Andere lassen sie zwar zu, sie sind aber wegen hoher Gebühren und Kosten kaum interessant (z. B. Luxemburg). Stattdessen gibt es dort gesellschaftsrechtliche Sonderformen für ausländische Investoren. Die am meisten gehandelten Firmenmäntel sind:

- der dänische ApS-Mantel
- der deutsche GmbH-Mantel
- der englische Ltd.-Mantel
- der niederländische BV-Mantel
- der polnische sp.z o.o.-Mantel
- der portugiesische Lda-Mantel
- der spanische S.L.-Mantel
- der tschechische s.r.o.-Mantel
- der ungarische KFT-Mantel

Nachfolgend wird der Erwerbungsprozess in zwei Ländern beispielhaft dargestellt.

### 1. Erwerbung einer Shelf/Tailor-made Company in den Niederlanden:

Die BV (Besloten vennootschap met beperkte aansprakelijkheid) hat ein Mindeststammkapital von 18.155 EUR. Gesellschafter können natürliche und juristische Personen werden. Die Gesellschafter haben zu erklären, ob sie beabsichtigen, Anteile der zu gründenden B.V. innerhalb eines Jahres zu veräußern. Für jeden Gründungsgesellschafter muss eine Bescheinigung über die Dauer der Zusammenarbeit mit einer Bank und seine Kreditwürdigkeit bescheinigt wer-

den. Im Rahmen des Gründungsvertrages werden der Name, der Sitz und der Gegenstand der Gesellschaft festgelegt. Danach erfolgt ein Prüfungs- und Genehmigungsverfahren durch das niederländische Justizministerium. Nach Eintragung der B.V. in das Handelsregister und nach Einzahlung zumindest eines Viertels des nominalen Wertes des bei der Gründung genehmigten Kapitals ist die Haftungsbeschränkung der bis dato persönlich haftenden Geschäftsführer erreicht.

Eine Shelf B.V. kostet ab 7.000 EUR, eine Tailor-made B.V. ab 2.500 EUR für den Übertragungs- bzw. Gründungsservice. Der Preisunterschied ergibt sich durch die vermehrten Vertragsleistungen bei der Shelf Company (Übertragung und Neuanmeldung).

### 2. Erwerbung einer Shelf Company in Polen:

Die Sp z o.o. (Spółka z ograniczoną odpowiedzialnością) hat seit dem Inkrafttreten des neuen Rechtes für die Handelsgesellschaften am 01.01.2001 ein Mindeststammkapital von 50.000 PLN (ca. 13.500 EUR). Jeder polnischen Gesellschaft wird eine statistische Nummer, die so genannte REGON zugeteilt. Nach der Übernahme der Vorratsgesellschaft sind die neuen Angaben beim Statistischen Amt anzumelden. Außerdem wird die Gesellschaft unter der NIP-Nummer beim Finanzamt geführt. Nach Übernahme der Gesellschaftsanteile und der Bestellung des Käufers und/oder (einer) anderen Wunschperson(en) zu(m) Geschäftsführer(n) wird die zuständige Bank über die durch die Übernahme veränderten Verhältnisse unterrichtet. Der Kaufvertrag muss bei einem polnischen Notar und in polnischer Sprache erfolgen. Notartermin und erste (neue) Gesellschafterversammlung können simultan erfolgen, um Name, Sitz und Gegenstand des Unternehmens zu modifizieren. Die Änderungen werden in das Gerichtsregister des Landes (KRS) eingetragen. Die Erwerbungskosten belaufen sich auf ab 3.000 EUR (Übertragung und Neuanmeldung).

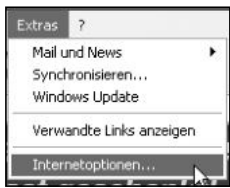
Schutz vor Dialern, Hackern und Datenspionen:

# Neue Tipps für mehr Sicherheit

JENS GEISEL

Dialer, Spionageprogramme und Viren haben nach wie vor Konjunktur. Besorgnis erregend: Die Tricks der dahinter stehenden Abzocker und Daten-Saboteure werden immer dreister. Computer easy verrät, wie Sie Ihren PC wirksam vor Angriffen schützen.

Dialer (vgl. VLB akzente 11-2002) stellen nach wie vor ein hohes Bedrohungspotential dar. Als Abwehrmaßnahme empfiehlt sich die aktuelle Version eines Abwehrprogramms. Empfehlenswert ist beispielsweise YAW. Die kostenlose Software steht unter [www.yaw.at](http://www.yaw.at) zum Herunterladen bereit. Hinweis: Wer für den Internetzugang DSL nutzt und keinen zusätzlichen Zugang per Modem oder ISDN-Adapter hat, ist vor Dialern sicher.

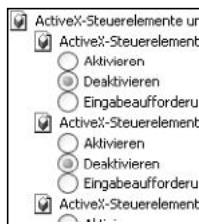


## Internet Explorer absichern

Um die Sicherheitseinstellungen für ActiveX zu ändern, öffnen Sie den Internet-Explorer 6.0 und klicken auf „Extras“, „Internet-Optionen“. Holen Sie die Registerkarte „Sicherheit“ durch einen Klick nach vorne. Klicken Sie auf „Stufe anpassen“. Dann können Sie ActiveX unterbinden (1) oder gezielt zulassen (2):

Stichwort DSL: Erfahrungsgemäß sind DSL-Nutzer überdurchschnittlich lange online. Je länger ein PC aber mit dem Internet verbunden ist, desto angreifbarer wird er für Hacker. Relativ verlässlich schützen sogenannte Firewalls vor Attacken von außen. Von der Redaktion immer wieder gut getestet wurden Zone Alarm Pro ([www.zonelabs.com](http://www.zonelabs.com), ca. 40 Euro) und Norton Personal Firewall ([www.symantec.de](http://www.symantec.de), ca. 50 Euro). Beide Produkte bieten mehr Sicherheit als die in Windows XP integrierte Firewall. Zudem sind sie flexibler zu konfigurieren.

Ein weiteres potentielles Einfallstor für Hacker und ihre fragwürdigen Produkte sind „aktive Inhalte“ wie ActiveX und Javascript. Was im Detail dahinter steckt und wie Sie sich schützen, erfahren Sie im nebenstehenden Kasten.



## 1. ActiveX verbieten

Das Fenster „Sicherheitseinstellungen“ regelt, welche Programme über den Internet Explorer ausgeführt werden. Hier können

Sie auch ActiveX generell unterbinden. Setzen Sie dazu in der angezeigten Liste alle fünf ActiveX-Optionen auf „Deaktivieren“. Dann bestätigen Sie die Änderungen durch „OK“.

## Aktive Inhalte

Animationen und Musik machen Internet-Seiten interessanter. Aber das hat seinen Preis: Die bunten Elemente werden über Zusatzprogramme ausgeführt, die auch von Hackern und neugierigen Zeitgenossen missbraucht werden könnten.

ActiveX beispielsweise bindet Animationen und Sound in Internet-Seiten ein, kann aber auch schädliche Programme auf den Rechner laden. Die toben sich dann auf Windows-PCs nach Lust und Laune aus. Deshalb sollte man ActiveX-Elemente nur auf vertrauenswürdigen Seiten ausführen – wenn überhaupt.

Immer wieder in der Diskussion ist auch Javascript, mit dem Makros über den Internet Explorer Makros ausgeführt werden. Die Missbrauchsmöglichkeiten sind jedoch weit geringer als bei ActiveX. Da Javascript gerne für die Programmierung der Navigation eingesetzt wird, kann meistens nicht darauf verzichtet werden.

## 2. Signierte Seiten zulassen

Man kann bestimmte ActiveX-Elemente auch zulassen, wenn deren Sicherheit durch eine digitale Signatur bestätigt wird. Stellen Sie dazu im Fenster „Sicherheitseinstellungen“ die Einträge „ActiveX-Steuerelemente ausführen, die für Scripting sicher sind“, „ActiveX-Steuerelemente und Plugins ausführen“ sowie „Download von signierten ActiveX-Steuerelementen“ auf die Option „Eingabeaufforderung“. Jetzt werden Sie immer darauf hingewiesen, wenn vertrauenswürdige Seiten ActiveX ausführen möchten.

Ja, ich möchte Computer easy regelmäßig beziehen! Zusätzlich erhalte ich das VLB-Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro.

Vorname/Name	Geburtsdatum
Straße/Nr.	PLZ/Ort
E-Mail	Telefon

Ich wünsche folgende Zahlungsweise:

Bequem und bargeldlos per Bankeinzug Geldinstitut \_\_\_\_\_  
Konto-Nr. \_\_\_\_\_ BLZ \_\_\_\_\_

per Rechnung

Einfach bestellen: per Telefon 0781/639 45 31  
per Fax 0781/639 45 27  
per E-Mail [computer-easy@burdardirect.de](mailto:computer-easy@burdardirect.de)  
per Post Computer easy Aboservice  
Postfach 227 • 77649 Offenburg

Ich möchte Computer easy regelmäßig zum Preis von Euro 2,30 pro Ausgabe für indessen ein Jahr beziehen. Danach kann ich jederzeit beim Computer easy-Aboservice (Postfach 225, D-77649 Offenburg) kündigen. Mit Geld-zurück-Garantie für bereits bezahlte, aber noch nicht gelieferte Ausgaben. Die Auslieferung des VLB-Gratis-Paketes erfolgt sofort nach Zahlungseingang.

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_ 40565AVLBJ



## Exklusiv für VLB-Mitglieder:

VLB-Mitglieder erhalten bei Bestellung eines Computer easy-Jahresabos zusätzlich ein Gratis-Paket im Wert von 31,19 Euro:

- **Gratis:** Computer easy Jahres-CD 2001: Alle Kurse, alle Tests uvm. im Wert von 19,99 Euro
- **Gratis:** Computer easy-Sammelordner im Wert von 8,90 Euro
- **Gratis:** Eine Ausgabe von Computer easy im Wert von 2,30 Euro

**Einsendeschluss: 31.01. 2003**



- Kompakt, aktuell, unterrichtsnah
- Alle 14 Tage das Wichtigste für PC-Anwender!
- 32 Seiten Workshops zum Sammeln
- 16 Seiten vollgepackt mit Tipps & Tricks
- Schritt für Schritt-Anleitungen mit großen Abbildungen
- Alle wichtigen Begriffe erklärt

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV Unterfranken

#### abl-Bezirksvorsitzende in Unterfranken sind „sauer“.

Anlässlich des zweiten Gedankenaustauschs der BV-Vorsitzenden der abl-Lehrerverbände wurden schwerpunktmäßig die Entwicklung der Schülerströme der verschiedenen Schularten, die Neukonzeption der dienstlichen Beurteilungen und die Lehrerfortbildung erörtert. Die intensive Diskussion über die angekündigten „Spar-Maßnahmen“ drängte jedoch diese Sachthemen in den Hintergrund.

Die unterfränkischen Verbandsvertreter Erika Eisenmann vom brlv, Heiner Ratsch vom bpv und Franz Karl von der KEG waren sich beim Treffen in Würzburg mit dem VLB-Bezirksvorsitzenden Wolfgang Lambl einig, dass die einseitig Lehrer und Beamte treffenden, zutiefst demotivierenden Sparmaßnahmen auf Unverständnis treffen und größte Empörung der Kolleginnen und Kollegen hervorrufen.

Von Berlin bis München – fast jeder Politiker fühlt sich aufgerufen, Vorschläge einzubringen und Beschlüsse zu fordern, die schließlich zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen von Lehrern und Beamten führen. Darüber sind die Verbandsvertreter und viele Kolleginnen und Kollegen „stocksauer“. Der Unmut der Kolle-

ginnen und Kollegen wächst von Tag zu Tag, „es reicht,“ so lautete der gemeinsame Tenor. *Herbert Geiger*

### KV Nordschwaben

#### Einfach „bär“fekt – Studienfahrt nach Berlin

Es ist kein einfaches Unterfangen von dieser Fahrt zu berichten – der überschwänglichen Erinnerungen freien Lauf lassend würde man von den Lesern, die nicht dabei gewesen sind, si-

würde doch jeder der Mitgereisten sicherlich sofort bestätigen, dass dies in der Tat eine Fahrt der Superlative war: Optimaler Termin zu Beginn der Herbstferien, bestens gemischte und dimensionierte Reisegruppe, äußerst kurzweilige, da kommunikationsintensive Zugfahrt, erstklassiges Hotel, besonders stimmungsvolle Bootsfahrt auf der Spree in die Abenddämmerung, hervorragend genützte Abend- und Nachtstunden ...

Am nächsten Tag ein äußerst informativer Besuch des Max-Taut-Berufsschulzentrums mit für manchen von uns geradezu gigantischen Ausmaßen und ein wirklich mega-lausiges Sturm- und Regenwetter nebst einer Höchstzahl an möglichen Besichti-



Vor dem Reichstag: die Nordschwaben in Berlin.

cherlich der Übertreibung bezichtigt. Aber der Glaubwürdigkeit halber einen Gang herunterzuschalten ist mit erheblicher Anstrengung verbunden,

gungszielen für die freien Nachmittags- und Abendstunden. Schließlich die Krönung am letzten Tag: Die Regierungserklärung vor vollem Haus und die Reaktion der Opposition nahezu „aus erster Reihe“ mitzerleben war ein nicht zu übertreffendes Highlight der Reise, da konnte die nachfolgende besonders ausführliche Stadtrundfahrt nur noch der Vertiefung der gewonnenen Eindrücke dieser Riesenstadt dienen.

Und weil diese Stadt noch so außerordentlich viel zu bieten, der liebe Josef Kraft die Reise so supergut organisiert und der Franz Meßmer so hingebungsvoll fotografiert hat, muss es natürlich so bald wie möglich wieder heißen: Berlin ist eine weitere Reise wert!  
*Barbara Dilberowic*



Diskutierten angeregt die ausstehenden bildungspolitischen Probleme (von links): Heiner Ratsch (bpv), Erika Eisenmann (brlv), Franz Karl (KEG) und Wolfgang Lambl (VLB).

## Referate und Fachgruppen

### FG Bautechnik

#### Anwendungstechnik für den Rohbau

Seine umfassenden Maßnahmen zur Aus- und Fortbildung im Berufsfeld Bau ergänzt der Bundesverband Porenbeton jetzt durch eine neue Schriftenreihe unter dem Titel „Porenbeton-Praxis“. Den Auftakt bildet die 24-seitige Broschüre „Anwendungstechnik Rohbau“. Sie dient als Informationsquelle im Unterricht an berufsbildenden Einrichtungen im Berufsfeld Bau. Anschaulich und praxisorientiert vermittelt die Broschüre Informationen zum Porenbeton-Bausystem für den Rohbau, angefangen von der geschichtlichen Entwicklung, über die Produktion, die Produktpalette bis zu Verarbeitungshinweisen. Alle Produktkenndaten von Porenbeton-Plansteinen und -Planelementen sind tabellarisch erfasst. Die Broschüre kann im Klassensatz mit jeweils 30 Exemplaren kostenlos bestellt werden beim:

Bundesverband Porenbeton Postfach 1826 65008 Wiesbaden Telefon: 0611/98 50 44-0 Telefax: 0611/80 97 07 E-Mail: [info@bv-porenbeton.de](mailto:info@bv-porenbeton.de) Internet: [www.bv-porenbeton.de](http://www.bv-porenbeton.de)

#### Informationen über Filme zur Berufsfindung

Der Bayerische Rundfunk (Fernsehen, 3. Programm), zeigt im Schulfernsehen voraussichtlich immer Mittwoch nachmittags in der Fernsehreihe „Das kannst Du werden: Bauberufe“, Filme zur Berufsfindung.

Da trotz der gegenwärtigen, sehr angespannten Lage im Baubereich qualifizierte Fachleute gesucht werden, stellt eine solide Ausbildung in einem Bauberuf nach wie vor eine vernünftige Grundlage für das spätere Berufsleben dar.

Wir bitten deshalb alle Kolleginnen und Kollegen, den Jugendlichen bei der Berufsfindung zu helfen und um Weitergabe dieser Informationen. Besonders wichtig ist es, die Kolleginnen und Kollegen der Hauptschule über dieses Angebot zu informieren.

#### Die Sendetermine:

Mittwoch, 12. 03. 03  
Überblick über die Bauberufe  
Mittwoch, 19. 03. 03  
Maurer/in  
Mittwoch, 26. 03. 03  
Zimmerer/ Zimmerin  
Mittwoch, 02. 04. 03  
Beton-/Stahlbetonbauer/-in

Mittwoch, 09. 04. 03  
Fliesen-, P!atten- und Mosaikleger/-in  
Mittwoch, 30. 04. 03  
Baugeräteführer/-in  
Mittwoch, 07. 05. 03  
Straßenbauer/-in, Gleisbauer/-in  
Mittwoch, 14. 05. 03  
Kanalbauer/-in, Rohrleitungsbauer/-in  
Mittwoch, 21. 05. 03  
Stuckateur/-in, Trockenbaumonteur/-in  
Mittwoch, 28. 05. 03  
Wärme-Kälte- und Schallschutzisolierer/-in  
Mittwoch, 04. 06. 03  
Estrichleger/-in Lotar Wagner

## Senioren

### Der VLB-Seniorenbeauftragte informiert (Teil 2) über Probleme ...

**... beim Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge (Pensionen) (III),**

**... beim Zusammentreffen von Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Renten (IV),**

**... im Zusammenhang mit Witwen- bzw. Witwergeld (V).**

**III Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge (Pensionen)**

Einschlägig im wesentlichen § 54 BeamtVG:

**§ 54 Zusammentreffen mehrerer Versorgungsbezüge**

(1) Erhalten aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst (§ 53 Abs. 8) an neuen Versorgungsbezügen

1. ein Ruhestandsbeamter Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,
2. eine Witwe oder Waise aus der Verwendung des verstorbenen Beamten oder Ruhestandsbeamten Witwengeld, Waisengeld oder eine ähnliche Versorgung,
3. eine Witwe Ruhegehalt oder eine ähnliche Versorgung,

so sind neben den neuen Versorgungsbezügen die früheren Versorgungsbezüge nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze zu zahlen.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte (Absatz 1 Nr. 1) das Ruhegehalt, das sich unter Zugrundelegung der gesamten ruhegehaltfähigen Dienstzeit und der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das frühere Ruhegehalt berechnet, ergibt, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1,
2. für Witwen und Waisen (Absatz 1 Nr. 2) das Witwen- oder Waisengeld, das sich aus dem Ruhegehalt nach Nummer 1 ergibt, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1,
3. für Witwen (Absatz 1 Nr. 3) (ab 1. 1. 2003: 71,75 vom Hundert, in den Fällen des § 36) fünfundsiebzig vom Hundert, in den Fällen des § 37 achtzig vom Hundert, der ruhegehaltfähigen Dienstbezüge aus der Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das dem Witwengeld zugrundeliegende Ruhegehalt bemisst, zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1.

Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 1 oder 2 beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt nach § 14 Abs. 3 gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt in sinngemäßer Anwen-



ung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 3 das dem Witwengeld zugrundeliegende Ruhegehalt nach § 14 Abs. 3 gemindert, ist die Höchstgrenze entsprechend dieser Vorschrift zu berechnen, wobei dem zu vermindern den Ruhegehalt mindestens ein Ruhegehaltssatz von fünfundsiebzig (ab 1. 1. 2003: 71,75) vom Hundert zugrunde zu legen ist. Ist bei einem an der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 1 oder 2 beteiligten Versorgungsbezug der Ruhegehaltssatz nach § 14 Abs. 1 Satz 1, Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist der für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehaltssatz in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei der Ruhensregelung nach Satz 1 Nr. 3 der Ruhegehaltssatz des dem Witwengeld zugrundeliegenden Ruhegehaltes nach § 14 Abs. 1 Satz 1, Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist die Höchstgrenze entsprechend dieser Vorschrift zu berechnen, wobei der zu verminderte Ruhegehaltssatz mindestens fünfundsiebzig (ab 1. 1. 2003: 71,75) vom Hundert beträgt.

(3) Im Falle des Absatzes 1 Nr. 3 ist neben dem neuen Versorgungsbezug mindestens ein Betrag in Höhe von zwanzig vom Hundert des früheren Versorgungsbezuges zu belassen.

(4) Erwirbt ein Ruhestandsbeamter einen Anspruch auf Witwengeld oder eine ähnliche Versorgung, so erhält er daneben sein Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 Satz 1 Nr. 3 sowie Satz 3 und 5 bezeichneten Höchstgrenze. Die Gesamtbezüge dürfen nicht hinter seinem Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 sowie eines Betrages in Höhe von zwanzig vom Hundert des neuen Versorgungsbezuges zurückbleiben.

(5) § 53 Abs. 6 gilt entsprechend.

Vgl. 1.2 Allgemeines: Keine Über- bzw. Doppelversorgung

#### Der Kürzung unterliegende Versorgungsbezüge

Beim Zusammentreffen von zwei oder mehreren Versorgungsbezügen in einer Person wird ein neuer Versorgungsbezug in voller Höhe gezahlt, und von der früheren

Versorgung tritt grundsätzlich nur die Differenz bis zur in Abs. 2 bezeichneten Höchstgrenze hinzu. Versorgungsbezüge, die der Kürzung unterliegen, sind demnach die früheren Versorgungsbezüge, also das laufend bezogene Ruhegeld, Witwen- bzw. Witwengeld oder Waisengeld.

#### Ausschluss der Ruhensregelung

Eine Ruhensregelung nach § 54 BeamtVG kommt nicht in Betracht, wenn ein Ehepartner stirbt, während sich der andere Ehepartner noch im aktiven Dienst befindet. Dieser erhält dann neben seinen Dienstbezügen noch ein Witwen-/Witwengeld, das allerdings der Ruhestandsregelung des § 53 BeamtVG unterliegt. Tritt der überlebende Ehegatte in den Ruhestand, hat er Anspruch auf Witwen-/Witwengeld und Ruhegehalt nach der Ruhestandsregelung des § 54 BeamtVG.

#### IV Zusammentreffen von Versorgungsbezügen (Pensionen) mit Renten

Einschlägig im wesentlichen § 55 BeamtVG:

##### § 55 Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten

(1) Versorgungsbezüge werden neben Renten nur bis zum Erreichen der in Absatz 2 bezeichneten Höchstgrenze gezahlt. Als Renten gelten

1. Renten aus den gesetzlichen Rentenversicherungen,
2. Renten aus einer zusätzlichen Alters- oder Hinterbliebenenversorgung für Angehörige des öffentlichen Dienstes,
3. Renten aus der gesetzlichen Unfallversicherung, wobei ein dem Unfallausgleich (§ 35) entsprechender Betrag unberücksichtigt bleibt; bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 20 vom Hundert bleiben zwei Drittel der Mindestgrundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz, bei einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um 10 vom Hundert ein Drittel der Mindestgrundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz unberücksichtigt,
4. Leistungen aus einer berufsständischen Versorgungseinrichtung oder aus einer befreienden Lebensversicherung, zu denen der Arbeitgeber auf Grund eines Beschäftigungsverhältnisses im öffentlichen Dienst mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

Wird eine Rente im Sinne des Satzes 2 nicht beantragt oder auf sie verzichtet oder wird an deren Stelle eine Kapitalleistung, Beitragserstattung oder Abfindung gezahlt, so tritt an die Stelle der Rente der Betrag, der vom Leistungsträger ansonsten zu zahlen wäre. Bei Zahlung einer Abfindung, Beitragserstattung oder eines sonstigen Kapitalbetrages ist der sich bei einer Verrentung ergebende Betrag zugrunde zu legen. Dies gilt nicht, wenn der Ruhestandsbeamte innerhalb von drei Monaten nach Zufluss den Kapitalbetrag zuzüglich der hierauf gewährten Zinsen an den Dienstherrn abführt. Zu den Renten und den Leistungen nach Nummer 4 rechnet nicht der Kinderzuschuss. Renten, Rentenerhöhungen und Rentenminderungen, die auf § 1587b des Bürgerlichen Gesetzbuchs oder § 1 des Gesetzes zur Regelung von Härten im Versorgungsausgleich beruhen, bleiben unberücksichtigt.

(2) Als Höchstgrenze gelten

1. für Ruhestandsbeamte der Betrag, der sich als Ruhegehalt zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1 ergeben würde, wenn der Berechnung zugrunde gelegt werden
  - a) bei den ruhegehaltfähigen Dienstbezügen die Endstufe der Besoldungsgruppe, aus der sich das Ruhegehalt berechnet,
  - b) als ruhegehaltfähige Dienstzeit die Zeit vom vollendeten siebzehnten Lebensjahr bis zum Eintritt des Versorgungsfalles abzüglich von Zeiten nach § 12a, zuzüglich der Zeiten, um die sich die ruhegehaltfähige Dienstzeit erhöht, und der bei der Rente berücksichtigten Zeiten einer rentenversicherungspflichtigen Beschäftigung oder Tätigkeit nach Eintritt des Versorgungsfalles,
2. für Witwen der Betrag, der sich als Witwengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1, für Waisen der Betrag, der sich als Waisengeld zuzüglich des Unterschiedsbetrages nach § 50 Abs. 1, wenn dieser neben dem Waisengeld gezahlt wird, aus dem Ruhegehalt nach Nummer 1 ergeben würde.

Ist bei einem an der Ruhensregelung beteiligten Versorgungsbezug das Ruhegehalt nach § 14 Abs. 3 gemindert, ist das für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehalt in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen. Ist bei einem an der Ruhensregelung beteiligten Versorgungsbezug der Ruhegehaltssatz nach § 14 Abs. 1 Satz 1,

Halbsatz 2 oder 3 dieses Gesetzes in der bis zum 31. Dezember 1991 geltenden Fassung gemindert, ist der für die Höchstgrenze maßgebende Ruhegehaltssatz in sinngemäßer Anwendung dieser Vorschrift festzusetzen.

(3) Als Renten im Sinne des Absatzes 1 gelten nicht

1. bei Ruhestandsbeamten (Absatz 2 Nr. 1). Hinterbliebenenrenten aus einer Beschäftigung oder Tätigkeit des Ehegatten,
2. bei Witwen und Waisen (Absatz 2 Nr. 2). Renten auf Grund einer eigenen Beschäftigung oder Tätigkeit.

(4) Bei Anwendung der Absätze 1 und 2 bleibt außer Ansatz der Teil der Rente (Absatz 1), der

1. dem Verhältnis der Versicherungsjahre auf Grund freiwillige Weiterversicherung oder Selbstversicherung zu den gesamten Versicherungsjahren oder, wenn sich die Rente nach Werteinheiten berechnet, dem Verhältnis der Werteinheiten für freiwillige Beiträge zu der Summe der Werteinheiten für freiwillige Beiträge, Pflichtbeiträge Ersatzzeiten und Ausfallzeiten oder, wenn sich die Rente nach Entgeltpunkten berechnet, dem Verhältnis der Entgeltpunkte für freiwillige Beiträge zu der Summe der Entgeltpunkte für freiwillige Beiträge, Pflichtbeiträge, Ersatzzeiten, Zurechnungszeiten und Anrechnungszeiten entspricht,
2. auf einer Höherversicherung beruht. Dies gilt nicht, soweit der Arbeitgeber mindestens die Hälfte der Beiträge oder Zuschüsse in dieser Höhe geleistet hat.

(5) Bei Anwendung des § 53 ist von der nach Anwendung der Absätze 1 bis 4 verbleibenden Gesamtversorgung auszugehen.

(6) Beim Zusammentreffen von zwei Versorgungsbezügen mit einer Rente ist zunächst der neuere Versorgungsbezug nach den Absätzen 1 bis 4 und danach der frühere Versorgungsbezug unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezuges nach § 54 zu regeln. Der hiernach gekürzte frühere Versorgungsbezug ist unter Berücksichtigung des gekürzten neueren Versorgungsbezuges nach den Absätzen 1 bis 4 zu regeln: für die Berechnung der Höchstgrenze nach Absatz 2 ist hierbei die Zeit bis zum Eintritt des neueren Versorgungsfalles zu berücksichtigen.

(7) § 53 Abs. 6 gilt entsprechend.

(8) Den in Absatz 1 bezeichneten Renten stehen entsprechende wiederkehrende Geldleistungen gleich, die auf Grund der Zugehörigkeit zu Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik geleistet werden oder die von einem ausländischen Versicherungsträger nach einem für die Bundesrepublik Deutschland wirksamen zwischen- oder überstaatlichen Abkommen gewährt werden.

#### Grundsatz

Sinn der Regelung ist es, den Beamten so zu stellen, wie er stehen würde, wenn er sein gesamtes Berufsleben Beamter gewesen wäre (Versorgung eines „Nur-Beamten“).

Damit soll verhindert werden, dass erst relativ spät ins Beamtenverhältnis gelangte „Spätberufene“ (Seiteneinsteiger) in der Versorgung besser oder auch schlechter gestellt sind als die „normalen“ Laufbahnbeamten. Die Rente bleibt dem Versorgungsempfänger voll erhalten, der über die Höchstgrenze des Abs. 2 hinausgehende Teil des beamtenrechtlichen Versorgungsbezugs kommt zum Ruhen.

#### Versorgungsbezüge, die der Kürzung unterliegen

Der Kürzung unterliegen insbesondere das laufend gewährte Ruhegehalt, Witwen-/Witwergeld, Waisengeld und entsprechende Unterhaltsbeiträge. Nicht dazu gehören: einmalige Versorgungsleistungen, wie z.B. Sterbegeld (§ 18 BeamtVG), Witwenabfindung (§ 21 BeamtVG), Übergangsgeld (§§ 47, 47a BeamtVG), Ausgleich bei besonderen Altersgrenzen (§ 48 BeamtVG) und Ersatzleistungen wie Schadensersatz (§ 32 BeamtVG), Heilverfahren (§ 43 BeamtVG), Pflegekosten (§ 34 BeamtVG), Unfallausgleich (§ 35 BeamtVG), Unfallentschädigung (§ 43 BeamtVG).

#### Verzicht und Abfindung

Beantragt der Versorgungsempfänger eine ihm zustehende Rente oder sonstige Leistung nicht oder verzichtet er darauf oder wird an deren Stelle eine Kapitalleistung, Beitragserstattung (eingefügt durch das Versorgungsänderungsgesetz 2001) oder Abfindung gezahlt, ist (trotzdem) der Betrag anzusetzen, den der Leistungsträger ansonsten als Rente zu zahlen hatte bzw. der sich bei einer Verrentung ergeben würde.

Der Ruhestandsbeamte hat – innerhalb von drei Monaten nach Zufluss – die Möglichkeit, die Anwendung der Ruhensregelung durch Abführung des Kapitalbetrages an den Dienstherrn abzuwenden.

\* Die Ausführungen beruhen zum Teil auf eigenen Recherchen, hauptsächlich aber auf dem einschlägigen Kommentar: Minz, Hubert, Praxis-Handbuch Beamtenversorgungsrecht, Wallhalla-Fachverlag Regensburg 2002

## Gemeinsam reisen?

Eine Betrachtung von  
Lothar Fischer

*Eins, zwei, drei – im Sauseschritt eilt die Zeit, wir laufen mit. Schaffen, schufteten, werden älter, träger, müder und auch kälter, bis auf einmal man erkennt, dass das Leben geht zu End. Viel zu spät begreifen viele die versäumten Lebensziele: Freude, Schönheit und Natur, Gesundheit, Reisen und Kultur. Darum, Mensch, sei zeitig weise! Höchste Zeit ist's: Reise! Reise!*

Immer mehr Menschen nehmen sich diesen Zuspruch Wilhelm Buschs zu Herzen, Pensionisten in besonderer Weise. Die funktionierenden Reisezirkel in den Kreis- und Bezirksverbänden sind sichtbare Belege dafür. Nur muss man sich dort der noch amtierenden Kollegen wegen notgedrungen auf die Ferien beschränken, wohl wissend, dass es davor und danach meist leichter und preisgünstiger ginge und man mit dem erdienten Kürzel „i. R.“ diese Vorteile nun endlich nutzen könnte.

Dem will der VLB noch stärker als bisher Rechnung tragen. Bei der Suche nach einem „Motor“ ist man auf mich gestoßen, weil mir Reisen schon immer ein Anliegen und die Organisation solcher Exkurse meist ein Vergnügen waren. Ich habe gerne zugesagt, zumal ich die Aufgabe von Othmar Doleschal übernehmen darf und er die Latte hinsichtlich Qualität, Attraktivität und erfahrener Zuspruch anspornend hoch gehängt hat. Jedoch

beschäftigen mich einige Fragen: Was wird erwartet – wo soll es hingehen – wie lange, wie teuer dürfen solche Reisen sein?

Es mag verwundern, dass es in Zeiten, da ein Heer von Reiseanbietern per Inserat oder Bildschirm mit Billigreisen lockt und echte Freaks sich ihr Last-minute-Schnäppchen konkurrenzlos billig im Internet sichern, noch Leute gibt, die sich im Vergleich dazu relativ teureren Gruppen- oder Studienreisen anschließen. Spezialanbieter wie Studiosus bieten dazu Gelegenheit und sie bieten viel – vielleicht zu viel, zu detailliert, wissenschaftlich zu hoch gegriffen? So genau will man es dann doch wieder nicht wissen. Wer in glühender Hitze einmal vor einer hieroglyphengeschmückten Stele den schier endlosen Erläuterungen eines entrückten Ägyptologen ausgesetzt war, weiß wo von ich rede. Die Mehrzahl ist mit weniger zufrieden, begnügt sich eher mit dem Überblick und sucht stattdessen ein wenig Geselligkeit im Kreise Gleichgesinnter – ohne gleich gemeinsam „in Urlaub“ fahren zu wollen; da bleibt jeder lieber individuell. Deshalb werde ich – das steht fest – während der Monate Juni bis August nur in Ausnahmefällen Angebote machen.

Aber in der übrigen Zeit gilt es die rechte Mitte zu finden. Dabei wären Anhaltspunkte hilfreich. Sie zu finden, dazu soll die Umfrage helfen, die Sie im Anschluss unter dem Titel „Wie hätten Sie's den gern“ finden. Ich bitte Sie, falls Sie an gemeinsamen Reisen interessiert sind, sehr darum, sich die dort dargestellten Anregungen zu überlegen und zu bewerten. Nur so wird erkennbar, wohin die Mehrheit tendiert: zu Fern- oder eher Nahzielen – bequemem Reisen per Flugzeug oder Schiff oder lieber Erleben aus der Nähe per Bus oder Fußmarsch (z. B. bei Stadterkundungen oder in Museen).

Für den letzten Vorschlag – Fahrt mit der Hurtiglinie entlang der norwegischen Küste – gibt es bereits ernsthafte Interessenten, obwohl die Reise etwa 2300 Euro kostet ( bei Doppelkabine mit Vollpension). Sie bietet insgesamt ein wunderbares Erlebnis

und ist besonders für Leute geeignet, die zwar mit Gebrechen leben müssen, im allgemeinen aber gesund sind. Diese „schönste Seereise der Welt“ – so der Slogan der Schifffahrtlinie - kann bei gegenseitiger Hilfe – ein Plus bei Gruppen, die sich kennen und zusammenhalten – auch von Gehbehinderten bis hin zum Rollstuhlfahrer bewältigt werden, fährt doch – mit Ausnahme der Bahnstrecken – das eigene Hotelzimmer immer mit. Interessenten erfahren gerne Einzelheiten.

Ich hoffe auf eine möglichst breite Reaktion.

## Wie hätten Sie's denn gern?

Falls Sie an gemeinsamen Reisen interessiert sind, bitte ich Sie, die vorgestellten Anregungen zu begutachten und zunächst die drei Kategorien mit A – B – oder C zu bewerten, wobei A bedeutet, dass Sie diese Idee am besten finden.

Innerhalb der jeweiligen Kategorie können Sie dann Ihre Wertung durch 1 – 2 – 3 .etc. kennzeichnen, wobei wiederum die 1 das stärkste Interesse kennzeichnet. Folgende Vorschläge stehen zur Diskussion:

**Kategorie I:** Unter dem Motto „Lerne Deutschland kennen!“ werden 3 bis 4 Kurzreisen im Jahr organisiert (max. 4–5 Nächte, nach Möglichkeit ohne Hotelwechsel)

1. In eine geschichts- oder kulturträchtige Stadt oder Region (z.B. Hamburg, Dresden; ...)
2. Themenreisen ( z.B. Schwäb. Barock; Deutsche Burgen-Glas Straße)
3. in deutsche Landschaften mit besonderem Gepräge ( Weser, Harz , Weinland an Rhein und Mosel, die Mecklenburger Seenplatte; Thüringen)
4. In Deutschlands ehemalige Ostgebiete (Schlesien, Ostpreußen, etc.)

**Kategorie II:** Studienreisen

1. per Bus (z.B. Norwegen; Slowakei und Tatra; Die baltischen Staaten)
2. weit weg per Flugzeug ( z. B. Amerika; China; Australien)

**Kategorie III:** Reisen mit vordergründigem Erholungswert (die Ziele sind nur Beispiele)

1. Die Steiermark – geschichtsträchtiges Thermen- und Weinlandland
2. Mit der Hurtiglinie zum Nordkap

Bitte geben Sie mir Antwort, in dem Sie unter dem Stichwort Reiseumfrage nur ganz kurz mitteilen: z. B. I: B – 2 – 4 – 1 – 3; II: A 1 – 2; III: C 2 – 1.

### Sie erreichen mich

per Post: Lothar Fischer, Zum Burgstall 13, 92637 Weiden

per E-mail: fischer-weiden@t-online.de (mir am liebsten)

per Fax: 09 61-4 63 68 (allerdings muss ich davon vorher telefonisch verständigt werden, da das Fax über den Computer läuft, den ich dazu einschalten muss.)

per Telefon: 09 61-4 63 88

## Personalien

### Wir gratulieren im Februar

#### ... zum 95. Geburtstag

**Weiss, Franz-Xaver**, 28.02.

82008 Unterhaching, BV München

#### ... zum 85. Geburtstag

**Hachinger, Martin**, 24.02.

63755 Alzenau, KV Untermain

#### ... zum 80. Geburtstag

**Hirner, Rudolf**, 26.02.

90473 Nürnberg, KV Nürnberg

**Kastner, Martha**, 17.02.

91054 Erlangen, KV Mfr.-Nord

**Sommermann, Alfred**, 17.02.

95119 Naila, KV Ofr.-Nordost

#### ... zum 75. Geburtstag

**Deschermeier, Martin**, 07.02.

81247 München, KV München

**Gräbel, Rosemarie**, 15.02.

96052 Bamberg, KV Bamberg-Forchheim

**Schneider, Herbert**, 06.02.

96126 Maroldsweisach, KV Main-Rhön

**Wolf, Siegfried**, 06.02.

96476 Rodach, KV Ofr.-Nordwest

#### ... zum 70. Geburtstag

**Kern, Sigrid**, 23.02.

97828 Marktheidenfeld, KV Würzburg

**Mager, Adolf**, 08.02.

90542 Eckental-Eschenau, KV Nürnberg

#### ... zum 65. Geburtstag

**Beitze, Hannelore**, 26.02.

95448 Bayreuth, KV Bayreuth-Pegnitz

**Bock, Dietrich**, 10.02.  
93138 Lappersdorf, KV Opf.-Nord  
**Hecker, Marianne**, 18.02.  
86150 Augsburg, KV Augsburg  
**Hofmann, Horst**, 02.02.  
95349 Thurnau, KV Ofr.-Nordwest  
**Matzeder, Eduard**, 09.02.  
84347 Pfarrkirchen, KV Ndb.-Ost  
**Sommermann, Otto**, 25.02.  
96450 Coburg, KV Ofr.-Nordwest  
**Zeitler, Robert**, 03.02.  
86356 Neusäß, KV Augsburg

**... zum 60. Geburtstag**

**Anzt, Jürgen**, 27.02.  
91058 Erlangen, KV Nürnberg  
**Bachmayer, Werner**, 08.02.  
87700 Memmingen, KV Allgäu  
**Besimüller, Rainer**, 08.02.  
85405 Nandlstadt, BV München  
**Beugel, Herta**, 12.02.  
90427 Nürnberg, KV Mfr.-Nord  
**Brandstetter, Peter**, 08.02.  
86956 Schongau, KV Obb.-Südwest

**Brauns, Birgit**, 04.02.  
81247 München, BV München  
**Brinktrine, Reinhard**, 14.02.  
84332 Hebertsfelden, KV Ndb.-Ost  
**Casper, Jutta**, 12.02.  
91443 Scheinfeld, KV Mfr.-Nord  
**Einwag, Klaus**, 22.02.  
93049 Regensburg, KV Regensburg  
**Engelke, Sibylle**, 23.02.  
85521 Ottobrunn, BV München  
**Hartl, Anna**, 10.02.  
89081 Ulm, KV Nordschwaben  
**Hofinger, Konrad**, 22.02.  
86633 Neuburg-Bittenbrunn,  
KV Obb.-Nordwest  
**Kröhnert, Hannelore**, 10.02.  
83339 Chieming,  
KV Traunstein-BGL  
**Liegel, Manfred**, 27.02.  
85386 Eching, BV München  
**Saller, Dieter**, 07.02.  
92269 Fensterbach, KV Schwandorf  
**Schmid, Hermann**, 27.02.  
86356 Neusäß, KV Augsburg

**Schmitt, Hubert**, 18.02.  
81679 München, BV München  
**Türk, Axel**, 23.02.  
84036 Landshut, KV Landshut  
**Wirth, Dieter**, 19.02.  
94474 Vilshofen, KV Ndb.-Ost

**In den Ruhestand sind gegangen ...**

**Braun, Siegwart**, KV Augsburg  
**Bischoff, Adolf**,  
KV Rosenheim-Miesbach  
**Ertl, Werner**, KV Opf.-Nord  
**Gillhuber, Josef**,  
KV Alötting-Mühldorf  
**Junge, Dieter**, KV Nürnberg  
**Koppmann, Jürgen**, KV Opf.-Nord

**Wir trauern um ...**

**Bocker, Anneliese**, KV Allgäu (72)  
**Flasche, Horst**, KV Mfr.-Nord (64)  
**Reiner, Johann**,  
KV Traunstein-BGL (65)  
**Weber, Erich**,  
KV Ofr.-Nordwest (72)

## Stadt Nürnberg

### WIR MACHEN SCHULE!

Wir suchen zum Schuljahr 2003/2004

#### Lehrkräfte für das Höhere Lehramt an beruflichen Schulen

mit der Anstellungsprüfung (2. Staatsprüfung) in den Fachrichtungen

- Elektrotechnik (auch mit dem Schwerpunkt Datenverarbeitung)
- graphisches Gewerbe bzw. mit einschlägigem Ergänzungsstudium (Univ.) und/oder einschlägiger Unterrichtserfahrung für den Einsatz in den Klassen für Mediengestalter für Digital- und Printmedien
- Informatik
- Metalltechnik (insbesondere für den Fachbereich Augenoptik)
- Wirtschaftswissenschaften (Diplom-Handelslehrerinnen/-lehrer insbesondere mit den Zweifächern Englisch, Informatik oder Deutsch)

sowie für den Einsatz in Zahntechniker-Klassen

und

#### Fachlehrerinnen/Fachlehrer

- der Fachrichtung Bäcker/Konditoren
- für Schreibtechnik an beruflichen Schulen,

die mit Können und Engagement helfen, die Qualität der schulischen Ausbildung in Nürnberg zu sichern.

Sie werden im Angestelltenverhältnis, bei Vorliegen der Voraussetzungen im Beamtenverhältnis, beschäftigt.

Bitte senden Sie Ihre aussagefähige Bewerbung mit den üblichen Unterlagen innerhalb von 4 Wochen an: **Stadt Nürnberg, Personalamt, 90317 Nürnberg**. Für eine erste Kontaktaufnahme steht Ihnen Frau Reuter unter Telefon 0911/231-2582 gerne zur Verfügung.

Der Frauenförderplan ist Bestandteil unserer Personalarbeit. Bewerbungen von Frauen sind deshalb besonders erwünscht. Die Stadt Nürnberg bemüht sich, Teilzeitwünsche zu berücksichtigen. Schwerbehinderte Menschen werden bei gleicher Eignung und Befähigung vorrangig berücksichtigt.

<http://www.nuernberg.de>

Nürnberg



## Termine

### Referendartreffen in Würzburg

Termin: **14. /15. März 2003**

Ort: **Würzburg**

Zum alljährlichen Referendartreffen in Würzburg laden die Referendarsprecher ein und bitten um zahlreiches Erscheinen. Das nähere Programm wird rechtzeitig im Februarheft veröffentlicht. Wichtig: Es stehen wieder die Wahlen zu den Referendarsprechern an.

Anmeldung kann bereits über die Geschäftsstelle erfolgen: [info@vlb-bayern.de](mailto:info@vlb-bayern.de)

### Lehrerfortbildung zum Handlungsorientierten Unterricht

Termin: **11. Februar 2003**

Ort: **München, TUM**

Ziel der Fortbildung ist es, aktuelle Entwicklungen aus der Lehr- und Lernforschung für modernen beruflichen Unterricht aufzuzeigen. Nähere Informationen und Anmeldung unter: <http://www.paed.ws.tum.de/lehrerfortbildung/>

### Bildungsmesse 2003 (ehemals Didacta)

Termin: **Montag 31. März bis Freitag 4. April 2003**

Ort: **Nürnberg, Messezentrum**

Die Katholische Jugendfürsorge ist im Bistum Regensburg als Fachverband für die kirchliche Sozialarbeit auf dem Gebiet der Jugend- und Behindertenhilfe Träger von 70 Einrichtungen. 2100 Mitarbeiter/-innen sind in der Erziehung, Betreuung, Förderung und Pflege tätig. Wir sind ein erfahrener Träger von neun Förder-, drei Sonderberufs-, einer Heilerziehungspflegeschule und einer Fachakademie.



Für unsere Berufsschule zur individuellen Lernförderung am Berufsbildungswerk St. Franziskus in **Abensberg** suchen wir für das Schuljahr 2003/2004 eine/n

### ständige/-n Vertreter/-in des Schulleiters mit Lehramt an beruflichen Schulen oder qualifizierte/-n Sonderschullehrer/-in

Die Berufsschule führt zurzeit 45 Klassen mit 426 Schülern/-innen. Der Schulbetrieb steht im engen Zusammenhang mit der Ausbildung im Berufsbildungswerkes des gleichen Trägers. Der Einrichtung ist ein Internat angeschlossen.

Wir erwarten

- Engagement, Flexibilität und Teamfähigkeit
- überdurchschnittliche fachliche und pädagogische Qualifikation
- Interesse an der konzeptionellen Weiterentwicklung der Einrichtung in Abstimmung mit dem Träger und benachbarten Einrichtungen
- Identifikation mit den Zielen der Einrichtung und des kirchlichen Trägers

Wir bieten Ihnen eine herausfordernde Aufgabe. Sie erwartet ein kooperatives Umfeld sowie eingearbeitete und motivierte Mitarbeiter/-innen auf allen Ebenen. Ein trägerspezifisches und anerkanntes Qualitätssicherungssystem unterstützt Sie.

Die Anstellung kann privat erfolgen oder gemäß Art. 33 Abs. 2 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes durch Zuordnung zum privaten Träger.

Ihre Bewerbung richten Sie bitte an:

Berufsschule zur individuellen Lernförderung,  
Regensburger Straße 60, 93326 Abensberg,  
Herrn Dr. H. Lutz, Tel.: (0 94 43) 70 9-1 91,  
E-Mail: [berufsschule.bb.w.abensberg@t-online.de](mailto:berufsschule.bb.w.abensberg@t-online.de) oder

**Katholische Jugendfürsorge der Diözese Regensburg e. V.**

Der VLB ist organisatorisch für die 2 Bundesverbände (BLBS und VLW) federführend und bietet am dbb-Stand jeden Tag Kurzreferate und Podiumsdiskussionen an.

Am Mittwoch, 2. April 2003 ist Tag der beruflichen Schulen, zu dem die Bezirksverbände des VLB eine Sternfahrt mit Bussen

nach Nürnberg zum Messezentrum durchführen. Von 10.30 bis 11.30 Uhr Podiumsdiskussion in Raum Brüssel über „Berufsbildungspolitik in Bayern“, Moderator Alex Liebel, mit Hermann Sauerwein (VLB), Mdgt. Hans Thomé (KM) und Diplom-Volkswirt Otto Dietrich Knapp (IHK).

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



**Kompetenz und Erfahrung**

### Versicherungs Kontor

Inh.: Elke Wiedmann

Am Schenkenfeld 17 b  
97209 Veitshöchheim

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419

## z.B. Rechtsschutzversicherungen

u.a. Sondertarife für Singles und Senioren  
**Kooperationen u.a. mit**

- **DBV-Winterthur** (Partner des VLB)
- **dbb Vorsorgewerk** (für die Mitglieder des dbb und Ihren Angehörigen)
- **BSA Versorgungswerk** (Berufs- u. Sozialwerk für Angehörige des öffentlichen Dienstes)

Schreiben des Schul- und Kultusreferats der Stadt München  
an den VLB:

## Resolution der Schulreferenten Augsburg – Nürnberg – München

Sehr geehrter Herr Sauerwein,

die Haushaltslage der Kommunen ist außerordentlich angespannt. Insbesondere in Städten, die ein eigenes kommunales Schulwesen aufgebaut haben, wirkt sich dies unweigerlich auch auf den Bildungsbereich in erheblichem Maße aus.

Die Schulreferenten der Schulstädte Augsburg, Nürnberg und München haben am 12. 11. 2002 die Situation der kommunalen Schulen erörtert und eine gemeinsame Resolution verabschiedet, die die dramatische Lage in allen drei Schulstädten umreißt und die Dimensionen und Folgen verdeutlicht. Es ist unser dringender Appell an die Staatsregierung und den Landtag, hier zu handeln und für einen gerechteren finanziellen Lastenausgleich zu sorgen.

Wir bitten Sie, diesen Appell zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen  
Elisabeth Weiß-Söllner

### Gemeinsame Resolution der Schulreferenten von München, Nürnberg und Augsburg

Am 12.11. haben die Schulreferenten von München, Nürnberg und Augsburg bei einem Treffen in München die dramatische Situation der Schulstädte erörtert. In der folgenden Resolution haben Stadtschulrätin Elisabeth Weiß-Söllner (München), Schulreferent Dr. Dieter Wolz (Nürnberg) und Bildungs- und Schulreferent Sieghard Schramm (Augsburg) die wesentlichen Punkte des Gesprächs festgehalten:

„In Bayern haben die Kommunen traditionell die Möglichkeit eigene Schulen zu gründen und zu unterhalten. Insbesondere die großen Schul-

städte wie München, Nürnberg und Augsburg haben auf diesem Gebiet Enormes geleistet. Beispielhaft sei nur auf die Entwicklung des beruflichen Schulwesens verwiesen, das entscheidende Impulse durch die frühe Gründung von städtischen Berufsschulen in München, Augsburg und Nürnberg erhalten hat. Im Vordergrund steht dabei, dass die Kommunen wesentliche bildungspolitische Akzente setzen, Defizite des Schulwesens beseitigen und schnell auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Veränderungen reagieren konnten, so z.B. bei der pädagogischen Nachmittagsbetreuung und bei der Errichtung von Berufsfachschulen.

Bildung ist Verfassungsauftrag des Freistaates. Freistaat und Kommunen wirken dabei grundsätzlich in der Weise zusammen, dass der Staat für den Personalaufwand und die Kommunen für den Sachaufwand aufkommen. Der Freistaat Bayern dankt den Schulstädten ihren Einsatz für die Bildung jedoch nicht. Die Kommunen können deshalb ihr Engagement im Bereich der städtischen Schulen nicht mehr im bisherigen Umfang aufrechterhalten. Die Zuschüsse für die städtischen Lehrkräfte decken in München, Nürnberg und Augsburg im Schnitt nur ca. 40–45 % der tatsächlichen Kosten, im Gegensatz zu den Privatschulen, die doppelt so hoch bezuschusst werden. Allein der Stadt München verbleiben so jährlich ca. 150 Mio. Euro Kosten für Lehrpersonal.

Die Städte fordern deshalb gemeinsam von der Staatsregierung, die Lehrpersonalzuschüsse für die städtischen Schulen deutlich anzuheben, damit die Zukunft des für die Vielfalt der Schullandschaft so wichtigen kommunalen Schulwesens gesichert ist. Der Münchner Schulausschuss hat sich in seiner Sitzung am 10.07.02 und zuletzt erneut am 16.10.02 einstimmig diese Forderung zu eigen gemacht. In

den anderen Städten gibt es ähnliche Bestrebungen. Der Bayerische Städtetag erhebt diese Forderung schon seit Jahren.

Falls eine Entlastung für die kommunalen Haushalte auf diesem Weg nicht erreicht wird, sehen sich die Städte gezwungen, ihre schulischen Angebote deutlich zu reduzieren. Sie werden dann an städtischen Schulen weniger Klassen bilden, so dass staatliche Schulen in der Zukunft mehr Schülerinnen und Schüler aufnehmen müssen als bisher. Allein in den drei Städten hätte dies die Reduzierung um mindestens 200 Klassen zur Folge. In München wurden dem Stadtrat bereits im Rahmen der Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes entsprechende Vorschläge unterbreitet, in Nürnberg wird dies aktuell vorbereitet. Die Städte sind bereit und interessiert, das bewährte kommunale Schulwesen fortzuführen, notwendig ist aber eine gerechtere Lastenverteilung als bisher. Der Bayerische Landtag hätte jetzt die Gelegenheit, im Rahmen der ohnehin anstehenden Änderungen des Bay. Erziehungs- und Unterrichtsgesetzes und des Schulfinanzierungsgesetzes deutliche Verbesserungen zu Gunsten der Kommunen vorzunehmen.

Wichtig ist allen Schulstädten, dass die Versorgung der Schülerinnen und Schüler auch bei einem Abbau der kommunalen Angebote in jedem Fall gewährleistet ist, weil der Staat verfassungsrechtlich verpflichtet ist, ein bedarfsgerechtes Angebot zur Verfügung zu stellen. Es ist für die Schulreferenten im Übrigen selbstverständlich, dass die Sparmaßnahmen nicht Schülerinnen und Schüler treffen, die aktuell die städtischen Schulen besuchen.“

## Leser schreiben

**Zum Berufsbildungskongress in Passau erreichte die Redaktion von Walter Christ folgender Leserbrief:**

### Nachbetrachtung zum 6. Berufsbildungskongress des VLB in Passau

Es war ein gelungener Kongress in Passau. Die Geschäftsstelle des VLB hatte alles bestens vorbereitet, angefangen von der Programmübersicht bis zum Transport zwischen den verschiedenen Tagungsorten und Hotels mit Shuttle-Bussen. Als Delegierter erhielt man eine prall gefüllte Tagungsmappe mit allen notwendigen Informationen rechtzeitig zugesandt. Während der Veranstaltung selbst beeindruckte nicht nur das neue Schulgebäude sondern auch die reibungslose Abwicklung des Fachprogramms und der Verpflegung mehrerer Hundert Delegierter und VLB-Mitglieder. Die vorgesehenen Zeiten wurden sehr genau eingehalten. Die Veranstaltungen begannen pünktlich und endeten auch zur eingeplanten Stunde.

Ich möchte jedoch auch auf zwei Dinge hinweisen, die nicht so gut liefen. Das erste ist die Hauptveranstaltung im Rathaus. Der Landesvorsitzende Hermann Sauerwein hielt eine bemerkenswerte Rede mit punktgenauen Hinweisen auf die Probleme der beruflichen Schulen. Leider ging Staatssekretär Freller als Vertreter der durch Parteiverpflichtungen verhinderten Kultusministerin nur sehr indirekt und allgemein auf die aufgeworfenen Fragen ein. Sicher zeigte er sich aufgeschlossen und verständnisvoll für die Sorgen der Lehrer an beruflichen Schulen. Die in der Mehrzahl bestens informierten Kolleginnen und Kollegen wünschen sich jedoch bei einem nur alle zwei Jahre stattfindenden Berufsbildungskongress mehr klare Aussagen von den Vertretern der Politik.

Das zweite betrifft die Behandlung der Anträge in der Delegiertenversammlung. Es war schon eine rhetorische Meisterleistung, wie Tagungspräsident Rudolf Puryear es schaffte, dass die Mehrzahl der Anträge im 10-Sekunden-Takt verabschiedet wurden. Andererseits geht es nicht an, dass man die Delegiertenversammlung zu

einer Abstimmungsmaschine verkommen lässt. Ein demokratisch verfasster Verband wie der VLB lebt von Diskussion, dem Austausch von Argumenten und der Darlegung von Begründungszusammenhängen. Wohltuend waren in diesem Abstimmungs-marathon lediglich die kurzen, aber präzise formulierten Begründungen zu den Empfehlungen des Hauptvorstands durch Klems Brosig.

Als Referendar bin ich 1970 dem VDH beigetreten, weil ich bei zahlreichen Versammlungen des Verbandes über Zusammenhänge der Berufsbildung durch den Vorstand erstklassig informiert wurde und auch stets das Gefühl hatte, dass die Meinung der Mitglieder in die Verbandsarbeit mit einfließt. Selbstverständlich ist beim größeren VLB nicht möglich was beim kleineren und eher familiär geführten VDH so reizvoll war. Auch der VLB muss jedoch etwas unternehmen, damit die Fachfragen der Berufs- und Wirtschaftspädagogen wirklich diskutiert werden. Wenn das bei Landesversammlungen nicht möglich ist, so könnte man doch auf Bezirksebene versuchen, mehr Verbandspolitik für jedes Mitglied (nicht nur Delegierte!) anzubieten. Es sollte erreicht werden, dass in jedem der acht bayerischen Bezirke einmal im Jahr der Verbandsvorsitzende und andere Mitglieder des Hauptvorstandes antreten, um Verbandspolitik aus erster Hand anzubieten. Nur wenn wir das tun, gelingt es wieder, die jüngeren Kolleginnen und Kollegen für den Verband zu werben. Es genügt auf keinen Fall, dass gesellige Veranstaltungen durchgeführt werden. Sie bieten nicht den Anreiz für die Mitgliedschaft. Ich appelliere also an unseren Vorstand, zu den vielen Terminen (siehe Rechenschaftsbericht des Landesvorsitzenden) ersatzweise oder zusätzlich acht Mal im Jahr sich jeweils ca. 3 Stunden Zeit zu nehmen, um für jedes interessierte Mitglied im Bezirk die Sachverhalte zu erörtern, die im übrigen von Verbandsseite in mustergültiger Weise in Passau vorgetragen wurden. Es gab viele gute Veranstaltungen. Hervorheben möchte ich insbesondere das Forum zur Bildungspolitik mit Ministerialdirigent Thomé unter der zielbewussten Leitung von Alexander Liebel. So etwas auch in allen Bezirken und jedes Jahr - dann kann man vielleicht die Abstimmungsmaschine Delegiertenversammlung mit ruhigerem demokratischen Gewissen erdulden. <

### Autorenverzeichnis:

#### Felber, Erwin

Gustav-Adolf-Str. 24a,  
95326 Kulmbach,  
Tel.: (0 92 21) 7 42 62

#### Geiger, Herbert

KBBZ, Stettiner Str. 1,  
97072 Würzburg,  
Tel.: (09 31) 79 08 - 1 00

#### Geisel, Jens

computer-easy, 80336 München,  
Tel.: (0 89) 7 46 42-3 43

#### Greubel Manfred

VLB-Dienstrechtsreferent  
Händelstr. 25, 90571 Schwaig,  
Tel.: (09 11) 50 00 41

#### Käfler, Hans

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
Jakob-Endl-Str. 10a, 94032 Passau,  
Tel.: (08 51) 5 32 21

#### Liebel Alexander

VLB-Referent für schul- und  
bildungspolitische Fragen  
Itzehoher Str. 13, 90425 Nürnberg,  
Tel.: (09 11) 34 73 33

#### Seifried, Jürgen / Prof. Dr. Sembill, Detlev

Kapuzinerstr. 25, 96047 Bamberg,  
Tel.: (09 51) 8 63 - 27 60

#### Sauerwein, Hermann

VLB-Landesvorsitzender  
Walter-von-der-Vogelweide-Str. 22,  
97074 Würzburg,  
Tel.: (09 31) 7 84 77 25

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66, 80935 München,  
Tel.: (0 89) 38 58 40 84

#### Stephan, Helmut

WS, Von-Brug-Str. 7-11,  
82467 Garmisch-Partenkirchen,  
Tel.: (0 88 21) 5 00 64

#### Ulbrich, Armin

stellvertr. VLB-Landesvorsitzender  
Albrecht-Achilles-Str. 13,  
90455 Nürnberg,  
Tel.: (09 11) 88 26 86

---

VLB Verlag e.V.,  
Dachauer Straße 4  
80335 München

**B 05130**, PVSt,  
Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt

Pressemitteilung der abl, 10. Dezember 2002:

## abl warnt: Den Bogen nicht überspannen!

Heftige Kritik an der Beschlussvorlage für den Haushaltsplan des Bayerischen Kultusministeriums und die darin enthaltenen Sparmaßnahmen, übte die Arbeitsgemeinschaft Bayerischer Lehrerverbände (abl) auf ihrer am 10. Dezember 2002 stattfindenden Tagung in Nürnberg. Der amtierende abl-Vorsitzende Max Schmidt appellierte dringend an die Abgeordneten des Bayerischen Landtags, der Beschlussempfehlung die Zustimmung zu versagen. Als besonders schmerzlich und für die Betroffenen zutiefst demotivierend nannte Schmidt die Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für ältere Lehrkräfte zwischen 55 und 59 Jahre.

Wörtlich sagte der abl-Vorsitzende: „Damit macht man die bisherigen, zum Teil erfolgreichen Bemühungen, die Frühpensionsquoten zu senken, wieder zunichte und treibt diese Altersgruppe verstärkt in den Burnout!“

Mit Unverständnis reagierte die abl auch auf die neuerliche Einschränkung der Altersteilzeit, die in Zukunft nur noch für Lehrer gelten soll, die 60 Jahre und älter

sind. Schmidt verwies in diesem Zusammenhang auf Untersuchungen, wonach die geplante Einschränkung der Altersteilzeit in den nächsten zwei bis drei Jahren keinerlei Einspareffekt haben werde. Als nicht hinnehmbar und unseriös bezeichnete es die abl, dass im Haushaltsplan für 2003 und 2004 bereits Einsparungen durch eine Nullrunde bei den Beamtengehältern eingerechnet wurden, obwohl für die Beamtenbesoldung der Bundesgesetzgeber mit den vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren zuständig sei. Schmidt warnte die Bayerische Regierung davor, den Bogen zu überspannen. Er betonte abschließend: „Mit der Abschaffung der Leistungsstufen und der drastischen Verschlechterung der Beihilferegelungen haben die Sparmaßnahmen zu Lasten der Beamten ein Ausmaß erreicht, das in den Kollegien für anhaltende Frustration und tiefe Demotivation sorgt. Für die Zukunft unserer Schulen sind diese einschneidenden Maßnahmen nicht förderlich!“

*Verantwortlich: Heinz-Peter Meidinger,  
abl-Pressesprecher*